

Juni 2005, FUI 2/05 Preis 2,50 €

FUI

forbei! - Umwelt Info

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.



BSÖ sagt Adieu!

Summer special & permanent revolution

Internationales

MoA ab 19.6.



| | | | |
|--|----|--|----|
| Vorwort „Liebe Leute“ | 3 | Mobilität | |
| BSÖ sagt Adieu! | | Wendlandbahn wieder da | 24 |
| BSÖ e.. V. aufgelöst | 4 | Rot-grünes Autobahn- Beschleunigungsgesetz | 26 |
| Materialliste | 6 | Fulghafen Berlin-Brandenburg | 28 |
| Internationales | | Feinstaub | 29 |
| Itoiz-Staudamm | 8 | Mobil ohne Auto 2005 | 31 |
| Aubonne bridge - good news | 11 | Rot-Grün gibt richtig Gas | 33 |
| Summer special | | BAYER- nachhaltig unökologisch | 34 |
| Sozialforum von Unten - Erfurt | 12 | Anti-Atom / Energie | |
| Sommercamp in der Altmark | 13 | Widerstand gegen Atommüll- transport Rossendorf-Ahaus | 36 |
| Gegen die G8-Summits | 14 | Schwerer Störfall in Sellafield | 37 |
| Towards Car Free Cities -Budapest | 15 | Zertifikatsmodell statt EEG? | 38 |
| Ecotopia-Biketour | 16 | Ratat-HUI | 40 |
| Ecotopia in Moldavien | 17 | Literatur, Impressum | 42 |
| Weltfestspiele Venezuela | 17 | Adressen | 43 |
| Bericht zum politischen Prozess in Gießen | 18 | | |
| Termine | 22 | | |

Liebe Leute,

„Dies ist eine Premiere! Vor euch liegt das erste Hochschul-Umwelt-Info, abgekürzt HUI. Dieser Infodienst ist ein Versuch der BUND-Jugend, die Ökologiearbeit an Hochschulen mit praktischen Anregungen und Informationen zu unterstützen. Warum soll jede/r das Rad neu erfinden? Es gibt bereits eine Menge gute Ideen und Materialien, die viel Arbeit und Probleme ersparen könnten oder gute Argumentationshilfen liefern und die deswegen im HUI vorgestellt werden sollen.“

So lautete das Editorial zum ersten FUI, das im Mai 1990 erschien. 15 Jahre später trafen wir uns in Berlin, um die letzte Ausgabe dieser Zeitschrift, seit 2001 umbenannt in FUI, auf die Beine zu stellen.

Auf der Mitgliederversammlung Ende Dezember 2004 auf dem BÖT/Jukss in Magdeburg wurde die BSÖ aufgelöst, da sich leider (fast) keine Aktiven fanden, die die BSÖ als emanzipatorisches Netzwerk des (nicht nur) studentischen Umweltschutzes inhaltlich und organisatorisch weitertragen wollten.

Wir hoffen euch noch einmal mit interessanten Informationen versorgen zu können. Zum Abschied der BSÖ haben wir noch einmal einige der Themen zusammengefasst, mit denen wir uns in den letzten 15 Jahren beschäftigt haben. Außerdem findet ihr auf Seite 6 die Materialliste der BSÖ, aus deren Vorrat wir euch in den nächsten Wochen gerne noch Informationen zusenden.

Außerdem präsentieren wir noch ein Summer-Special, mit allen Camps und Aktionen, an denen ihr euch diesen Sommer beteiligen könnt. Es soll nicht nur um einen „summer of resistance“, sondern um die Permanente Veränderung der momentanen Verhältnisse gehen. Damit das nicht so abs-

trakt bleibt, sind die Camps und Aktionen eine gute Möglichkeit, Leute kennen zu lernen, sich zu vernetzen und über die konkreten Aktionen hinaus weiter zu planen.

Sehr umfangreich sind auch die Informationen zum Thema Verkehr. Neben Autobahnbeschleunigungsgesetzen und Feinstaubemissionen gibt es auch Positives zu vermelden: Am 11.3. wurde die Bahnstrecke Lüchow-Dannenberg wieder eröffnet! Ein großartiger Erfolg für den Wendland-Fahrgast-Rat.

Außerdem werden auch in diesem Jahr wieder die MoA-Aktionstage stattfinden. Der Mobil ohne Auto Sonntag ist dieses Jahr der 19. Juni, der Autofreie Hochschultag findet am 21. Juni statt. MoA wird hoffentlich trotz Auflösung der BSÖ weiter Bestand haben.

Wir hoffen, dass ihr auch ohne bundesweite Koordination an eurer Uni und anderswo weiter engagiert für den Umweltschutz kämpft!

Eure FUI Redaktion

Uli
Florian
Oliver
Jörg
Sigrid

RESIGNACION ES EL SUICIDO PERMANENTE !

BSÖ e.V. aufgelöst

Auf der Mitgliederversammlung (MV) am 30.12.2004 wurde die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit aufgelöst. Die MV fand auf dem BÖT / Jukss in Magdeburg statt und war, wie das gesamte BÖT, leider schlecht besucht. Dies lag sicher auch am ungewöhnlichen Termin, dennoch waren die BSÖ-Aktiven etwas enttäuscht, dass kaum jemand gekommen war, obwohl wir im Vorfeld klar gesagt hatten, dass wir dringend neue Aktive suchen, um die Arbeit des Vereins fortführen zu können. Da fast alle Aktiven mittlerweile am Ende ihres Studiums angekommen sind, machte es wenig Sinn, die Arbeit eines studentischen Vereins ohne studentische Aktive fortzusetzen, ganz abgesehen davon, dass wir nicht die Zeit und die Kraft haben, das bisherige Engagement neben Master-, Diplomarbeit oder Berufsstart zu leisten.

Dennoch denken wir, dass viele der Themen, mit denen wir uns beschäftigt haben, immer noch aktuell sind, und hoffen, dass die Arbeit daran auch ohne bundesweite Koordination fortgesetzt wird. Im Folgenden sollen einige Themen benannt werden, die die BSÖ in den über 10 Jahren ihres Bestehens beschäftigt haben. Im Adressteil findet ihr für fast alle Themen eine Ansprechpartnerin oder eine Ansprechpartner, an den ihr euch wenden könnt, wenn ihr weitere Informationen oder Aktionsvorschläge sucht.

Außerdem haben wir in der BSÖ-Geschäftsstelle noch einen umfangreichen Materialbestand (siehe Materialliste S. 6) den ihr in den nächsten Wochen noch bestellen könnt. Nun aber zu den Themen:

Semesterticket

Jeder kennt es, aber kaum jemand weiß, dass es erst Anfang der 90er Jahre auf Initiative umweltengagierter Studis eingeführt wurde: das Semesterticket. Für das Studiticket wird ein erhöhter Semesterbeitrag eingezogen, je nach Bundesland von AStA, StuRa, RefRat oder gezwungenermaßen auch vom Studierendenwerk. Da der Verkehrsbetrieb mit dem Geld planen kann, sind Studitickets preislich viel attraktiver als gewöhnliche Monatskarten oder schon angebotene, "freiwillige" Semestertickets

eines Verkehrsbetriebs. Durch den attraktiven Preis sinkt der Anteil der auto-fahrenden Studis, aber auch RadfahrerInnen werden in den ÖPNV gelockt.

Je nach lokalen Ansprüchen sind verschiedene Varianten eingeführt. Das Darmstädter Modell belegt alle Studis mit einem erhöhten Beitrag und der Studiausweis gilt dann direkt als Fahrschein. Beim Trierer Modell dagegen zahlen alle einen relativ niedrigen Sockelbeitrag (Solidaritätsprinzip), wer den ÖPNV wirklich nutzt, muss



einen zusätzlichen Betrag zahlen, um die Fahrberechtigung zu erhalten. Damit zahlen die, die das Ticket nicht brauchen weniger als beim Darmstädter Modell, die es nutzen wollen, allerdings mehr. Das Karlsruher Modell ist schließlich eine Abwandlung des Trierer, bei dem schon im Sockelbeitrag eine kleine Leistung enthalten ist, nämlich die Nutzung des ÖPNV abends ab 19 Uhr (als kleines „Bonbon“).

Jedes Jahr im Juni beteiligen sich ca. 50 Hochschulen mit einem Autofreien Hochschultag an der Aktion „Mobil ohne Auto“. Die Studis werden aufgerufen, an diesem Tag ihr Auto stehen zu lassen. Viele Studis setzen sich mit kreativen Aktionen für eine sozial- und umweltgerechte Mobilität ein. Der Autofreie Hochschultag findet auch dieses Jahr wieder statt (s. S. XXX) und wird wahrscheinlich auch trotz der Auflösung der BSÖ weiter bestehen.

Mensaessen aus kontrolliert biologischem Anbau

In den Mensen wird täglich für hunderttausende Studierende gekocht. Dabei werden große Mengen Lebensmittel benötigt, die 61 Studierendenwerke sind die größten Essensanbieter Deutschlands. Eine Umstellung auf Produkte aus ökologischem Anbau und fairen Handel ist hier besonders wichtig. Laut einer Umfrage von 1995/96 ist die

Mehrheit der Studierenden für die Einführung von Bioessen und auch bereit, mehr dafür zu bezahlen.

Während einige Mensen bereits fast ausschließlich Produkte aus ökologischer Landwirtschaft benutzen (z.B. Oldenburg), gibt es in anderen immerhin regelmäßig ein Bioessen (z.B. Lüneburg, Berlin). Andere Mensen bieten aber immer noch gar kein Angebot oder nur sehr sporadisch einzelne Komponenten an. (So z.B. meine eigene Mensa in Clausthal.)

Einsatz von Recyclingpapier

Aus ökologischer Sicht ist natürlich zuerst eine Verringerung des Papieraufkommens anzustreben. Des Weiteren muss es unser Anliegen sein, den verbleibenden Papierbedarf möglichst umweltverträglich zu gestalten. Dies ist durch eine Umstellung auf Recyclingpapier möglich. Der Einsatz von Altpapier spart Energie, Wasser und Rohstoffe. Weitere Vorteile liegen in einer

geringeren Gewässerbelastung, einem reduzierten Chemikalieneinsatz und Müllaufkommen. Der einfachste Schritt ist natürlich, wenigstens in den Kopieren und Druckern des AStA oder Stura Recyclingpapier einzusetzen. Darüber hinaus sollte man sich dafür einsetzen, dass an der gesamten Uni möglichst viel Recyclingpapier genutzt wird.

Energiesparen an Hochschulen

Nicht nur Strom ist Energie sondern vor allem auch Wärme. Energiesparen fängt schon bei einer vernünftigen Raumbelegung an: Im Winter sollten Räume in den unteren Stockwerken möglichst zuerst belegt werden, um Wärmeverluste durch den Transport der Wärme in höhere Stockwerke zu verringern. Noch effektiver ist der Einbau einer Heizungsanlage, mit der einzelne Stockwerke oder sogar Räume getrennt gesteuert werden können.

Problematisch ist häufig, dass Unis kein Geld haben um die Investitionskosten für eine neue Heizungsanlage oder die Sanierung von Gebäuden zu tragen. Da sich Energiesparen aber auf Dauer rechnet, können hier Drittmittel helfen: Eine Firma übernimmt die Investitionskosten und bekommt dann die Ersparnisse aufgrund der niedrigeren Energiekosten.

Das Thema Energiesparen ist auch in Wohnheimen wichtig. Hier werden die Energiekosten häufig pauschal auf die BewohnerInnen umgelegt, ohne den Verbrauch zu berücksichtigen. Eine Energiesparinitiative kann alle BewohnerInnen zum bewussteren Umgang mit Energie auffordern. Zuvor sollte eine Vereinbarung mit dem Studentenwerk getroffen werden, damit eingesparte Energiekosten den Studis zu Gute kommen, die damit dann z.B. Gemeinschaftsräume im Wohnheim ausbauen können.

Tierversuche im Studium

An zahlreichen Hochschulen sind in den Fachbereichen Medizin, Tiermedizin und Biologie Tierversuche bzw. Übungen an eigens zu diesem Zweck getöteten Tieren,



Pflichtbestandteil der Ausbildung. Immer wieder weigern sich Studierende, an diesen, so genannten „tierversuchenden“ Praktika teilzunehmen. Statt veralteter Lehrmethoden, für die Tiere ihr Leben lassen müssen, fordern sie den Einsatz von tiermissbrauchsfreien Lehrmethoden, die einen respektvollen Umgang mit Lebewesen ermöglichen und gewährleisten.

Mehr und mehr Hochschulen ziehen die Konsequenzen daraus und bieten tierverbrauchsfreie Lehrmethoden an.

Natürlich könnte ich jetzt noch viele weitere Seiten mit wichtigen Themen füllen. Z.B. die Einrichtung von Umweltbeauftragten und die Einführung von Umweltschutzstrukturen an Hochschulen (neudeutsch auch Umweltmanagement

genannt), die Einbeziehung von Umweltthemen in Lehrpläne unterschiedlichster Studiengänge, Unweltringvorlesungen usw. Schließlich ist die Hochschule ja auch Teil der Gesellschaft und die BSÖ hat schon immer auch über den Tellerrand geguckt und andere umwelt- und gesellschaftspolitische Themen bearbeitet. Aber dieses alles jetzt aufzuzählen würde wirklich den Rahmen dieses Artikels sprengen also werft doch lieber noch einen Blick ins FUI-Archiv.

Florian Kubitz

Auf den Bildern sind die Leute, die seit 4 Jahren die BSÖ maßgeblich am laufen gehalten haben.



Materialliste

Die BSÖ hat in ihrer Geschichte eine große Menge an Informationsmaterial angesammelt. Der größte Teil davon befindet sich in der Geschäftsstelle in der Monbijoustr. 3 in Berlin. Den Versuch einer Übersicht liefert die folgende Materialliste.

Nach der Auflösung der BSÖ sollen sie im studentischen Informationszentrum an der HU Berlin archiviert werden. Noch besser wäre aber, wenn möglichst viel von Euch genutzt wird. In den nächsten Wochen könnt ihr noch Materialien bei der Geschäftsstelle bestellen -

nischt wie ran an den Kram!

HUI / FUI

Seit 1990 geben wir das HUI (bzw. ab 2001 FUI) heraus. Darin finden sich viele interessante Artikel zu allgemeinpolitischen und besonders ökologischen Themen. Ab 1996 informiert pro Ausgabe ein Schwerpunkt (in der u.g. Liste in Klammern aufgeführt) besonders intensiv über ein bestimmtes Thema. Noch ausführlichere Informationen kann man in den Extra-HUIs nachschlagen.

HUI 1/90, 2/90, 3/90

HUI 1/91, 2/91, 3/9, 4/91, ExtraHUI Verkehr
HUI 1/92, 2/92 ExtraHUI Verkehr II, Adressen '92

HUI 1/93 bis 6/93, ExtraHUI Ernährung
HUI 1/94 bis 6/94, ExtraHUI Bahn, ExtraHUI Ökologiarbeit an Hochschulen
HUI 1/95 bis 6/95, ExtraHUI Umweltschutz in Wohnheimen

HUI 1/96 (Verkehr)

HUI 2/96 (Atomtransporte)

HUI 3/96 (Verkehr)

HUI 4/96 (ökologische Steuerreform)

HUI 5/96 (ökologischer Landbau)

HUI 6/96 (Umweltpolitik in der EU)

ExtraHUI Mensa öko-logisch! Aber wie?!

HUI 1/97 (ökologischer Landbau)

HUI 2/97 (NIX 3 - Gorleben Rückblick)

HUI 3/97 (Regenerative Energien)

HUI 4+5/97 (anders Leben + Kyoto)

HUI 6/97 (Interdisziplinarität)

HUI 1/98 (Nachhaltige Stadtentwicklung)

HUI 2/98 (Ökotourismus)

HUI 3/98 (Lokale Agenda 21)

HUI 4/98 (Umweltrecht)

HUI 5/98 (andere Lehr- und Lernformen an Hochschulen)

HUI 6/98 (Ökologisierung der Mensa)

HUI 1/99 (Autofrei Leben)

HUI 2/99 (Ökologisches Bauen - Projekt)

HUI 3/99 (Das politische Mandat)

HUI 4/99 (Gentechnologie)

HUI 5/99 (Ökologischer Landbau)

HUI 6/99 (Energie)

HUI 1/00 (Anti-EXPO)

HUI 2/00 (Verkehr)

HUI 3/00 (Anti-Atom)

HUI 4/00 (Tauschringe)

HUI 1/01 (Ökonomie)

FUI 2/01 (Gentechnik)

FUI 1/02 (Methoden für Gruppen)

FUI 2/02 (Tiermissbrauch im Studium)

FUI 3/02 (Klima)

FUI 4/02 (Energie)

FUI 1/03 (Wald)

FUI 2/03 (Verkehr)

FUI 3/03 (Ökologie an Hochschulen)

FUI 4/03 (Umweltschutz von unten)

FUI 1/04 (Wasser)

FUI 2/04 (Verkehr)

FUI 3/04 (Umweltbildung)

FUI 4/04 (internationale Umweltbewegungen)

FUI 1/05 (Anti-Atom)

FUI 2/05 (AbschiedsFUI)

Die BÖTs

BÖT-Reader, Seminar- und Aktionsreader
Im BÖT-Reader sind die wesentlichen Inhalte der Bundes-Ökologie-Treffen zusammengefasst. Berichte und Ergebnisse einzelner Arbeitsgruppen, Exkursionen, Stand der Dinge in der Ökologisierung der Hochschulen und anderes wird hier aufgeführt.



Teile der Chronik

11. BÖT (Lüneburg, 20.-24.05.1991)

13. BÖT (Osnabrück, 18.-22.05.1992)

Tagungsband Seminar „Verkehrskonzepte an Hochschulen“

Rückblick zum bundesweiten Mensa-aktionstag

19. BÖT (Wuppertal, 22.-26.05.1995)

20. BÖT (Hamburg, 15.-19.05.1996)

21. BÖT (Köln, 13.-17.05.1997)

23. BÖT (Münster, 19.-23.11.1997)

24. BÖT (Rostock, 20.-24.05.1998)

25. BÖT (Witzenhausen, 25.-29.11.1998)

26. BÖT (Erlangen, 14.-18.05.1999)

29. BÖT (Clausthal, 22.-26.11.2000)

30. BÖT (Augsburg, 23.-27.05.2001)

34. BÖT (Bonn, 29.05.-01.06.2003)

Faltblätter

36. BÖT (Potsdam, 19.-23.05.2004)

Sie dienen als Kurzinformation, die ein Einführung in das Thema, Inhalte, Vorgehensweise, wichtige Kontaktadressen, etc. geben.

* BSÖ - Das Netzwerk studentischer Ökologiarbeit

* Papier - öko?-logisch! (Informationen und Argumentationshilfen)

* Einführung vor Produkten aus ökologischem Landbau in den Mensen (Tipps, Tricks und Argumente)

* Mensa - ökologisch, aber wie?!

* Energiesparen an Hochschulen

* Energiewende JETZT!

* Verkehrskonzepte an Hochschulen

* Fahrradwerkstatt

* Gentechnologie in der Mensa

* Ökologischer Landbau

* Umweltausschüsse/Umweltbeauftragte

* Umweltschutz in Studierendenwerken

* Kaffee - fair gehandelt (Tipps, Tricks und Argumente)

Andere Infomaterialien

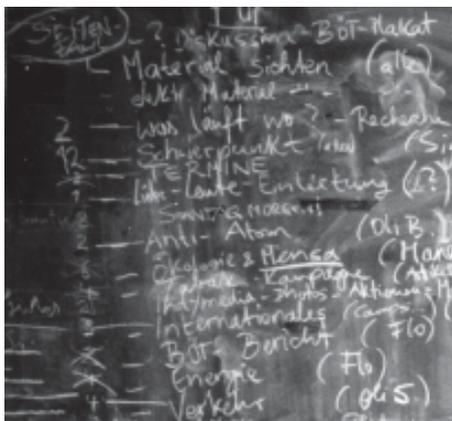
Neben den von BSÖ-Aktiven selbst erstellten Infosachen gibt es in der Geschäftsstelle auch etliche abonnierte Zeitschriften, Bücher und vieles andere mehr. Hier sind einige aufgelistet.

einige Zeitschriften

- „Pressespiegel des Studentenwerkes“ ab 9/’02
- „Öko-Test“ ab 04/’01
- „Punktum“ ab 1/’02
- „politische Ökologie“ ab ’98
- „Natur und Kosmos“ 07/02 bis 07/’04
- „Ökologie und Landbau“ 1/01 bis 1/’04
- „Kritische Ökologie“
- „Greenpeace Magazin“ ab ’98
- „tarantel“ ab ’03

einige Bücher

- * Praxis der Umweltbewegung, Band I + II
- * Umweltschutz an deutschen Hochschulen (Starnick/Winzer)
- * Bürgerinitiative „Freie Heide“ (Hoch/Nahls)
- * Umweltexperten Adressbuch (Badele/Kursawa-Stucke)
- * Jugendumweltbewegung (Karsten Schulz)
- * Umwelt braucht Frieden (Armin Bechmann)
- * Rettung für den Wald (Fritsche, Schebek, Schubert)



GAIA
Ecological Perspectives in Science, Humanities, and Economics

fächerübergreifend • fundiert • vorausschauend

Die Zeitschrift für die Umweltforschung

Die Inhalte

- Übersichtsartikel, die umweltrelevante Themen aus einem weiten Blickwinkel beleuchten
- begutachtete Originalarbeiten, die aus aktuellen Forschungsvorhaben informieren
- der Disput, der zu kontroversen Gedanken ermutigt
- das Forum, das den Austausch zwischen Autor(innen) und Leser(inne)n fördert
- der Serviceteil mit Rezensionen und Hinweisen auf Neuerscheinungen und kommende Veranstaltungen

Entscheidend ist, dass wir die [...] unbegrenzt vorhandene natürliche Ressource nutzen: die Kapazität der Menschen zu denken, zu forschen, bessere Lösungen für erkannte Probleme zu entwickeln.
Klaus Töpfer, Executive Director United Nations Environment Programme (UNEP)

Fax ++49/(0)89/544184-49 / www.oekom.de / Fon ++49/(0)89/544184-0

wmi Verlagsservice GmbH & Co. KG
Auslieferung oekom verlag
D-86895 Landsberg am Lech

Ja, ich möchte GAIA abonnieren:

- Privatabonnement 84,- €, CHF 151,20
- Institutionen 149,- €, CHF 268,20
- Studierende 55,- €, CHF 99,-

Alle Preise inkl. MwSt. und zzgl. Porto- und Versandkosten.

Ich erhalte GAIA (vier Ausgaben im Jahr) regelmäßig frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Ja, bitte senden Sie mir das Gesamtverzeichnis des oekom verlags kostenlos zu.

Name _____
 Vorname _____
 Firma _____
 Abteilung _____
 Straße _____
 PLZ/St _____
 Postfach _____
 E-Mail _____
 Datum, Unterschrift _____



90.011



Mehr als nur Solidarität gefragt

- Der Staudamm von Itoiz -

Geschichte eines Kampfes gegen die Katastrophe mit aktuellen Infos

Seit der Protest gegen den Staudamm von Itoiz vor mehr als 20 Jahren begann, haben wir schon jede Menge über Itoiz und angrenzende Themen geschrieben. Bevor wir, die Gruppe **Solidari@s con Itoiz** (Solidarisiert Euch mit Itoiz) anfangen, als Gruppe zusammen zu arbeiten, waren wir alle bereits- jede und jeder auf ihre und seine Art – im Protest gegen diesen monströsen und bau-fälligen Staudamm aktiv.

Itoiz ist ein von Iruñea (Pamplona) 20 km entferntes Dorf. Dieses Dorf befindet sich im westlichen Teil der Pyrenäen. Seine Lage ist für einen der Gründe gegen diesen Wahnsinn aktiv zu werden wichtig, den ich später noch erläutern werde.

Franco begann vor vielen Jahren in seinem Größenwahnsinn, der ägyptischen Pharaonen ähnelte, eine Serie von großen Wasserspeicheranlagen u.a. mit der Idee, Millionen von Kubikmetern Wasser von einem Teil der Iberischen Halbinsel zum anderen Teil zu leiten. Dafür benötigte er natürlich riesige Staudämme, die er ohne jegliche offizielle Gegenstimme erbauen lassen konnte. Einer dieser geplanten Staudämme war der Staudamm von Itoiz. Bereits damals, vor mehr als 30 Jahren, wurde in den Gutachten berichtet, die vor der Erbauung veröffentlicht wurden, dass die Berge der Gegend um den Stausee herum sehr instabil sind. Franco kam nicht mit dem Bau voran.

Trotz der bekannten Informationen über die Beschaffenheit der nahe liegenden Berge kehrte die Sozialistische ArbeiterInnenpartei Spaniens (PSOE) viele Jahre später zu jenem Plan von Franco zurück, große Wassermengen von Nord- nach Südspanien zu leiten. Nachdem sie die Konservative Partei (PP) bei den letzten Wahlen abgelöst hatte, verfolgte die PSOE die Plä-

ne weiter. Um die Idee der Wasserleitung von Nord nach Süd zu verwirklichen, planten und entwarfen sie viele neue Staudämme und planten den Staudamm von Itoiz weiter. Diesmal war die Situation jedoch nicht wie im faschistischen Franco-Regime. Als die PSOE-Regierung von damals dem Bau des Itoiz-Staudamms zugestimmt hatte, begannen die Menschen aus der unmittelbaren Umgebung, die am meisten Betrof-



fenen, sich zu einer Art BürgerInneninitiative gegen diesen Staudamm zusammen zu schließen. Diese nannten sie **Coordinadora por Itoiz**. Diese „Coordinadora“ bestand aus allen Gemeinderäten und praktisch 100% der Bevölkerung. Diese koordinierende Protestvereinigung wurde in verschiedenen Bereichen tätig: von legalen Untersuchungen hinsichtlich der Berechtigung des Baus des Staudamms bis zur Organisation von Demonstrationen in den Orten der Gegend und später auch in der Hauptstadt von Navarra.

Der Protest der Menschen aus den betroffenen Orten und Tälern trug schon bald Früchte: nun war das irrsinnige Projekt auch spanienweit bekannt. Betrachtet mensch die Handlungsweise der Regierung, muss mensch wieder einmal feststellen, dass die Regierung ihre eigenen Gesetze nicht eingehalten hatte und viele Prozesse gegen den Staudamm hat die Regierung bis heute immer wieder verschoben.

Einer der offenen Prozesse gelangte sogar bis Straßburg, bis zur Umweltkommission der EU. Dennoch wurde mit der Zeit klar, dass all diese Prozesse und die Unterstützung der Menschen den Bau zwar verzögerten, aber dass er niemals ganz aufgehalten werden würde. Um das Jahr 1994 wurde klar, dass der tatsächliche Beginn des Baus vor der Tür stand. Die jahrelangen Prozesse waren sehr ernüchternd: viele RichterInnen

hatten zuerst ihr Urteil gefällt, dass der Staudamm illegal sei und später – „ganz demokratisch“ – die eigene Entscheidung revidiert und den Bau nicht aufgehalten. Ungefähr in der Zeit, als die PSOE-Regierung entschieden hatte, nun die Wälder und die Natur der Berge zu zerstören sowie die Zementmasse einzulassen (Stauseeboden), hatte die Umweltkommission der EU zu entscheiden, ob der Staudamm von Itoiz illegal sei oder nicht.

Leider enthielt sich diese Kommission, wie so oft, der Stimme und fand keinen Grund, den Staudamm aufzuhalten. Diese Entscheidung war ein furchtbarer Schlag ins Gesicht der Protestbewegung gegen den Staudamm. Die ersten Bauarbeiten hatten begonnen.

Es war grausam, hunderte von Maschinen zu sehen, die mit einer erstaunlichen Leichtigkeit von einem Tag auf den anderen das zerstörten, was die Natur in tausenden von Jahren erschaffen hatte. In jener Zeit, nach Beginn der Bauarbeiten, starb ein Teil von uns. Wir hatten so sehr gekämpft, um die Dörfer zu retten und die Menschen, die in ihnen lebten; die Art des ländlichen Lebens und seine Geschichte, genauso wie die mehr als eine Million Bäume, die die Errichtung dieses Staudamms zerstören würde – mit allem, was das bedeuten würde: tausende von toten Tieren, Lebensräume verschwanden, die in keinem anderen Gebiet Europas vorkommen; die Zerstörung von Naturschutzgebieten (von der EU deklariert) und

die enorme Gefahr für all diejenigen, die zu tausenden flussabwärts leben, hunderte von Kilometern vom Staudamm entfernt.

Wir sahen ein, dass weder die Mobilisierung allein, noch die Gerichtsprozesse dieses schreckliche Megaprojekt aufhalten würden. So beschlossen wir, dass direkte Aktionen – öffentlich und gewaltfrei – ein anderer Weg sein könnte, den Bau für immer zu stoppen. So gründeten wir 1995 **Solidari@s con Itoiz**.

Wenig später gaben RichterInnen den GegnerInnen des Staudamms recht und erklärten ihn für ILLEGAL. Natürlich hielten die PolitikerInnen die Bauarbeiten nicht eine einzige Minute auf. Im Prinzip war der Grund, das Objekt für null und nichtig sowie für illegal zu erklären, folgender: Der Stausee würde fünf Naturschutzgebiete überschwemmen und zerstören, von denen drei besonders geschützt waren (aufgrund der Einzigartigkeit der vorkommenden Arten). Die offiziellen Gründe für die Erbauung waren zwei: Das Wasser wäre dafür bestimmt, einen Teil von Navarra zu bewässern, dafür müsste mensch einen Riesenkanal erbauen, der 177 km durch ganz Navarra gehen würde. Die Gewinnung von Elektrizität wurde als zweiter Grund genannt.

Die Coordinadora por Itoiz gab Prof. Dr. Pedro Arrojo der Wirtschaftsfakultät der Universität Zaragoza den Auftrag, zunächst eine Beurteilung der wirtschaftlichen Rentabilität des Staudamms darzulegen, um offiziellen Stellen klar zu machen, dass das Projekt nicht nur ein ökologisches und soziales Desaster ist, sondern auch unrentabel ist. Prof. Dr. Arrojo kam nach seinen Untersuchungen zu dem Schluss, dass der Itoiz-Staudamm "ökonomisch gesehen ein absoluter Verlust ist". Uns, **Solidari@s con Itoiz**, beschäftigte ganz andere Fragen: Welche weiteren Folgen hat dieser Irrsinn? Warum wurde dieser Riesenstaudamm gebaut? Die Antwort auf die letzte Frage kam von der Mittelmeerküste. Der Tourismus. Das Wasser des Flusses Irati (an dem sich auch der Stausee befindet), der keine stabile Wassermenge hat, sollte in den Ebro geleitet werden, der wiederum das Wasser an die Mittelmeerküste bringt. Etliche Golfplätze sollen damit versorgt werden. Ein einziger Golfplatz an der Mittelmeerküste braucht 10

Millionen Liter Wasser. Die unzähligen Einfamilienhäuser mit ihren Gärten und Swimmingpools verbrauchen auch viel Wasser.

Der zweite offizielle Grund, warum der Staudamm gebaut werden sollte, ist leicht zu dementieren. Auch vorher wurde bereits Strom mit dem Flusswasser erzeugt. Ungefähr die gleiche Menge, die nun mit dem Riesenstaudamm, der für mehrere Millionen Kubikmeter Wasser konzipiert ist, produziert werden soll.

Natürlich verliert eine Regierung in einem halbdemokratischen Halbrechtsstaat keinen Fall wie diesen. Immer bleibt noch eine letzte oberste Instanz. In diesem Fall befolgte das Verfassungsgericht das Diktat der Oligarchie. Nachdem also fünf spanische Gerichte (u.a. der Oberste Spanische Gerichtshof) den Staudamm für illegal erklärt hatten, fällte das Verfassungsgericht das Urteil, dass die Regierung, nachdem sie ein Gesetz geändert hatte, doch rechtmäßig gehandelt hätte und dem Einlass des Wassers in den Stausee nichts mehr im Wege stünde. Ganz nebenbei wurden der Ministerpräsident von Navarra und der für die Baumaßnahmen zuständige Chef wegen Veruntreuung und Korruption festgenommen und verbrachten sogar einige Zeit im Gefängnis.

So vergingen die Jahre und wir planten Aktionen, die die Leute motivieren sollten und ihnen zeigen sollten, dass sie nicht auf Veränderungen von außen warten sollten. Unser Motto: Wenn dir der Stausee und Staudamm nicht gefällt, halte ihn auf, warte auf niemanden, der es für dich macht. Außerdem wollten wir den Unternehmen, die direkt am Bau beteiligt waren, zeigen, dass sie eine Verantwortung zu tragen haben. So besetzten wir ihre Büros als Blumen verkleidet, ein anderes Mal zementierten wir die Eingänge zu ihren Büros zu, bevor sie zur Arbeit kamen. Unser Ziel war natürlich auf lange Sicht, die Bauarbeiten für immer zu stoppen bzw. sie wenigstens so gut wie möglich aufzuhalten.

So fingen wir also an, richtig aktiv zu werden. Ihr könnt mehr über die Aktionen nachlesen unter: <http://sindominio.net/sositoiz>

Bald spitzte sich die Situation zu und die Schichten der Bauarbeiten wurden auf drei erhöht, d.h. 24 Stunden täglich. Ein weiterer Schlag in unsere Gesichter. Falls irgendwann einmal doch ein Richter oder eine

Richterin entscheiden sollte, dass das Projekt gestoppt wird, könnte mensch dennoch nichts von all dem, das jetzt zerstört wurde, wiederkehren lassen. Aber welche RichterIn würde sich schon trauen, die Bauarbeiten eines Staudamms aufzuhalten, der 200 Millionen Euro gekostet hat? Nachdem wir einsahen, dass alle vorherigen Strategien wenig geholfen hatten, bereiteten wir etwas vor, das die Bauarbeiten tatsächlich für eine lange Zeit aufhielt.

Die Aktion war wirklich gut durchdacht und vorbereitet. Die Idee war ein Kabelsystem (mittels Winkelschleifer) zu zerschneiden, welches als Seilbahn über die gesamte Länge der Staumauer ging. Damit wurden große Behältnisse mit Zement zur Errichtung der Staumauer transportiert. Die Aktion verlief an sich perfekt, nicht im Traum hätten wir uns vorstellen können, welche Folgen sie haben sollte: die Bauarbeiten wurden für ein ganzes Jahr aufgehalten! Die Antwort des „Rechtsstaates“ war brutal und radikal. Acht unseres Kollektivs wurden zu fünf Jahren Haft verurteilt. Bis zum heutigen Tag haben sie es nicht geschafft, uns alle ins Gefängnis zu bringen. Sechs von uns sind untergetaucht. Einer von uns wurde in einer Verkehrskontrolle entdeckt und hat bis vor kurzem fast vier Jahre abgesessen. Leider ist immer noch einer von uns im Gefängnis. Er wurde vor einem Jahr auch in einer Verkehrskontrolle erwischt und ist nun im Gefängnis von Iruñea



Ibai Ederra Miranda
Cárcel de Pamplona
Calle San Roque, s/n
Apdo. 250
31011 Iruñea (Pamplona)
Nafarroa
Spanien

(Pamplona). Mensch kann ihm gern an folgende Adresse **Solidaritätsbriefe** schicken:

Als klar wurde, dass wir der Strafe kaum entkommen können, planten wir, europaweit auf die Sinnlosigkeit dieses Staudamms aufmerksam zu machen, von unserem Protest und der Strafe zu berichten und so begannen wir eine **Aktionstour durch ganz Europa**. 1999 waren wir während dieser Tour auch in Deutschland. Und zwar gab es zwei Aktionen: eine war auf dem Brandenburger Tor und die andere am Fernsehturm auf dem Alexanderplatz. Durch diese Aktionen erreichten wir viele Menschen, die tausende von Kilometern entfernt wohnten und nun davon erfuhren. Neun Monate waren wir unterwegs, machten 70 Aktionen verschiedenster Art und drehten ein Video. Danach hatten wir viel mehr Unterstützung.

Leider wurden unsere Dörfer dennoch einige Jahre später geräumt und unsere Lebensgrundlagen zerstört.

Später ergaben Berichte von Universitäten, dass der Staudamm brechen würde. Sie sagten nicht, dass er brechen könnte, sondern brechen wird. Der Grund, warum dieser Artikel die Überschrift trägt „**Mehr als nur Solidarität gefragt**“ ist, dass es sich im Fall von Itoiz nicht um ein Problem von anderen handelt, das sich durch die eine oder andere Solidaritätsbekundung löst, sondern uns alle betrifft! In diesem Fall handelt es sich um einen Todes-Staudamm, der viele



Orte, Kulturen, unter Schutz stehende Zonen, hunderttausende von Bäumen einfach in ein zweites Chernobyl Europas verwandelt.

Akute Gefahren

Der Grund für diese Annahme? Ganz einfach. 300 km flussabwärts befindet sich das **Atomkraftwerk Ascó am Ebro**, dem Fluss, der das Wasser des Staudamms von Itoiz anschwemmen würde. Wir sprechen hier von mehreren Millionen Kubikmetern Wasser, die mit allergrößter Wahrscheinlichkeit das AKW zu einem SuperGAU, sprich einer Kernschmelze mit Explosion der Reaktorkerne bringen würden. Das ist zwar kein Reaktor wie der in Chernobyl [Anm.d.Red.: Pripiath], sondern es handelt sich um zwei Reaktorblöcke, die sich praktisch am Flussufer befinden. Einer der Ingenieure bestätigt, dass, wenn der Staudamm jetzt vollständig gefüllt wird (er ist bereits zu 75%

gefüllt), die Staumauer (früher oder später) auch brechen wird. Da die Fundamentkonstruktion des AKWs von Anfang an problematisch war, gäbe es dann auch gar keine andere Möglichkeit als die der sicheren Explosion der Reaktorblöcke. Die Konsequenzen dieser Katastrophe, die weit über die Grenzen gehen würde, können wir uns alle ausmalen.

Daher ist das Problem von Itoiz eines, das alle angeht. Es ist auch dein Problem, obwohl du 2000 km weit weg davon wohnst. Die aktuelle Situation ist absolut unglaublich. In der Zone um Itoiz gab es in den letzten drei Monaten mehr **Erdbeben** als nie zuvor. GeologInnen aus Spanien und Frankreich bestätigen, dass es keinen Zweifel darüber gibt, dass diese Erdbeben mit dem Füllen des Staubeckens zusammenhängen. Die 400 m lange und 130 m hohe Staumauer hat sich bereits bewegt, wie Meßgeräte anzeigten. Es gibt erste Komplikationen.

Die Öffnungen für das Wasser sind teils durch schweres Geröll zugeschüttet und mehr und mehr Steine u.ä. der Berge kommen dazu. Die Antwort der Regierung darauf? – „Keine Gefahr im Verzug“. Wie damals beim Staudamm in Vaiont (Italien). Nur dass jener Staudamm viel kleiner als der von Itoiz war und als er brach, starben 2000 Menschen, eine Zahl, die im Fall von Itoiz bei weitem überschritten würde. Noch können wir es aufhalten. Wir brauchen die Hilfe von allen. Bevor es zu spät ist. Der Countdown läuft.

Bericht von einem Aktiven der Gruppe Solidari@s con Itoiz
ins Deutsche übersetzt von Uli L.

Neueste Infos (Stand 14.5.2005)

Die Umweltministerin der spanischen Regierung Cristina Narbona hat nun zwei neue und unabhängige Untersuchungen mit Berichten über die Sicherheit des Staudamms von Itoiz angefordert. Das bestätigt, dass die Beteuerungen der Verantwortlichen des Baus für die Stabilität des Staudamms zweifelhaft sind, wenn sogar unabhängige Berichte aus dem Umweltministerium gefordert werden.

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Coordination contre les risques des produits BAYER
Coordination contra los peligros de la BAYER
Coordination en contra dos peligros da BAYER
Coordination contre les dangers des produits BAYER
Coordination against BAYER Risques

Bitte Absender auf der Rückseite angeben und im Falle eines Faxes mitfaxen.

Per Brief oder Fax (0211 - 3339 40)

Wichtig: Fest vereinbarte regelmäßige Förderbeiträge sind für unsere Arbeit von unschätzbbarer Bedeutung. Auf diese Summen können wir gesichert bauen und sie garantieren unsere Unabhängigkeit. Je höher der Förderbeitrag, desto wirksamer die Förderung.

Antwort
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

- Bitte schick mir zusätzlich zu dem in meiner Fördermitgliedschaft enthaltenen Abo von STICHWORT BAYER von jedem Heft weitere Exemplare zum Vorzugspreis von 1,50 € je Heft zur Weitergabe an Bekannte und FreundInnen.
- Bitte schick Unterlagen zur Zeichnung einer 100%-ig gesicherten und jederzeit rückholbare Einlage beim UMWELTFONDS zur Unterstützung der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG).
- Ich bin bereit, der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) ein zinsloses Darlehen über € zu gewähren. Bitte schick entsprechende Unterlagen.
- Bitte schick regelmäßig Exemplare eurer Flugblätter zum Weiterverteilen (ca. 6mal jährlich).

Good news in the Aubonne-Bridge-case

The Aubonne-Bridge Action against the G8 in 2003, in which two activists, Martin Shaw and Gesine Wenzel, nearly lost their lives as the police cut their climbing rope, has entered an exciting new phase. The High Court has accepted their appeal and over-turned the decision of the examining magistrate Jacques Antenen. He had previously ruled that the police were not to be charged declaring that the incident was produced by the activists' own temerity. The Tribunal d'accusation du Canton de Vaud has now announced that "the investigation has already produced enough evidence to justify that Michael Deiss and Claude Poget will be sent to trial under the accusation of simple and severe bodily harm with negligence." Until now the criminal investigation has only been carried out against M. Deiss, the policeman from Schaffhausen, Switzerland, who cut the rope. Now the Court has acknowledged the activists' complaint and declared that Claude Poget, the highest ranking officer on the bridge "should have been interviewed as accused."

The activists remain skeptical. "While we are very happy about this decision, we have deep concerns that the judicial system really wants to find out the truth," said Martin Shaw. "They work on the pure assumption that no orders have been given although the phone calls between the Poget and Christian Flueli, his senior officer in the control center have never been examined. This is an obvious step which we have been asking for since the incident

happened." The Court considers that the investigation supplements that the activists requested in their appeal are not necessary. Gesine Wenzel says "There is a definite refusal to find out about the implications of the hierarchy. They aim to consider the two accused policemen as the black sheep and the incident as an accident. But if one really wants to avoid such dramas, the entire system of police intervention and internal organization has to be looked at."

Of this opinion is also the local parliamentarian Yvan Rytz who handed in a parliamentary question to the government of the Canton de Vaud. He states: "The government can't ignore their responsibility in this affair. The highest ranking officer on the bridge, a policeman from the Canton de Vaud, did not follow official orders and it's the governments' responsibility to react on those failures.

They also need to inform us which training the police have received concerning different types of protest actions. For us it is clear that Shaw and Wenzel have suffered enormously due to the actions of our policemen and should be compensated." 29 parliamentarians from different parties are openly supporting these concerns.

The climbers who have suffered severe physical and emotional injuries have received no compensation, whilst considerable amounts have been awarded to shop-owners whose windows were destroyed during the protests. "This shows how the state protects property over people's lives", concluded the activists.

"The decision of tribunal is a first step. But it is important to remember that this is absolutely exceptional and that most complaints about police violence remain uninvestigated."

Mehr Infos unter:
www.aubonnebridge.net
aubonne@no-log.org

text of the parliamentary question:
www.verts-vd.ch/yr_interp_aubonne.html



CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

AUTOMOBILGESELLSCHAFT Besser selbst bewegt als automobil - autofrei leben! in Hamburg - Das A und O: Aktiv vor Ort - »Eine ganz normale Familie« ohne Auto - geht denn das? - Porsche: Getunte Kakophonie - Die Volksgemeinschaft an der Verkehrsampel - Schweiz: Straßenverkehr halbieren - Erfahrungen mit einer Volksinitiative **DRESDEN** Altac - angekommen im tiefen Osten - Der Niemandsgarten: Was Radieschen mit der »Revolution« zu tun haben könnten **MONTAGSDEMOS** Mythen, Männer, Montagsdemos... **SCHUTZEHE** Interview mit einem sogenannten »Scheinehepaar« **DEAD MEN WORKING** Gegen die Gesundheitsbetriebe in der Arbeitskirche **GRUPPE FREIRAUM** Her mit dem guten Leben! **ZIMMEREI GRUNSPECHT** Die Utopie muss nicht in Tränen enden - Erfolge einer Produktivgenossenschaft **COLBE** Professionalität und demokratische Unternehmenskultur - zwei Seiten einer Medaille **u.v.m.**

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo
 3 Monate frei Haus
 gibt es für 5 Euro

(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
 Nur gegen Vorkasse: Schweiz/Briefmarken/Bank/einzug!)

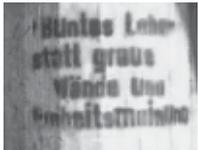
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
 Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org



Not only a summer of resistance, but permanent revolution!!!

SozialforumVonunten



Prozeß und Verabredungen statt Regeln und Beschlüsse, d.h. es gibt nie einen beschreibbaren Zustand, eine endgültige Struktur, eine feste Form des Ganzen. Der Raum ist, was im Raum passiert. Das Ganze entsteht aus den Verabredungen und Vereinbarungen der Teile, ohne dass dadurch eine übergeordnete Struktur entsteht. Jede Vereinbarung gilt für die, die sie abschließen, aber niemals für den „Offenen Raum“ als Ganzes. Aus der Summe der Vereinbarungen, der Erfahrungen mit ihnen, der Konflikte, konkreten Handlungen und verfügbaren Informationen entwickelt sich der Raum weiter. Nicht im Vordergrund oder gar nicht passend: Große Namen, Image, Quantitäten & Logos D.h.: Im „Offenen Raum“ haben der Schein und Attitüden keinen Wert, es gelten die Menschen, die Ideen, die Themen und Konflikte, die das Sein bestimmen.

◦ Widerständigkeit und Perspektivisches gleichzeitig stärken, d.h. Protest aus Normen und vorgegebenen Spielregeln lösen und entwickeln zu selbstbestimmten, Normalität und Kritisiertes tatsächlich störenden Formen (symbolisch oder tatsächlich)

◦ Perspektivisches entwickeln, von der Debatte um andere Gesellschaftsformationen über viele kleine Projekte, die quadratmeterweise Leben und Alltag verändern bis zum Mut, beim Nennen eigener Ziele und Träume von den StatthalterInnen der Normalität als SpinnerIn verklärt zu werden.

◦ Widerstand und Utopie in Positionen, Projekten und Aktionen zu verbinden

◦ Vielfalt und Offenheit in einem „Offenen Raum“ auch praktisch organisieren

◦ Viele bzw. alle Gruppen einladen

◦ Das Sozialforum ist ein Treffen der Menschen und möglichst aller Menschen, d.h. es gibt keine Privilegien für VertreterInnen und es werden alle Menschen angesprochen.

◦ Große Organisationen können wie alle anderen auch nicht Träger eines „Offenen Raumes“ sein, ihre Labels stehen weder über dem „Offenen Raum“ noch sonst wie im Vordergrund.

◦ Die AkteurInnen in einem „Offenen Raum“ sind die Menschen und die dort konkret agierenden Gruppen, die sich in der konkreten Tätigkeit und nicht unter einem darüber hinaus geltenden Label zusammenfinden und zusammen agieren.

◦ Infoflüsse und Transparenz in einem „Offenen Raum“ organisieren

◦ Begegnung und Kommunikation aktiv fördern, d.h. Orte und fördernde Infrastruktur dafür schaffen

◦ die AkteurInnen selbst mit ihrer subjektiv authentischen Wahrnehmung zu Wort kommen lassen. Interessen für eine gerichtete Außendarstellung des Sozialforums dürfen nicht in Berichte einfließen oder müssen zumindest kenntlich gemacht werden.

◦ Einrichtung von „Wikis“ (offen gestaltbaren Internetseiten) für die Transparenz zu diesen und hinzugefügten Ideen (siehe im Wiki konkreter SozialforumIdeen)

• allen Beschlüssen

• allen Vorgängen im Organisationsprozess hin zu einem „Sozialforum von unten“

Ideensammlung

◦ Klozeitung, Wandzeitungen und Indymedia als offene Strukturen unter Vernetzung der Informationsflüsse zwischen ihnen

◦ Gleichberechtigung und Horizontalität in einem „Offenen Raum“ organisieren

◦ Schaffung möglichst vieler Orte für spontane Zusammenkünfte und Aktivitäten, z.B. Open-Space-Zonen in möglichst vielen Gebäuden, auf Plätzen usw.

◦ Sicherung eines intensiven Infoflusses und hoher Transparenz dessen, was wo geschieht

◦ Schaffung frei zugänglicher Infrastruktur zur Organisation von Aktionen, Diskussion, Streit, Wissensvermittlung usw.

◦ Offensive Förderung für selbstorganisierte Prozesse im „Offenen Raum“, d.h. keine Blockade aller Räume und Hand-



lungsmöglichkeiten durch die von Beteiligten vorgedachten Prozesse, Themen und Aktivitäten

◦ Materielle Gleichberechtigung, d.h. die Herstellung gleicher Handlungsmöglichkeiten durch Zugriff aller auf gemeinsamen Reichtum an Infrastruktur, Wissen, Möglichkeiten, Essen, Räume, Infosysteme usw.

◦ Sprachübersetzungen, Gebärdendolmetschen und andere Handlungen zur Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu allen Teilen des Ganzen

◦ Benennung und offensiver Bezug auf den § 6 der Charta des Weltsozialforums, der Stellvertretung, kollektive Beschlussfassung und das Sprechen für die Gesamtheit ausschließt.



„Was kann im „Offenen Raum zu Widerstand und Utopien“ alles entstehen?“

° **Offene Infrastruktur** aller Art, z.B. Direct-Action- und offene Presse-Plattform, Bühne, Werkräume ...

Je mehr auch tatsächlich nutzbare Einrichtungen vorhanden sind, desto mehr Handlungsmöglichkeiten ergeben sich für die, die im offenen Raum agieren. Daher sollen alle Menschen, Gruppen usw. aufgerufen werden, Infrastruktur mitzubringen oder vor Ort zu organisieren, um sie im offenen Raum zugänglich zu machen. Als Beispiel sei eine Direct-Action-Plattform genannt, d.h. kontinuierlich sollen Aktionsmaterialien wie Transpi-Stoff, Farben, Schablonen, Kleber, Stifte, Kostüme, Plakate usw. vorhanden sein.

Mehrere Open-Space-Zonen in dem Gebäude, die für größere Treffen, Themenachsen usw. genutzt werden können, innerhalb derer dann wieder Kleingruppen entstehen können. Wann wo was läuft, kann vorher schon „gebucht“ werden oder entsteht während des Sozialforums. Jede Open-Space-Zone ist mit Wandzeitungen zum Geschehen, Gruppenräumen und einem zentralen Infopunkt ausgestattet.

Wer sie nutzen will, belegt sie für einen konkreten Zeitraum. Die Open-Space-Phasen sind offen und offen anzukündigen. Auf den Wandzeitungen können Ideen für Aktivitäten, angekündigte und laufende Aktivitäten (mit Kontakt, Ort und Zeit) und gelaufene Aktivitäten (möglichst mit Kurzprotokoll und Kontakt) angekündigt werden. Im Eingangsbereich des Gebäudes wird es zudem eine thematisch nicht eingegrenzte Open-Space-Zone geben, die dauerhaft läuft und wo alles angekündigt wird, was nicht zu einem thematischen Strang gehört.

Workshop-, Fishbowlräume usw., offen für alle. Die Vergabe erfolgt als Selbstorganisationsprozess, d.h. wer die Räume nutzen will, kümmert sich selbst um die direkten Absprachen mit anderen, die auch Räume suchen oder gerade nutzen.

Open-Space-Zonen im Eingangsbereich, in Fluren usw.: Die Informationstransparenz, Anbahnung von Kooperation und mehr soll über einen als Open-Space-Zone gestalteten zentralen Bereich laufen.

Eingeladen werden sollen weitere AkteurInnen, ihre Bereiche im offenen Raum aufzubauen, z.B. SanitärerInnen, KünstlerInnen usw.

Umsonstladen, Umsonstessen, Umsonstbühne, -kino usw. können utopische Elemente in einigen der Räume sein.

Ausstellungen und mehr drumherum sind wünschenswert.

Angekündigt sind u.a.: Direct-Action-Parcour, Gender-Ausstellung, Polizeidokumentation.

Einführungsworkshops in Dominanzabbau, horizontale Organisation, direkte Intervention usw. sollen die Ideen des offenen Raumes immer wieder erklären und weiterentwickeln. Das ist wichtig für die Phase des Sozialforums selbst wie auch dafür, die Idee weiterzuverbreiten.

www.sozialforum-von-unten.de.vu

...

Und dann gleich weiter zum...

**Sommercamp
in die Altmark**

Das 9. „Wendland“-Camp findet dieses Jahr in der benachbarten Region Altmark statt. Dort gibt es ein sehr interessantes und unterstützenswertes Projekt - die TRAUMSCHULE in Riebau.

Dort werden wir in diesem Jahr unsere Zelte aufschlagen. Da es in der TRAUMSCHULE noch keine Infrastruktur für ein Camp mit ca. 200-300 Leuten gibt, findet vor dem offiziellen Camp-Beginn am 30. Juli eine Bauwoche

statt. Diese spielt eine sehr wichtige Rolle, da hier die Komposttoiletten, einfache Duschen, AK-Räume im renovierungsbedürftigen Bahnhofsgebäude und noch einige andere Dinge für das Camp entstehen sollen.

Dieses Jahr ist das Camp „open end“: ihr könnt auch nach dem „offiziellen“ Ende so lange bleiben, wie ihr wollt!!

Was ist das Sommercamp?

Das Sommercamp ist ein freies Treffen von allen, die sich gerne außerhalb der gewöhnlichen Strukturen von Hierarchie und Konkurrenz treffen wollen, um sich auszutauschen und einfach zu leben. Es wird dort weder einen Chef geben, noch wird es ein kommerzielles Treffen werden. Trotzdem ist es leider nicht möglich grundsätzlich auf einen Teilnahmebeitrag zu verzichten, da es Kosten für Essen und andere Dinge wie z.B. Zelte gibt. Alle mit dem Camp verbundenen Aufgaben werden von den Teilnehmern und Helfern erledigt. Das gilt sowohl vor, als auch auf dem Camp. Das Sommercamp beim Wendland lebt vom Mitmachen, und ist anders auch nicht gewollt oder möglich.

Das Sommercamp ist im Projekt „Traumschule“ in Riebau. Das Besondere an der Traumschule ist, daß noch nichts richtig fertig ist - es gibt nur wenige Toiletten, keine Duschen, nur eine sehr kleine Küche, dafür aber Unmengen Platz und Baumaterial, um selber kreativ zu werden. In der Bauwoche kann jeder seine eigenen Vorstellungen wirklich werden lassen - von Kompostklos auf Rädern bis zum als Schwimmteich umgebauten Entwässerungsgraben.





Um uns miteinander abzustimmen, was wir tun wollen, werden wir uns auf dem Camp regelmässig treffen, um uns zu besprechen und zu planen. Dabei sollen Entscheidungen gemeinsam gefunden werden, anstatt sie anderen Personen zu überlassen. Jeder Mensch ist mitverantwortlich für sich und die anderen TeilnehmerInnen. Die Art, wie diese Entscheidungen gefunden werden sollen, legen wir selber gemeinsam auf dem Camp fest. Es wird Arbeitskreise geben, um den TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu bieten, sich mit Themen auseinanderzusetzen. Auch du kannst einen AK anbieten. Die Teilnahme an Arbeitskreisen ist selbstverständlich freiwillig (wir sind ja nicht in der Schule!).

23.-29.Juli 2005

**Vor-Camp
mit Bauwoche**

**in der TRAUMSCHULE
in Riebau**

Weitere Infos, z.B. was noch benötigt wird sowie ein Rückblick auf die früheren Camps unter:

www.wendlandcamp.de



Gegen die G8-Summits!

1990 hielten die G7 ihr Treffen in London ab. Es fand statt, ohne dass irgend etwas passierte. Es gab weder Proteste noch „rote Zonen“. Acht Jahre später in Birmingham gab es 400 verschiedene soziale Bewegungen aus der ganzen Welt, die unter dem Namen Peoples' Global Action (PGA, <http://www.agp.org>) den lokalen Widerstand gegen die globalen Probleme vernetzten und gemeinsam mit 50.000 Menschen anderen Menschen Widerstand gegen das G8-Treffen leisteten.

2005 kommen die G8 wieder nach Großbritannien... Vom 6.-8. Juli wird ihr Gipfel im Gleneagles Hotel in Perthshire, Schottland (ca. 60km nördlich von Edinburgh) stattfinden. Während dieser Zeit sollen verschiedene Aktionen stattfinden, vor Ort und weltweit.

Seit dem Sommer 2003 sind Leute dabei, darüber zu diskutieren, wie Widerstand gegen diesen Gipfel aussehen kann. Ein Netzwerk aus lokalen Gruppen und Einzelpersonen hat sich gebildet, das sich Dissent!-Network nennt (siehe auch: <http://www.dissent.org.uk>). Dieses Netzwerk versteht sich als Teil einer globalen Bewegung. Einfach nur einen Aktionstag zu veranstalten, auf den Leute gehen, ohne ihre Einschätzungen und Ideen einzubringen, wäre eine verpasste Chance. Stattdessen soll mit anderen Menschen aus Europa und der ganzen Welt zusammengearbeitet und diskutiert werden, um zu entscheiden was wir - als eine globale Bewegung - aus dieser Bewegung machen wollen.

So wurde auch auf der PGA-Konferenz in Belgrad im Juli 2004 und auf dem European Social Forum im Oktober 2004 weiter über Strategien und Pläne geredet. Dissent! veranstaltet außerdem alle zwei Monate Treffen an verschiedenen Orten in Großbritannien. Für Ende Februar ist ein internationales Vernetzungstreffen in Tübingen geplant.

Auch im deutschsprachigen Raum beginnt die Mobilisierung langsam. Für uns ist das Aufbauen von Netzwerken und die Gespräche über Zielvorstellungen und Aktionsformen auch wichtig vor dem Hintergrund, dass bereits 2 Jahre nach dem Gipfel in Schottland das G8-Treffen in Deutschland stattfinden soll!

(...) Wie können wir Widerstand leisten und radikalen sozialen Wandel einfordern, dass mehr als ein Tag mit spektakulären Aktionen und noch mehr Repression dabei herauskommt?



Durch die globalen Anti-Gipfel-Mobilisierungen wurden verschiedene Kämpfe verbunden, die sich mit gemeinsamen Themen befassen. Allmählich hat sich durch diese Mobilisierungen eine globale „Bewegung der Bewegungen“ entwickelt, die in vielen Bereichen in der Vergangenheit ohne Beispiel ist. Aber wie machen wir von da weiter? Schaffen wir es, von der Rolle der „Anti-Globalisierungs-AktivistInnen“ wegzukommen, die immer mehr von uns erwartet wird? Wir möchten, dass sich unsere Vorstellungen und Aktionsformen ständig weiterentwickeln.

Wir müssen die Möglichkeit nutzen, auf den europäischen und weltweiten Treffen von AktivistInnen über unsere Erfahrungen diskutieren, die wir im Lauf der letzten paar Jahre, in denen es Aktionen gab, gesammelt haben.

Dies ist ein Aufruf, aus unseren Erfahrungen und Erfolgen der Vergangenheit zu lernen; ein Aufruf, unsere derzeitige Position und Stärke einzuschätzen; ein Aufruf, zusammen zu diskutieren und Strategien zu entwickeln; und ein Aufruf, eine passende Antwort darauf zu finden, dass sich nächstes Jahr in Europa die obersten RepräsentantInnen der mächtigsten Staaten der Welt treffen.

Quelle: <http://de.dissent.org.uk> - Einführung

Towards Carfree Cities Conference

Budapest 2005



For all participants

Thanks for all the participants who registered already!

On Monday 18th July, every participant has the possibility to present promotional materials about the organization represented, about carfree activism, ideas, etc... Please indicate on the registration form if you need a table/a surface for your posters, flyers, logos, etc. on Monday during the networking time.

Activist programmes during the conference

On Monday 18th July, in the evening, there will be a street party, which will allow, we hope, to involve the Hungarian media and some inhabitants of Budapest in the conference. The street party is organized by the Hungarian Young Greens (Z.Fiatalok, or ZÄ-FI, an NGO, not a political party). On Wednesday 20th July, an accessibility competition of about one hour will be organized for persons with wheelchairs, with baby carriages in the streets of Budapest.

-Please send your suggestions, ideas or questions concerning these events to Marci M. (marci@zofi.hu). Of course, details of these events will be put on the conference website as well, as soon as available.

-Those who would like to participate at some more creative carfree activism during the conference, should contact Marci Piroch: pircsi@zofi.hu.



Some news from Budapest

Budapest has seen its car population raised by more than 130 thousand since 1990, while its human population diminished by more than 300 thousand. Now the city has about 1.7 million inhabitants, while fifteen years ago it had more than 2.0 million inhabitants.

In 1990, the modal split between public transport and car use was about 80:20, now this rate is around 55:45.

Due to the ever growing car traffic, the city is less and less viable and everyone who can afford it moves into the agglomeration, a region of 15-30 km of radius circle around the city. This leads to the well-known vicious circle that occurred in many cities in other parts of the world:

shopping malls, industrial parks and housing lots are popping up in green areas, and more and more people become dependant on cars so more roads are needed for the ever growing car traffic.

Some NGOs (like ours and cyclist associations) try to raise awareness about these negative trends and promote human and environment friendly development. This is not a very easy task, but we are still hoping that these trends can be stopped and even reversed, before it's too late.

Some recent carfree activist developments in Budapest

A campaign and lawsuits against motorway constructions in the agglomeration of Budapest Actions (newspaper articles, interviews in TV and letters to the municipality) for better public transport, especially for priority of public transport vehicles in traffic

Campaign and demonstration for stricter parking rules and control.

(We handed over a petition to the Deputy Mayor of Budapest. See the pictures of the demonstration here:

www.levago.hu/keptar/2004parkolas/index.htm)

The launching of the Hungarian version of Car Busters in April

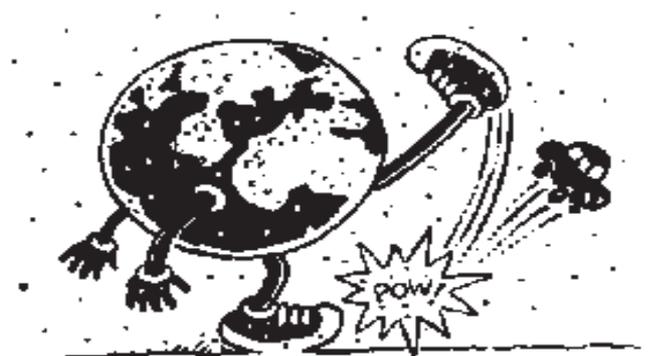
A Critical Mass with about 10 thousand of cyclists in Budapest on the 22 April, and with several other hundreds of cyclist in Hungarian cities such as: Debrecen, Szeged Zalaegerszeg and others.

We hope that the TCFCV conference will help us to promote carfree concepts in Budapest and in Hungary!

We are looking forward to hearing from you and are looking forward to see you in Budapest!

Judit Madarassy, Mari Somodi and Andre Lukas - TCFCV organizers
- Clean Air Action Group and Hungarian Traffic Club -

Weitere Infos unter:
www.worldcarfree.net/conference



Auf die Räder - fertig - LOS! Ecotopia-Biketour

Dear cyclist,

we have been so busy organising it, that we almost forgot to tell you: The Ecotopia Biketour is happening again this summer! For its 15th anniversary the tour will go as far east as never before: ecotopia will take place in Saharna in the north-east of Moldova. It will take us 7 weeks to reach it, 7 weeks full of cycling, international exchanges and international actions. Already on the 17. of June we will start in Banja Luka, Bosnia & Herzegovina. Besides sustainable transport the focus will be on rivers - rivers as connections or borders between people, polluted rivers, dammed up rivers. On the route lie several planned dam sites as well as the Tara River Valley, the Danube, Transsylvania, the Karpartians, the Gorges of Bicaz, the River Pruth and many other beautiful sights. Have a look on www.thebiketour.net for more details about this celebration of sustainable transport.

Moving all our stuff by sheer muscle power, we will create an eco-mobile community which will support numerous ecological groups along the way by visiting them and joining them for actions. The biketour is a diy self-sustaining community, with all participants expected to take a share of tasks and to participate in the non hierarchical, consensus-based decision-making process. Camping is the usual accommodation and sometimes we sleep in schools and private houses.

There are usually between 25-50 participants from all over Europe, and occasionally some from further afield. Participants may come for all or part of the route. Anyone who fits the following guidelines is welcome:

- * You can cycle 50-80 km per day
- * You are interested in environmental issues and willing to take part in some actions
- * You are willing to take part in consensus decision-making and
- * You are willing to take part in the daily tasks such as preparing meals, carrying trailers, washing up or tidying the sleeping places.
- * Watch out: Sexist, racist, homophobic and other discriminatory behaviour will not be tolerated on the tour.



How to take part?

First you have to fill out in the application form which can be found at <http://biketour.kicks-ass.net> Those people who need visa for the countries concerned will receive as much help as possible from the Biketour organisers. Each person pays a participation fee of about 15 eco-rates per day - look at:

www.eyfa.org/ecorates.htm.

That's around 7.50 euro for westerners and considerably less for easterners. The fee covers everything - organisational effort, various events, actions, workshops, 3 meals a day and a place to put your tent. We might be able to refund your travel costs - if you travel the cheapest, most ecological way. But this still in the hands of funders - contact us as soon as possible, if your

participation depends on this. At the beginning of each day there is a meeting where the route is told and we get a map for the day, the task distribution is decided upon and any others problems are discussed.

Each person cycles at their own pace and we carry everything ourselves, with the large items in trailers. Also we usually cook ourselves. The organisation is well under way, but still we are happy about every helping hand.

Lots of things can be done via internet - writing texts and do some layout.

For More Information:
biketour@riseup.net

ciao - jan



31.7. - 7.8. 2005



Burg Lutter

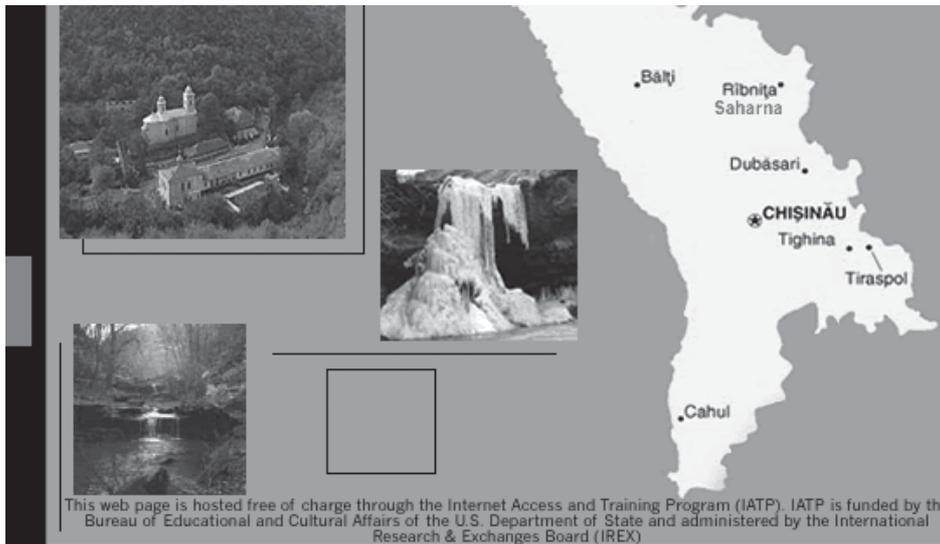
www.free.de/a-camp

Ecotopia 2005 in Moldova

So - here it comes - Ecotopia 2005 in Moldova.

Ecotopia is a two week festival of sustainable alternatives, celebrated and shared by youth from all over Europe. Last year hundreds of young people gathered in Netherlands. This year the 16th edition will take place in Moldova. So, welcome to the place you want to live in (oikos + topos = Ecotopia).

Saharna – Ecotopian venue is being called by the locals Moldovan Niagara. It is one of the most picturesque gorges on the right bank of the Dniestr river near Saharna village, 8 km away from the district center of Rezina, 14 km from the railway station of Ribniza and at approximately 110 km to the North from Chisinau, the capital of Moldova. From the rocky tops you can see



This web page is hosted free of charge through the Internet Access and Training Program (IATP). IATP is funded by the Bureau of Educational and Cultural Affairs of the U.S. Department of State and administered by the International Research & Exchanges Board (IREX)

With the effort of EYFA-network (European Youth for Action), AVI (Association of International Volunteering), National Centre "Gutta-club", SalvaEco and AJDD one of the most picturesque places of Moldova, Saharna, will become a place for a common capital of European youth, active in social and environmental issues. We will create an international community to experience and learn about different alternatives to develop a more responsible and environmentally friendly lifestyle. Moldova is the second country of the ex-soviet camp to host Ecotopia in its 16 year history. And this year Ecotopia's topic is Alternative Technologies, focusing on green technological innovation and creativity and also critical reflections on the East-West relationship in Europe. The gathering depends much on the input and contribution of every participant that joins Ecotopia every year. We don't limit ourselves on the direct interpretation of the topic but offer a great number of variations and interpretations of Alternative Technologies that can be part of every sphere, community or country.

beautiful scenery. Covered with forests, Saharna river canyon as long as 16 km with a large number of more than 30 rapids and cascades will pleasantly surprise even a sophisticated traveller. The largest cascade falls down from a height of 10 meters and it is as wide as 5 meters. It is not Niagara Falls yet, but still impressive for those who have seen it.

Now, do you feel like joining a functional model of self-sustainable community that puts into practice the principles of an environmentally friendly life-style? Do you want to meet exciting people, participate in various workshops or maybe come to Moldova with the bike tour that starts in Croatia a month before the meeting? Ecotopia may become your home for 2 weeks (1st-14th August). Welcome! In short time you'll find the application form and travelling tips on the following sites:

Olya Roshka - Moldova
www.eyfa.org (visit the WIKI page)
www.avi-moldova.org

16. Weltfestspiele - Venezuela 2005

8.-15. August 2005 in Caracas

Auf allen Kontinenten der Welt kämpfen Jugendliche und Studierende wie wir gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte und für den Frieden.

Dieser Kampf ist notwendiger denn je. Im Zeichen des Neoliberalismus und der Sachzwänge der Globalisierung erleben wir in unserem Land eine Offensive von rot-grüner Regierung, Opposition und Unternehmern auf erkämpfte Rechte und Löhne. Den rigorosen Kürzungen bei den sozialen Sicherungssystemen stehen enorme Ausgaben für Rüstung entgegen. Die BRD strukturiert nicht nur die Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze um, sondern sie ist auch auf europäischer Ebene federführend, z.B. bei der Bildung einer EU-Eingreiftruppe, um den Einfluß Europas in der Welt auch militärisch zu stärken.

Am 8. Mai 2005 jährt sich zum 60. Mal der Jahrestag der Befreiung Deutschlands von Faschismus und Krieg, der weltweit Millionen Menschen das Leben kostete. Aus diesen Erfahrungen wurde 1945 der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) gegründet. Er ist der Zusammenschluß der Jugend der Welt um gegen die Ursachen von Faschismus und Krieg anzugehen. Eine logische Konsequenz daraus war, die Jugend der Welt zusammenzuführen. So wurde die Idee der Weltfestspiele geboren, die zum ersten Mal 1947 in Prag stattfanden.

www.caracas2005.info



Bericht zum politischen Prozess in Giessen



Seit dem 10. März 2005 läuft der zweite Versuch in der Berufungsverhandlung gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt. In erster Instanz wurde eine Person dabei zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Nach einem gescheiterten Berufungsauftritt im Juni 2004 folgt nun ein Versuch, der sich über mindestens zwei Monate erstrecken wird – wahrscheinlich bis zu zehn oder mehr Verhandlungstage wird es wieder um Sachbeschädigung (veränderte Wahlplakate, farbveränderte Halle vor Koch-Besuch), Hausfriedensbruch (Transparent in Stadtverordnetensitzung) und weitere Anklagepunkte gehen.

Während von Seiten der Repressionsorgane umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen „geboten“ werden, begleiten justizkritische Kreise die Prozessmonate mit einer großen Veranstaltungsreihe gegen Justiz und Strafe. An dem Verfahren hängt viel. Polizei, Justiz, Politik und Teile der örtlichen Presse, die bereits mehrfach für eine Bestrafung warb, versuchen kritische Menschen mundtot zu machen und dabei vor allem Widersprüche zur in Gießen und Hessen aktuell verwirklichten Sicherheitspolitik zu stoppen. Den Angeklagten geht es dagegen um die Demaskierung einer Kriminalisierung, die mit Erfindungen, Fälschungen und Hetze arbeitet. Insofern bietet der Prozess auch eine Plattform für die Auseinandersetzung zwischen autoritärer Politik und Justiz sowie dem Protest gegen Macht und Repression.

Politischer Hintergrund des Verfahrens

Kreativer Widerstand gegen die autoritären Verhältnisse

In den letzten zweieinhalb Jahren wurde Giessen zeitweise von einer bunten Mischung direkter Aktionen „überrollt“ - im Mittelpunkt stand der Widerstand gegen die autoritäre Zuspitzung von Politik. Ein wichtiger Aufhänger war die Ende 2002 verabschiedete „Gefahrenabwehrverordnung“ der Stadt Gießen, aber auch verschiedene Wahlen. Weitere Themenfelder bildeten Rassismus, Reichtumsverteilung und Schulkritik. Die Ideen kreativen Widerstands waren dabei häufig mit einer grundsätzlichen Herrschaftskritik verknüpft, bei der auch die Repressionsorgane nicht ausgenommen waren. Besonders genervt waren Obrigkeit und Polizei durch das Konzept der Subversion, d.h. die geschickte Verdrehung von Machtmitteln gegen die Mächtigen selbst: Immer wieder gab es gefälschte Behördenschreiben, veränderte Wahlplakate oder verstecktes Theater in der Innenstadt (z.B. ein sog. „Kamera-Gottesdienst“). Polizei und Politik standen dem überraschend hilflos gegenüber und konnten die subversiven Akte nicht stoppen - wild um sich schlagende Repression und erfundene Tatvorwürfe zwecks Kriminalisierung der Handelnden waren später ihre Antworten. Insbesondere der hessische

Zum bisherigen Verlauf des Verfahrens

Die erste Instanz des „Mega“-Verfahrens vor dem Amtsgericht Giessen liegt weit über ein Jahr zurück: Im Dezember 2003 wurden die beiden Aktivisten nach einer elfstündigen Verhandlung zu neun Monaten ohne Bewährung bzw. zu Tagessätzen (100 Tagessätze a 20 Euro) verurteilt. Gegen das skandalöse, platt begründete Urteil hatten die Betroffenen Berufung eingelegt. Der erste Versuch der Berufungsverhandlung vor dem Giessener Landgericht im Juni 2004 endete unerwartet. Aufgrund zahlreicher juristischer Fehler rund um eine peinliche Gerichtsbesetzung – zwei befangene CDU-Schöffen waren ausgelost worden, einer wollte unbedingt mitrichten – wurde das Verfahren nach zwei Tagen ausgesetzt, da eine „umfangreiche Neuplanung“ notwendig geworden sei.

Neuer Versuch: Berufung „reloaded“

Seit dem 10. März läuft das Berufungsverfahren vor dem Landgericht – fünf Prozesstage sind inzwischen vergangen, in denen vieles passiert ist – natürlich kann dieser Text nur „Highlights“ beleuchten (ausführliche Berichte sind abrufbar über www.projektwerkstatt.de/prozess)

Tag 1: Aussetzungsantrag, Streit um Beordnung und überraschende Mandatsniederlegung

Nach der Aufnahme der Personalien wurde ein Antrag zur Einsicht der Schöffensliste gestellt – Hintergrund waren peinliche Fehler beim ersten Versuch der Berufung, wo befangene CDU-Schöffen und Fehler beim „Ersetzen“ der Schöffen den Prozess zum Platzen brachten. Dieser Antrag wurde vom Gericht zurück gestellt. Danach folgte sogleich ein Antrag zur Aussetzung des Verfahrens. Im Antrag wurde darauf hinge-

Die neue Polizei-Doku!

Neue Fälschungen, Erfindungen und Hetze seitens Polizei, Justiz, Politik und Presse in und um Gießen aus den vergangenen 12 Monate füllen die 2005er-Ausgabe der Doku: Angriffe auf das Demonstrationsrecht, Sozialabbau und Sicherheitswahn, Rechtsbeugung im Amt, Beweismittelfälschungen, politische Prozesse (z.B. im März und April 2005) und mehr auf über 50 Seiten.

- Infos und Download unter www.polizeidoku-giessen.de/vu.
- Zu den Prozessen: www.projektwerkstatt.de/prozess.

Innenminister und damalige CDU-Kreisvorsitzender Volker Bouffier ist dabei als Scharfmacher aufgetreten. Mit dem umfangreichen Verfahren gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt sollen alle eingeschüchtert werden, die sich den sich ausbreitenden „law and order“-Konzepten widersetzen.

Abwehr der Ordnung!

wiesen, dass auch die Polizeiführung in das Lügegebäude vom 27.3.2003 integriert war und mit eigenen Falschbehauptungen auf sich aufmerksam machte. Für Staatsanwalt Vaupel war der Gail-Komplex erwartungsgemäß kein Hindernis für die Hauptverhandlung. Er beschwerte sich, dass eine „Verschwörung“ unterstellt wurde und schlug vor, die Wahrheitsfindung auch zu den Gail-Lügen im laufenden Prozess zu versuchen: „Wir können ja alle Zeugen hören, die dazu etwas zu sagen haben.“ Die Vorsitzende Richterin Brühl betonte ebenfalls, dass das alles irgendwie in der Hauptverhandlung ermittelt werden könne. Es folgten Streitgespräche zu diesem Punkt, dann wurde das erstinstanzliche Urteil verlesen. Nach der Mittagspause ging es mit einer Gegenvorstellung seitens der Verteidigung weiter. Das Gericht lehnte auch diesen und alle Folgeanträge ab. Dazu gehörte der erneute Antrag, den Angeklagten eine Pflichtverteidigung zu erlauben, da die jetzt selbst von Staatsanwalt und Gericht vorgeschlagenen weiteren Untersuchungen die Verfahrenslage weiter verkomplizieren. Daraufhin legten die von den Angeklagten selbst finanzierten VerteidigerInnen ihr Mandat nieder. Der Prozess wurde unterbrochen bis zum nächsten Verhandlungstermin am 21.3., damit die Angeklagten ihre prozessorale Situation neu klären können.

einer recht kurzen Verhandlung. Die Entscheidung über einen von einem Angeklagten gestellten Abtrennungsantrag wurde verweigert – Hintergrund des Antrags ist, dass der andere Angeklagte der einzige Entlastungszeuge für den Tatvorwurf des Widerstands bzw. der Körperverletzung ist, der in Zusammenhang mit einer Festnahme am 09.01.2003 steht.

beiden Tatkomplexen das „Pflichtprogramm“ erfüllt ist und unklar ist, ob es dazu eine weitere Beweisaufnahme gibt.

Schikanen rund um den Prozess

Tag 4: Staatsschutzchef und LKA-Auftritte

„Puff kommt – Der Ex-Staatsschutzchef vor Gericht“ verkündeten Sprachblasen auf vielen Plakaten im ganzen Stadtgebiet Gießens. Und Puff kam tatsächlich: Über eine Stunde stand er Richterin und den Angeklagten Rede und Antwort – nicht ohne seine Spezialität: Das Erfinden immer neuer Straftaten, garniert mit allerhand Lügen. Rundherum gab es Anträge und Erklärungen der Angeklagten, eine weitere Polizistenvernehmung und einen fischen Vortrag eines LKA-Beamten über die Technik der Analyse von Fußspuren. Krönender Abschluss: Staatsanwalt Vaupel zeigte überraschende Aktivität und präsentierte stolz drei beschlagnahmte Tonbänder – die von der umstrittenen Stadtverordnetenversammlung mit den Lügen des CDU-Stadtverordnetenvorstehers Gail.

Unikündigt Räume und wechselt Schlösser aus Aktivität entfaltete sich nicht nur im Gerichtssaal: Rund um den Prozess hatten verschiedene Gruppen Veranstaltungen zu justizkritischen Themen organisiert. Dafür waren unterschiedliche Räume, u.a. in Fachhochschule und an der Uni angefragt worden. Für die Phase nach jedem Prozess waren zudem Räume einer Fachschaft in Absprache mit dieser erschlossen worden, wo gekocht und geklönt werden sollte – ein paar Verhandlungstage funktionierte das auch. Das Rahmenprogramm zum Verfahren war jedoch einigen ein Dorn im Auge. Als erstes agierte die Spitze der Fachhochschule und sperrte die dortigen Räume mit der Unterstellung, sie hätten herausgefunden, die Humanistische Union sei eine Tarnorganisation der Projektwerkstatt. Das ist nicht nur eine Lüge, sondern entbehrt auch jeder Begründung, denn die FH erklärte nicht, warum die Projektwerkstatt oder Menschen von dort in der FH nichts zu suchen hätten. Das bedeutete aber: keine Räume in der FH für Veranstaltungen, die irgendwie mit Menschen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt zu tun hatten. An der Uni dauerte es etwas länger und bedurfte eines denunzierenden Textes des Stadt-

Tag 2: Antragsschlachten, politische Erklärungen und Einlassungen

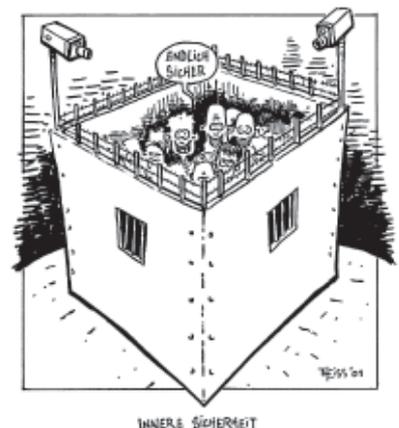
Am 21.03.05 fand der zweite Verhandlungstag statt. Am Anfang standen wieder – vom Gericht abgelehnte – Unterbrechungsanträge und einige Pausen. Danach folgten politische Erklärungen der beiden Angeklagten, die sich gegen Justiz als solche richteten, aber auch detailliert die konkreten Gründe benannten, warum kein faires Verfahren zu erwarten ist. Und noch mehr Anträge. Nach der Mittagspause äußerten sich die Aktivisten zum Vorwurf der Sachbeschädigung an Wahlplakaten.

Tag 5: Befangenheitsantrag und sich sträubende Polizeizeugen

Ein sehr zäher Verhandlungstag. Ein zu Beginn gestellter Befangenheitsantrag gegen die SPD-Schöffin wurde gar nicht behandelt und sofort zu langen Zeugenvernehmungen übergegangen, die den fünften Verhandlungstag prägten. Vier Polizeizeugen zu den Vorwürfen rund um den 09.01.2003 (Graffiti vor Koch-Besuch und angebliche Widerstandshandlungen bei einer Festnahme) und einer zum Komplex „veränderte Wahlplakate“ wurden intensiv vernommen. Deutlich erkennbar war, dass sich einige Polizisten im Vorfeld abgesprochen hatten, sehr vage Aussagen machten und sich deutlich weigerten, Fragen der Angeklagten überhaupt zu beantworten. Dabei wurden sie immer wieder von der Vorsitzenden und dem Staatsanwalt in Schutz genommen. Zudem gab es zahlreiche Beweisanträge der Angeklagten, da bei

Tag 3: Polizist ohne Erinnerung und Abtrennungsanträge

Am dritten Prozesstag gab es den ersten Zeugen – vernommen wurde ein Polizist zum Vorwurf, dass die Angeklagten acht Wahlplakate mit Überklebern gegen Stellvertretung verschandelt hätten. Dabei zeigte dieser wenig Erinnerungen an die drei Jahre zurück liegenden Ereignisse. Der andere Beamte war krank – daher blieb es bei



redaktionschefs der Gießener Allgemeine, Guido Tamme. Dort geißelte er die Liberalität der Uni, solchen Elementen Räume zu geben. Gemeint war das Bildungssyndikat (also die FAU), die er auch mit seltsamen Worten umschrieb, um den Verdacht zu erregen, es sei ein Tarnbegriff der Projektwerkstatt.¹

Ob nun daraufhin oder auf anderen Wegen in den Eliten geklärt reagierte die Unileitung: So wurde der Veranstaltungsraum für eine Diskussionsrunde zu „Gesellschaft ohne Strafe?“ am 4. April 2005 gekündigt, obwohl hier eine im AStA vertretene Gruppe angemeldet hatte. Gesteigert wurde dieser Vorgang durch das Auswechseln der Schlösser für die Räume, wo sich Menschen nach dem Prozess immer trafen, kochten und diskutierten. Weder die diese Räume nutzende Fachschaft noch die Projektgruppe oder nicht mal der Fachbereich wurden informiert. Die Unileitung handelte einfach autoritär von oben herab – Meinungsfreiheit und abweichende Ansichten sind offenbar nicht erwünscht.

Einschätzung zum bisherigen Verlauf

Eine Einschätzung zum Gesamtverfahren fällt schwierig: Das Gericht erscheint streckenweise bemüht, sich ein genaues Bild zu verschaffen und auch in den Zeugenvernehmungen kritisch nachzufragen. Gleichzeitig wird mit Anträgen seitens der Angeklagten eher nach dem Motto „Aufschieben und vergessen“ verfahren – mindestens auch deshalb, um den angekratzten Zeitplan halbwegs einhalten zu können. Eine kritische Begleitung des Prozesses durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen ist auch weiterhin geboten.

EspiTwelve

¹Footnote - Auszüge aus dem Zeitungsartikel und kritische Auseinandersetzung um den Stadtredakteur: www.hetzertamme.de.vu

Lebenslänglich

Geschichten und Gedichte über Gefängnisse und andere Krassen



Nach zweimonatiger Verhandlung: Wieder 8 Monate ohne Bewährung

Seit dem 10. März 2005 läuft vor dem Landgericht Giessen die Berufungsverhandlung gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt. In erster Instanz wurde eine Person dabei zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Nach elf Verhandlungstagen und intensiver Beweisaufnahme wurde am 3. Mai 2005 das Urteil verkündet – Grund genug, auf die Ereignisse der „zweiten Hälfte“ zurückzublicken.

Hintergrund des Verfahrens ist die gezielte Kriminalisierung von Aktiven aus kreativen Widerstandsgruppen, die in den letzten zweieinhalb Jahren für mehr als nur eine kritische Begleitung insbesondere von



Wahlen und der „law and order“-Politik der hessischen Regierung gesorgt haben. An den beiden Angeklagten soll ein Exempel statuiert werden, dass sich gegen alle richtet, die Sicherheitswahn und autoritäre Verhältnisse nicht widerstandslos hinnehmen wollen. Die konkreten Vorwürfe sind Sachbeschädigung (veränderte Wahlplakate, farbveränderte Halle vor Besuch des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch), Hausfriedensbruch (Transparent in einer Stadtverordnetenversammlung) sowie in zwei Fällen Widerstand und Körperverletzung im Zuge von Festnahmen.

Die Besonderheiten des Verfahrens: Im Vergleich zu den verhandelten Anklagepunkten wird ein Sicherheitsaufwand betrieben, der eher mit sogenannten „Terrorismus“-Prozessen vergleichbar ist. Zudem verteidigten sich die Angeklagten aufgrund der abgelehnten Beiordnung von PflichtverteidigerInnen selbst. Dabei beschränk-

ten sie sich nicht auf politische Erklärungen, sondern versuchten, mit umfangreichen Beweisanträgen sowohl den formalrechtlichen Rahmen auszuloten, aber auch die politischen Dimensionen des Verfahrens zu thematisieren.

Dieser Artikel gibt nur einen groben Überblick über das Geschehen – detaillierte Berichte zu den einzelnen Verhandlungstagen und dem Kontext dieser „Provinzposse“ finden sich vor allem im Internet unter www.projektwerkstatt.de/prozess

6. Prozesstag: Polizeigewalt vor dem Landgericht per Video dokumentiert

Schwerer Fehler vor dem 6. Prozesstag in Gießen. Einige AktivistInnen zogen diesmal vor dem Prozess durch die Innenstadt und malten mit Kreide justizkritische Parolen auf die Wege – während der Angeklagte B. sich allein vor das Landgericht begab. Während der Angeklagte vor diesem eine kleine Ausstellung mit Auszügen aus der Polizeidokumentation 2005 aufbaute, wurde er vom Leiter der anwesenden Bereitschaftspolizei-Truppe unter einem kruden Vorwand¹ verprügelt, zu Boden geworfen und in Handschellen gelegt. Die staatlichen Gewalttäter versuchten sofort, eine Lügengeschichte zu diesem Vorfall zu verbreiten (B. habe „wieder um sich getreten“). Zum Glück hatte die Polizei ihre „Heldentat“ gefilmt – denn nach intensiver Diskussion stimmte das Gericht dem Antrag der Angeklagten zu, das Video zu beschlagnahmen und als Beweismittel in den Prozess einzuführen. Aus Sicht der Angeklagten sei die Polizeiaktion eine ziemlich exakte Kopie des Anklagepunktes (gefährliche Körperverletzung durch einen angeblichen Tritt), der am fünften Tag im Mittelpunkt stand. Im anschließenden Prozessverlauf ging es auch um einen solchen Polizeiübergriff – und es schlug eine beeindruckende Märchenstunde des vermeintlich verletzten Polizeibeamten. Der sich getreten fühlende Polizist wechselte seine Schilderungen im Minutentakt. Zudem wurden zwei damalige Beobachter der Demonstration gehört.

7. Prozesstag in GI mit Filmvorführung im Gerichtssaal

Den Schwerpunkt des 7. Prozesstages bildeten intensive Zeugenbefragungen zu den Geschehnissen rund um den CDU-Stand – der Angeklagte B. soll im Zuge ei-

ner mit Sicherheit rechtswidrigen Verhaftung einen Polizisten gegen die Stirn getreten haben. Von der Story des Polizisten, der am 6. immer wieder neue Versionen auf-tischte, blieb dabei nicht mehr viel übrig – deutlich wurde allerdings, dass die gesamte Polizeiaktion von Innenminister Volker Bouffier befohlen wurde, der an diesem Tag als Wahlkämpfer für die CDU unterwegs war. Zu allseitiger Überraschung befand sich an diesem Morgen ein Fernseh- und Videogerät im Gerichtssaal. Vorgeführt wurde das sichergestellte Polizeivideo der Auseinandersetzung vom letzten Prozesstag. Der Film hatte es in sich – zeigte sich doch überdeutlich, dass der B. angreifende Be- amte nie getreten worden ist, sondern selbst mit brutalen Methoden agierte, um ein paar Ausstellungsplakate sicherzustellen. Der leitende Polizist hatte B. mehrfach und im besten Wissen um die Schmerzhaftigkeit des- sen an den Haaren durch die Gegend zog.

8. Prozesstag: Stadtverordnetenvorsteher mit weiteren Lügen

Der achte Prozesstag war geprägt von der Beweisaufnahme zum Vorwurf des Hausfriedensbruchs – Hintergrund ist eine Transparentaufhängung während einer Stadtverordnetensitzung² bei der es um die er- fundene Bombendrohung von Bürger- meister Haumann (CDU) ging. Dazu gehör- te auch der Auftritt des Stadtverordneten- vorstehers Gail, der im Vorfeld des Prozes- ses für einigen Wirbel gesorgt hatte: Ein Kapitel aus der Polizeidoku 2005 hatte ihn der Lüge im Zusammenhang mit der Stadt- verordnetensitzung überführt – Gail selbst löste mit einer Pressekonferenz, auf der er KritikerInnen diffamierte, eine Debatte in Parlament und Lokalpresse aus. Am Abend nach der Verhandlung wurde im AK 44³ eine Anti-Knast-Ausstellung eröffnet.

9. Prozesstag: Eine hasserfüllte Grüne OB-Kandidatin und Schutz für Staatsschützer

Am 9. Prozesstag standen wieder einmal diverse ZeugInnenbefragungen im Zen- trum. Hauptpunkt war die vermeintliche Be- leidigung der Grünen Oberbürgermeister- kandidatin Gülle, die einem der Angeklag- ten einen Schlag ins Gesicht verpasste, als der ihr Wahlplakat nass „sprengte“ – mit einer Gießkanne⁴. Damit ihre Story glaub- würdiger klang, erfand sie einiges rund-



herum – und stapfte damit bei den präzisen Fragen der Angeklagten in ein Fettnäpf- chen nach dem anderen. Ein weiterer Belas- tungszeuge – der Staatsschützer KOK Schmidt – wurde vom Staatsanwalt aus dem Verfahren geworfen – offenbar geht es nicht mehr um Beweise gegen die Ange- klagten, sondern darum, die Polizei vor allzu peinlichen Lügenauftritten zu schützen. Spannend hingegen war der „Auftritt“ von Herrn Urban, Leiter der „Operativen Ein- heit“ (OPE, Zivilpolizei von Giessen): Sei- ne souverän vorgetragenen Aussagen bel- lasten Stadtverordnetenvorsteher Gail er- heblich.

10. Prozesstag: Erste Vorentscheidungen

Am 10. Prozesstag läutete sich das Ende des Prozesses ein. Bis 17.30 Uhr werkelte das Gericht – immer wieder in teils langen Pau- sen die ganzen noch ausstehenden Anträ- ge abarbeitend, die von den Angeklagten in den neun Tagen davor gestellt und die noch nicht bearbeitet wurden. Drei Zeug- Innen wurden dazu spontan noch heran- geschafft und verhört, der wichtigste An- trag zu Lügen des Polizeipräsidenten sowie anderer Anträge abgelehnt. Dabei fanden sich in den Begründungen aber erste Hinwei- se auf die Urteile zu den Anklagepunkten. Abends wurde die Beweisaufnahme ge- schlossen, um den Übergang zu den Plädo- yers zu ermöglichen. Auch ein Urteil rückt damit immer näher – unklar war, ob für die- ses ein 12. Verhandlungstag angesetzt wer- den muss.

11. Prozesstag: Staatsanwalt hält am erstinstanzlichen Urteil fest

Es war ein langer Tag der Plädoyers in Gie- ßen. Die Angeklagten nutzen dies für eine ausführliche Darstellungen, die – abzüglich zahlreicher Unterbrechungen – von 9 bis 17.15 Uhr andauerten. Die Plädoyers der Angeklagten stellten minutiös die Aussa- gen gegeneinander, werteten die Beweiser- hebung genau aus. Der Staatsanwalt, der sich mit einer halben Stunde begnügte, lie- ferte danach ein Schockergebnis: Als hät- te es den Prozess gar nicht gegeben, for- derte er wieder 9 Monate Haft ohne Bewäh- rung – das alte Urteil, welches vor skanda- lös schlechten Begründungen nur so trieft, bezeichnete er als „eines der besten Urteil, die er je kennen gelernt hat“. Außerdem deutete er an, gegen den Zeugen und PDS- Stadtverordneten J. ein Verfahren wegen Falschaussage zu prüfen. Dass er ausge- rechnet den erwähnte, dürfte kein Zufall sein. Denn J. hat die Obrigkeit genervt mit seinen Recherchen zur erfundenen Bom- bendrohung von Bürgermeister Haumann und auch jetzt bei den Lügen von Stadt- verordnetenvorsteher Gail. Also bekommt er es jetzt ab – Giessener Verhältnisse!

12. + letzter Prozesstag: Das Urteil - 8 Monate ohne Bewährung -

Ein weitere sehr detaillierte Zusamme- fassung findet sich unter:

<http://de.indymedia.org/2005/05/114562.shtml>

¹ Ausführlicher Bericht zum 6. Prozesstag mit den Hintergründen der Polizeigewalt:

<http://www.de.indymedia.org/2005/04/111671.shtml>

² Hintergründe zu dieser Sitzung:

http://www.projektwerkstatt.de/27_3_03

³ Autonomes Kulturzentrum in Gie- ssen, <http://www.ak44.de.vu>

⁴ <http://www.de.indymedia.org/2003/08/60237.shtml>

Informationen zum Prozess und zum Rahmenprogramm:

<http://www.projektwerkstatt.de/prozess>

Kontaktadresse

zu den Angeklagten:

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447

Reiskirchen-Saasen

Tel. 06401/90328-3, Fax –5

Juni

27.05.-14.06.2005

Widerstand gegen Atommülltransporte
Rossendorf - Ahaus
Demonstrationen gegen 3 Atommülltransporte von Rossendorf bei Dresden nach Ahaus

Weitere Infos:

<http://www.wigatom.de>
<http://castorstopp-dresden.de>
<http://www.nixfaehrtmehr.de>
<http://www.bi-ahaus.de>

01.06.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Feinstaub - eine neue Herausforderung für deutsche Ballungsräume“

Dr. Torsten Geißler, Institut für Verkehrswissenschaft, Universität Köln

Weitere Informationen:

Studentische Vertretung
80290 TU München
Tel: 089/289 - 22990, Fax: 089/289 - 22988
asta-umweltreferat@fs.tum.de
www.fs.tum.de/AStA/Referate/umwelt/rivo/

05.06.2005

Internationaler UN-Tag der
Umwelt und Umwelt-Kinder-Tag
-bundesweit-
www.umweltkindertag.de

08.06.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Rendite mit gutem Gewissen - Ratings für nachhaltige Finanzprodukte“
Infos siehe oben.

19.06.2005

Mobil ohne Auto: MoA-Aktionstag für sozial- und umweltgerechte Mobilität
-bundesweit-
Seit 1981 größter verkehrspolitischer Aktionssonntag in der Republik an jedem 3. Sonntag im Juni.

info@mobilohneauto.de
www.mobilohneauto.de

21.06. - 21.06.2005

MoA - Autofreier Hoch-Schultag
-bundesweit-
BSÖ, AfH, Unter den Linden 6. 10099 Berlin
Tel: 030/2093 1749, Fax: 030/2093 1649
HochSchultag@mobilohneauto.de
www.mobilohneauto.de

Juni

22.06.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Nanotechnologie - Chance oder Risiko für die Nachhaltigkeit?“
Infos siehe Juni-Termin.

25.06.2005

EcoTopia Biketour 2005
Start der Tour in der Stadt Banja Luka in Bosnien-Herzegowina, Biketour zum EcoTopia Camp nach Saharna, Moldavien, über Bosnien-Herzegowina, Serbien, Rumänien
Infos unter: www.biketour.net und www.eyfa.org

Juli

01.-08.07.2005

Robin-Wood-Floßtour
Floßtour zum Thema Klima
Fahrt über Mosel und Rhein
01.07. Saarbrücken Aufbau
Zusammenbau des Flosses
Pressevorstellung
08.07. Saarbrücken (Start)
11.08. Duisburg (Ende)
Fahrtroute und weitere Termine über www.robinwood.de und www.flosstour.de

01.07.-08.07.2005

G8 Gipfel in Edinburgh / Schottland
Infos unter www.dissent.org.uk
www.g8alternatives.org.uk

06.07.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Forstreform und Änderung des Waldgesetzes - wird der Wald jetzt zur Holzfabrik?“
Infos siehe Juni-Termin.

13.07.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Regenerative Kraftstoffe als Potenzial für den Verbrennungsmotor hinsichtlich Ressourcenschonung und CO2-Emissionen“
Infos siehe Juni-Termin.

Juli

18.07. - 21.07.2005

5th Conference: „Towards Carfree Cities“
Budapest / Ungarn
Infos unter:
Web: www.worldcarfree.net/conference
Mail: somodi@levego.hu

21.07. - 24.07.2005

Deutsches Sozialforum in Erfurt und das „Sozialforum von unten“ ohne Apparate, als offener Raum, bunt, aktiv.
Themen:
- Arbeitswelt und Menschenwürde
- Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt
- Menschenrechte und politische Teilhabe
- Eine lebenswerte Welt – anders leben
Infos unter:
www.sozialforum2005.de
und mit einem alternativen Programm unter www.projektwerkstatt.de

23.7. - 29.07.2005

Vorcamp zum Sommercamp in Riebau / Altmark - Nähe Wendland
Bauwoche in Riebau, um die Strukturen für das Sommercamp aufzubauen
Infos und Anmeldung:
www.wendlandcamp.de
mail@wendlandcamp.de

30.7. - 07.08.2005

Sommercamp in Riebau / Altmark - Nähe Wendland
Infos und Anmeldung:
www.wendlandcamp.de
mail@wendlandcamp.de

31.7. - 06.08.2005

A-Camp, Burg Lutter
Infos und Anmeldung:
www.free.de/a-camp
a-camp@zeichenfree.de

28.07.-31.07.2005

What the Hack
Internationales Meeting zu den Themen Computersicherheit, Datenschutz und den Freien Fluß von Informationen
Landgoed Velder
51.5545143 N / 5.3436764 E
Velderseweg 23, 5298 LE Liempde
The Netherlands
Infos und Anmeldung unter:
www.whatthehack.org

August

**01.08. - 15.08.2005 oder
08.08. - 22.08.2005**
ECOTOPIA 2005
Saharna, North of Moldova
Infos unter:
www.eyfa.org
eyfa.benn.org/wiki/EcotopiaMoldova2005

Juli / August 2005

Sommeraktionstage Freie Heide
Bürgerinitiative FREIEHEIDE e.V.
Kyritz-Wittstock-Ruppin
Infos unter
Web: www.freieheide.de
Mail: mail@FREIEHEIDE.de

05.08. - 13.08.2005

16. Weltfestspiele der Jugend und Student-
Innen
-Caracas, Venezuela-
Für Frieden und Solidarität!
Camp for Justice, Peace of Solidarity against
Imperialism and war
-Caracas, Venezuela-
www.caracas2005.info
Weltbund Demokrat. Jugend (WBDj):
www.wfdy.org
International Union of Students (UIS):
www.ius-uie.org
Dt. Vorbereitungscommittee des Welt
festivals:
www.weltfestspiele.de

September

07.09. - 09.09.2005

Green Power Conference
Central & Eastern Europe
Prag, Tschechische Republik
The CEE Sustainable Energy Meeting Place
www.greenpowerconferences.com

12.09.2005

European Social Forum (ESF)
Athen, Griechenland
Infos unter:
www.fse-esf.org

17.09. - 21.09.2005

4th Peoples Global Action Conference
Nepal 2005
Infos unter:
www.agp.org
www.pgaconference.org

September

22.09.2005

Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten:
Start der deutschlandweiten Kampagne
Veranstalter: FUSS e. V.
Tel. 030/4927473
eMail: info@fuss-ev.de

Oktober

19.10.2005

International Media Democracy day
Media Democracy promotes a mass media
system that informs and empowers all
members of society.
www.mediademocracyday.org

Oktober / November 2005

BigBrotherAwards 2005
Preisverleihung an Unternehmen und Be-
hörden, die besonders fahrlässig und sorg-
los mit den Daten der Bürger umgehen.
Infos unter:
www.bigbrotherawards.de

November

November / Wendland

Castortransport von der WAA La Hague
nach Gorleben
Hochradioaktiver Müll, verpackt in
Glaskokillien, wird in 12 Castorbehältern in
das Zwischenlager Gorleben gebracht.
Atomkraftgegner rufen zu Protesten, De-
monstrationen und phantasievollen Aktio-
nen in und um das Wendland herum auf. Der
Castor-Transport fährt in Frankreich in La
Hague los.
Infos unter:
www.castor.de
www.anti-atom-aktuell.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

07.11.-09.11.2005

RAIL#TEC 2005
5. Internationaler Bahngipfel - Dortmund.
Veranstalter: Agentur für Kommunikation,
Tel. 0201/10950,
eMail: railtec@cp-compartner.de

November

16.11. - 20.11.2005

23. Horber Schienentage
Die schienenverkehrspolitische
Veranstaltung in Horb am Neckar
NEUE WEGE auf alten Gleisen
Infos unter:
Web: horber.schienen-tage.de
Mail: horber@schienen-tage.de
Trägerverein HST e.V.
Postfach 0240, 83089 Bad Endorf

Dezember

Ende Dezember / Anfang Januar

Jugendumweltkongress 2005
Der Jugendumweltkongress ist das eu-
ropaweite Treffen der Jugendumwelt-
bewegung und versteht sich als Forum für
alle ökologisch und politisch interessierten
oder engagierten jungen Menschen. Der
Jukss findet Silvester 2005/2006 zum drei-
zehnten Mal statt.
Ort und genauer Termin noch unbekannt.
Infos unter:
www.jukss.de
Mail: info@jukss.de

2006

G8 Summit in Russia 2006

The next big G8 Summit will take place next
year in Russia.
Infos unter: www.dissent.org.uk

2007

G8 Summit in Germany 2007

The G8 Summit in 2007 will take place in
Germany in the small village Heiligendamm
in Mecklenburg Vorpommern.
A large network has formed in Germany,
Austria and Switzerland including groups
and people from 30 different cities, who
want to work together against the G8 in
2005, and on towards the G8 in 2007 when
it comes to Germany. Information
gatherings have been held in three cities,
as well as a big fundraising party. They are
planning an info-tour in March/April.
Infos unter:
www.dissent.org.uk

Wendlandbahn wieder da

Riesiger Erfolg des Wendländischen Fahrgast-Rates

Ein anschaulicher Bericht von Frank Nieber von der Initiative 'Die Bahn bleibt' aus Salzwedel.

Auf dem niedersächsischen Abschnitt Lüchow - Dannenberg Ost wurde auf der Bahnstrecke der Deutschen Regionaleisenbahn (DRE) am Samstag, den 11. März 05 der planmäßige Zugbetrieb wieder eröffnet, wenn auch vorerst nur bis zum 3. Dezember 05. Die Bahn fährt jedes 1. Wochenende im Monat und an zahlreichen weiteren Tagen.

Einen wehmütigen Eindruck ruft das Bahnhofsgelände des Bahnhofs Lüchow, mit seinen geschlossenen Empfangsgebäude und seinen leerstehende ehemaligen Diensträumen hervor. Einiges deutet noch auf frühere rege Betriebsamkeit hin. Ansonsten sieht man: zerstörte Gleisanlagen, zum Teil fehlende Pflastersteine auf den Bahnsteig, der Hausbahnsteig mit Gestrüpp überwuchert. Nur wenig deutet auf Zugverkehr hin, so ein Fahrplan an einen Nebengebäude und die zahlreich wartenden Fahrgäste. Pünktlich um 11.07 Uhr erreicht pfeifend der Zug aus Dannenberg Ost den Bahnhof Lüchow, um uns um 11.12 Uhr bei seiner nächsten Runde nach Dannenberg Ost zu befördern.

15 Jahre nach Grenzöffnung haben diesen Tag viele SalzwedlerInnen lange herbei gesehen. Endlich haben wir die Möglichkeit mit dem Zug von Lüchow nach Dannenberg zu reisen, bei super Atmosphäre im gut gefüllten Zug.

Leider weiterhin schlechte Busanbindung

Es war für uns aus der Altmark die erste Gelegenheit mit einen nun planmäßig fahrenden Zug auf der 1972 eingestellten Bahnlinie nach Dannenberg zu reisen. In Dannenberg besteht zudem noch die Möglichkeit des Übergangs zu den Zügen in Richtung Lüneburg über Hitzacker. Die Strecke hat in all den Jahren ihres Ruhestandes nichts vom Flair vergangener Tage verloren. Sie bietet somit auch vielen wieder eine Alternative ihren Wochenausflug mit der Bahn zu planen und gestalten. Kritikwürdig ist die Tatsache, das leider nur samstags Vormittag eine Busverbindung von Salzwedel zu und von den Zügen existiert. Außerdem wird nicht einmal der Bahnhof angefahren, sondern die Busse enden in Lüchow ZOB mit anschließendem Fußweg. Es wäre gut

wenn man über eine Schnittstelle am Bahnhof nachdenken würde.

Streckenerweiterung

Nach Aussagen und dem Willen der freundlichen Bahnmitarbeitern wird über ein Ausbau des Verkehrs auch auf den Abschnitt Salzwedel - Lüchow nachgedacht (derzeit Busverkehr, da das Teilstück Salzwedel - Lüchow 1945 mit dem Kriegsende abgerissen, erst wieder aufgebaut werden muss), so dass in den nächsten Jahren auch dort der Betrieb wieder aufgenommen werden könnte. Ein erster Schritt hierzu wäre eventuell den Betrieb auf den Abschnitt Lüchow - Wustrow auszudehnen, da bis dort die Gleisanlagen noch liegen!

Es verkehrten 4-achsige Triebwagen (VT 21) der Prignitzer Eisenbahn, welche ein freundliches Innere bieten und der Witterung entsprechend angenehm beheizt war. Vermisst man in den Zügen auf anderen Strecken einen ausgewogenen Sitzkomfort, so wird er hier geboten. Überrascht waren wir über den gepflegten Zustand der ehemaligen Empfangsgebäude auf den Haltestellen entlang der Strecke, wie in Gollow, Grabow, Jameln und Dannenberg West.

Es ist diesen kaum anzumerken, dass sie einen 30jährigen Dornröschenschlaf hinter sich haben.

Nach einer knapp zweistündigen Reise durch das Wendland und mit der Rückkehr in Lüchow, verspürten wir so langsam Hunger. Auch das ist in der heutigen Zeit schon Seltenheit, in Lüchow konnten sich die Bahnreisende in der dortigen gemütlichen Bahnhofsgaststätte bei warmem Mittagstisch laben, zu relativ fairen Preisen. Alle an diesem Tag Beteiligten waren angetan.

Gerade da in der Altmark unsinniger Weise weiter Strecken stillgelegt werden, ist es erfreulich, die Aufnahme eines planmäßigen Zugbetriebes mit zu erleben. Wir waren auch über die große Resonanz an Fahrgäs-



ten überrascht. Trotz miesem Wetters nutzen viele die Gelegenheit zu einen Ausflug mit der neuen Bahn.

Dies lässt auf einen relativ guten Erfolg und ein langes Leben hoffen.

Hoffnung für die Altmark

In Sachsen Anhalt, besonders aber bei uns in der Altmark, wird leider gerade ein anderer Weg gegangen. Hier wurden fast alle Eisenbahnstrecken in kürzester Zeit geschlossen, so dass ganze Gebiete und Ausflugsziele auf große Entfernungen für Leute ohne Auto nicht mehr erreichbar wurden. So zum Beispiel auf der Bahnlinie Salzwedel - Diesdorf mit seinen Heimatmuseum, in welchem im Jahr 1993 der Zugverkehr eingestellt wurde.

Salzwedel - Beetzendorf - Klötze - Öbisfelde hat dieses Schicksal schließlich im Jahr 2002 ereilt. Aber auch die Strecke Salzwedel über Luftkurort Arendsee nach Wittenberge, welche seit 2002 nur noch an Wochenenden per Bahn bedient, wurde trotz der seitdem stark steigenden Fahrgastzahlen jüngst am 12. 12. 2004 abbestellt und wurde ebenfalls eingestellt.

Es ist ein Hoffnungsschimmer, dass sich auch hier die DRE sich engagiert und ernsthafte Versuche unternimmt, die Strecken sogar eigenwirtschaftlich wieder zu beleben.

Das Angebot des Bahnbetriebes auf der Strecke Lüchow - Dannenberg werden wir häufiger für Ausflüge in den Frühling, gemeinsam mit Freunden, Bekannten sowie der eigenen Familie nutzen.

Wir kämpfen dafür, dass die DRE am 13.12.05 nicht nur die Wendland-Jeetzeltalbahn auch auf Wochentage ausdehnen kann, sondern auch die Bahnstrecke Salzwedel - Luftkurort Arendsee - Oebisfelde wieder (eigenwirtschaftlich) in Betrieb nehmen kann.

Frank Nieber (Die Bahn Bleibt e.V.)



Jeetzeltalbahn fährt mit Rapsöl!

Am Wochenende wurde ein weiterer großer Erfolg gefeiert: Die Jeetzeltalbahn fuhr noch umweltfreundlicher. Die Bahn wurde von der Firma Deinert erstmalig mit Rapsöl betankt.

Die Grafikerin Antje Lutz hat dazu ein tolles Plakat erstellt - welches beim Fahrgast-Rat bestellt werden kann, um es z.B. an vielen Wunderpunkten aufzuhängen.

RUFMOBIL.DE startet!

Gemeinsam fahren - Geld sparen - Umwelt schonen

Die Internetplattform www.rufmobil.de ist ein gemeinsames Projekt der Mobilitätszentrale Wendland und des Fahrgast-Rats.

www.Rufmobil.de ist eine Plattform mit der sich unter Nutzung aller Kommunikationswege gemeinsame Autofahrten verabreden lassen. Wir wollen damit einen praktischen Beitrag zur Reduzierung des Autoverkehrs leisten.

Mitfahrwünsche oder -angebote können entweder direkt bei www.rufmobil.de eingeben oder der MOBIZ unter Tel. 05861 - 97 95 93 mitgeteilt werden.

Wir bitten euch diese Möglichkeit rege zu nutzen - je mehr Menschen sich beteiligen, um so größer ist die Chance, dass sich FahrerInnen und MitfahrerInnen treffen.

Dazu gibt es Plakate und Handzettel, die kostenlos beim Fahrgast-Rat angefordert werden können. (Auch erhältlich heute Montagabend um 19 Uhr in Plattenlaase bei der Plakatverteilung für der KLP.)

Fahrgast-Rat Landkreis Lüchow-Dannenberg & Wendland
Jahn Stehn

Dorfstr. 30, 29462 Bluetingen
Tel. 0 58 43 - 98 69 00

Fahrgastrat.Wendland@jpberlin.de

Ehrenamtliches Engagement ist gefragt, wenn eine Streckenreaktivierung gelingen soll!

FahrkartenverkäuferIn gesucht:

In Personalnot ist die Deutsche Regionaleisenbahn (DRE) zur Zeit. Bisher haben in den Zügen zwischen Lüchow und Dannenberg DRE-MitarbeiterInnen die Fahrkarten verkauft. Allerdings stehen diese dann in den folgenden Tagen für andere Arbeiten nicht zur Verfügung. Deshalb werden dringend FahrkartenverkäuferInnen gesucht. Spezielle Vorkenntnisse sind nicht erforderlich, es erfolgt eine technische Einweisung. Gewünscht sind neben sicherem Auftreten ein freundlicher Umgang mit den Fahrgästen.

Fahrgast-Rat sucht Talente

Nun ist der Fahrgast-Rat auch Mitglied im Wendländischen Tauschring. Antje Lutz, Grafikerin aus Kolborn, wird für den Fahrgast-Rat ein Plakat entwerfen, mit dem wir auf die Zugfahrten der Jeetzeltalbahn am 7./8. Mai (Kulturelle Landpartie) aufmerksam machen wollen. Für diese Arbeit suchen wir Menschen, die uns Talente spenden.

Wendländischer Tauschring:
posteingang@wendland-tausch.de

Meldungen für beide Aktionen bitte an Lothar Kasper:

Te.: 05861/2614 (ab 19 Uhr bzw. AB),
Email: L-Kasper@t-online.de.

Die Arbeit des Fahrgast-Rates ist auf Spenden angewiesen:

Kto 28 91 40 00

VB Clenze-Schnega

BLZ 258 619 90

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Rot-grünes Autobahn-Beschleunigungsgesetz

Stolpe will noch mehr Hamster killen

Verkehrsminister Manfred Stolpe will künftig ein flotteres Tempo beim Bau von Autobahnen hinlegen.

Per Gesetz möchte der SPD-Politiker das Bau- und Planungsrecht vereinfachen. Dass dies auf Kosten des Umweltschutzes gehen wird, liegt dabei offenbar im Sinne des SPD-Politikers.

„Verzögerungstaktiken durch Umweltverbände darf es nicht mehr geben“, sagte Stolpe der Bild am Sonntag. „Das plötzliche Auffinden von Hamstern, um begonnene Bauvorhaben zu blockieren, wird nicht mehr möglich sein.“

Derzeit können UmweltschützerInnen Bauvorhaben aufhalten, indem sie Widerspruch anmelden – ein unhaltbarer Zustand, wie man ihn nur in Deutschland findet, meint Stolpe. Künftig sollen ökologische Bedenken gegen den Bau einer Autobahn oder einer Umgehungsstraße nur noch zehn Wochen lang zugelassen werden - danach ist Schluss. Vorarbeiten und Ausschreibungen sollen auch während einer Klage möglich sein. Bereits genehmigte Planfeststellungsbeschlüsse können nicht mehr nach fünf Jahren verfallen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte das „Beschleunigungsgesetz“ vergangene Woche in seiner Regierungserklärung angekündigt. Noch vor der Sommerpause soll es in den Bundestag eingebracht werden. Tritt es in Kraft, verringerten sich die Planungszeiten um ein Drittel, sagt Stolpe. Im Umweltministerium hieß es gestern, man werde sich dafür einsetzen, „dass es keine materielle Verschlechterung beim Schutz der Umwelt gibt“.

Private Finanzierung

Allerdings werden Bauvorhaben des Verkehrsministeriums weniger durch zu hohe Umweltauflagen gefährdet, als viel-

mehr durch zu knappe Kassen. Auch diese Bremse will Stolpe lockern: Künftig sollen Autobahnen verstärkt privat finanziert werden. Er habe dem Ausbau und Betrieb zweier Autobahnen durch Privatinvestoren bereits zugestimmt, sagte der Minister. Weitere drei „Pilotprojekte“ mit einem Umfang von einer Milliarde Euro sollen dieses Jahr gestartet werden. „Das sichert gut 30.000 Arbeitsplätze“, so Stolpe. Dazu gehört die Autobahn A 8 zwischen Augsburg und München, die von vier auf sechs Spuren erweitert wird. Außerdem kündigte der Minister den Ausbau der A 4 in Thüringen an.

Ein privater Investor soll nicht nur den Ausbau der Fahrspuren finanzieren, sondern auch den Autobahnabschnitt mindestens 30 Jahre lang betreiben und dafür die Einnahmen der Lkw-Maut erhalten.

Der Staat steuert eine Anschubfinanzierung bei. Darüber hinaus rechnen VerkehrsexperteInnen fest mit der Einführung einer Maut für Pkw in absehbarer Zeit. Auch diese Einnahme käme dem Investor zugute.

Die Pläne klingen ganz so, als habe der Minister eine frisch sprudelnde, neue Geldquelle gefunden.

Alles ganz einfach?

Doch so einfach war die private Finanzierung von staatlicher Infrastruktur bisher allerdings nicht:

Die Bundesstraße 31 in Freiburg etwa ist von privaten Investoren lediglich vorfinanziert worden - die Kosten kommen auf den Staat erst noch zu, wenn er das investierte Kapital zurückzahlen muss. Inklusiv Zinsen. Das hilft zwar heute beim Einhalten des Stabilitätspakts, belastet aber den Haushalt von morgen.

Und selbst wenn Stolpe nun von einem neuen Modell spricht, bei dem die Straßennutzer, also Auto- und Lastwagenfahrer, via Gebühr den Investor entschädigen, bleibt die Frage, wer das Betriebsrisiko trägt. „Annahmen über 30 Jahre sind immer riskant“, warnt der Verkehrswissenschaftler Gottfried Ilgmann. Was passiert, wenn die Bevölkerung so stark schrumpft, dass weniger Straßen benötigt werden? „Da findet man überhaupt nur einen Investor, wenn der Staat das Betriebsrisiko übernimmt.“

taz Nr. 7620 vom 21.3.2005, Seite 8



**KOMMENTAR: Privatauto-
bahnen - Zweifelhafter Deal**

Der Vorschlag von Verkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) klingt erst mal gut: Hat der Staat kein Geld für den Bau von Autobahnen, sollen private Firmen investieren. Ist die neue Straße oder die neue Spur dann gebaut, darf der Investor von den NutzerInnen Geld verlangen. Das würde zum einen dazu führen, dass nur noch der motorisierte Teil der Bevölkerung für Autobahnen zahlt. Zum anderen würden im Haushalt des Verkehrsministers Mittel für andere Projekte frei.

In Wirklichkeit aber dient der Vorstoß des Verkehrsministers vor allem dazu, zwei Missstände zu verschleiern. Erstens, dass sein Haushalt so klamm ist, dass Stolpe bereit ist, höchst zweifelhafte Deals mit der Wirtschaft einzugehen. Der Bau und Betrieb einer Autobahnstrecke ist ein Projekt mit langer Laufzeit und hohem Risiko. Um überhaupt InvestoreInnen zu finden, muss die Regierung eine Anschubfinanzierung leisten und einspringen, falls die Autobahn später nicht die erwartete Rendite bringt. Das wird die Risikobereitschaft des Investors erhöhen. Womöglich werden Autobahnstrecken gebaut, die von Anfang an niemand braucht, nur um der staatlichen Zuschüsse willen und weil ja nicht viel passieren kann - die Subventionsruinen in Ostdeutschland lassen grüßen.

Zweitens: Das Stolpe-Vorhaben soll zwar suggerieren, dass Rot-Grün wirksame Rezepte gegen das Chaos auf den Straßen bereithält. Doch das Gegenteil ist der Fall. Es hat drei Jahrzehnte lang nichts gebracht, Staus und Drängeleien auf der Autobahn mit immer neuen Spuren zu bekämpfen. „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“, lautet ein Standardsatz von Verkehrsexperten. Was der Regierung fehlt, ist ein verkehrspolitisches Konzept. Sinnvoller als Stolpes Aktionismus wären mehr Anreize zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene - und ein Tempolimit.

Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h würde den Verkehr entzerren und nebenbei auch die Zahl tödlicher Unfälle senken. Und das ohne teure Investitionen.

KATHARINA KOUFEN
taz Nr. 7620 vom 21.3.2005, Seite 1

Weitergeleitet durch DNR Redaktionsbüro
Info-Service www.dnr.de/infoservice

Ohne Worte



**Diese Fotoserie ging per E-Mail
aus Afrika bei MoA ein.**

Super-Niederlagen für Flughafenbauer Berlin/Brandenburg: Der Klimakiller Airport BBI rückt in immer weitere Ferne

Rückt der geplante Großflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) in immer weiterer Ferne? Die Frage stellt sich, nachdem das OVG Frankfurt (Oder) den regierungsamtlichen „Landesentwicklungsplan Standortsicherung Flughafen“ (LEP-SF) wegen erheblicher sachlicher Mängel vom Tisch gefegt hat. Angestrengt hatten die vier brandenburgischen Gemeinden Schulzendorf, Eichenwalde, Großbeeren und Blankenfelde-Mahlow, die den Ausbau des jetzigen Flughafens Berlin-Schönefeld zum neuen BBI ab 2010 nicht hinnehmen wollen.

Die klagenden Gemeinden argumentieren vereinfacht dargestellt: Die Betreiber des neuen Großflughafens (die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund), durch den die Berliner Stadtflughäfen Tegel und Tempelhof geschlossen werden sollen, haben keine ernsthafte Prüfung von Alternativen zu Schönefeld vorgenommen. Vor allem haben sie den möglichen Standort Sperenberg im Süden Brandenburgs nicht geprüft. Schönefeld war eine politische Entscheidung. Durch den LEP-FS (ein Kürzel, das jedem Bürger in den klagenden Gemeinden geläufig ist) wird die kommunale Selbstbestimmung und Entwicklung in unzulässigerweise eingeschränkt.

Entwicklungsfreiheit der Gemeinden beschnitten

In der Tat war es die Aufgabe des LEP-SF, in den Gemeinden um Schönefeld Entwicklungen zu verhindern, die später dem Großflughafen unter Umständen erhebliche Folgelasten aufgebürdet hätten - von Lärmschutzmaßnahmen bis hin zum Abriss neuer Gebäude, die eventuell zu hoch für eine Einflugschneise sind. Die Umlandgemeinden argumentierten nun vor dem Oberverwaltungsgericht, dass sie praktisch nichts mehr unternehmen könnten, um für die Zukunft zu planen. Dabei geht es um die Ausweisung neuer Baugebiete, die Errichtung von Einkaufszentren und Schulen sowie anderer öffentlicher Einrichtungen.

Zunächst nahm die Betreibergesellschaft des geplanten Großflughafens das vernichtende Urteil des Oberverwaltungsgericht gelassen hin. Die begonnenen Baumaßnahmen, darunter der bereits weit fortgeschrittene Abriss des Dorfes Diepensee, könnten weitergeführt werden. Schließlich basierten diese Maßnahmen auf selbständigen Gutachten und Plänen, die nicht identisch seien mit dem LEP-SF. Entscheidender sei für sie das Urteil des BVG in Leipzig, das in absehbarer Zeit erwartet wird.

BBI erledigt?

Beim BVG ist die Klage von mehr als 3.000 BürgernInnen gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Standortabwägung anhängig. In dem bislang größten Verfahren des Bundesverwaltungsgericht soll im Sommer eine Eilentscheidung fallen. Das Hauptverfahren ist für 2006 vorgesehen. Das Kalkül der Kläger nach dem Urteil des Frankfurter Oberverwaltungsgerichts ist nun: Ohne gültigen Plan zur Raumordnung gibt es keine gesetzliche Grundlage mehr für den Flughafenbau. Die für die Planungsgenehmigungen zuständige Potsdamer Landesregierung freilich ist überzeugt, dass sie bei dem in Leipzig beim Bundesverwaltungsgericht anhängigen Planfeststellungsverfahren eine vom LEP-SF unabhängige Standortabwägung vorgenommen habe.

Offensichtlich ist man sich in Berlin und Brandenburg seiner Sache nicht mehr sicher. Das Bundesverwaltungsgericht hat gerade per Eilverfahren die Ausbaugenehmigung für die Flughäfen bis zur Hauptverhandlung bis 2006 ausgesetzt, eine negative Vorentscheidung für den Großflughafen BBI, der ja eigentlich schon längst in Betrieb sein sollte. Aber nicht nur Gerichtsverfahren verzögerten den Bau, von dem sich vor allem Brandenburg Tausende neuer Arbeitsplätze verspricht, sondern auch große Probleme bei der ursprünglich geplanten privaten Vergabe des Bauauftrags von mehr als einer Milliarde Euro. Jetzt soll der Flughafen

zunächst mit Steuergeldern gebaut und nach seiner Fertigstellung privatisiert werden.

Ursprünglich galt Sperenberg im Süden Brandenburgs als Standort für das geplante Flughafendrehkreuz. Aber auch Stendal war im Gespräch. Doch diese Pläne wurden wegen angeblich zu großer Berlin-Ferne verworfen, und 1996 entschied man sich dann für den Ausbau des Flughafens Schönefeld im Südosten von der Hauptstadt. Verschiedene rechtswidrige Landesentwicklungspläne folgten. Letzter Plan ist der nun gescheiterte LEP-SF.

Bestenfalls ist jetzt der BBI erledigt. Inzwischen gibt es mindestens Verschiebungen von mehreren Jahren.

Da das BVG gerade einen vorläufigen Bau-stopp erlassen hat, worauf die KlägerInnen nach dem Frankfurter Urteil auch hofften, hat dies erhebliche Bedeutung für den Fortbestand des Flughafens Tempelhof und den Flughafen Tegel.

Unendliche Geschichte

Kein Wunder, dass plötzlich wieder vom Luftdrehkreuz Berlin die Rede ist - dieses könnte als Transitflughafen auch in Sperenberg errichtet werden, endlich müssen aber Tegel und Tempelhof als Stadtflughäfen auch für Geschäfts- und Politikreisende geschlossen werden.

Längst hat sich BBI zu einer unendlichen Geschichte entwickelt, in der das Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder lediglich ein neues Kapitel geschrieben hat. Das nächste wird in Leipzig geschrieben. Und über dem Umland von Schönefeld bleibt weiter die Ungewissheit liegen. Gleiches gilt für Berlin, wo die FlughafenanliegerInnen seit Jahren darauf warten, dass sie vom Fluglärm verschont werden.

Oliver Stoll

Quelle:

<http://www.das-parlament.de/2005/08/Inland/003.html>
21.02.2005, K.R. Durth

Den Kommunen beim Feinstaub auf die Sprünge helfen

Alle drehen plötzlich durch und haben doch Jahrzehnte der Umweltzerstörung zugeschaut

Der Vorwurf des ARD-Magazins „MONITOR“, Städte würden geschönte Feinstaubwerte veröffentlichen (siehe unten!), muss noch verschärft werden: UMKEHR e.V., das Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt, weist daraufhin, dass etliche Städte trotz der Mogeleyen Gefahr laufen, schon bald die erlaubten 35 Tage im laufenden Jahr, an denen der Grenzwert überschritten werden darf, zu erreichen.

So wurden z.B. in München an einer Messstelle bereits bis heute an 30 Tagen die Tagesmittel-Grenzwerte für Feinstaub überschritten. Eine konstante Entwicklung wie bisher vorausgesetzt, werden am Jahresende an mindestens 113 Messstellen zu hohe Feinstaubwerte an mehr als 35 Tagen gemessen worden sein.

Außerdem baut die EU-Richtlinie auf der völlig falschen Maßeinheit auf. Sie erhebt Grenzwerte für die Größe der Feinstäube und geht von der Maxime aus, je gewichtiger, desto gefährlicher. Das genaue Gegenteil dürfte aber der Fall sein. Je kleiner und leichter, desto stärker krebserregend und gesundheitlich bedenklicher.

Trotzdem ist es dringend erforderlich, sich zu informieren und den Städten und Gemeinden auf die Finger zu schauen. Noch besser sei es natürlich, so der Sprecher von UMKEHR, den Verwaltungen nicht nur auf die Finger zu klopfen, sondern ihnen auf die Sprünge zu helfen und eigene Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Eine preiswerte, auch für Laien günstige Möglichkeit dies zu erlernen, bestand auf dem 15. Bundesweiten Umwelt- und Verkehrs-Kongress (BUVKO). Auf dem BUVKO vom 5.-7. Mai 2005 in Bremen. Dort wurden die Chancen ausgelotet, die in den neuen Regelwerken der EU für eine nachhaltige Mobilitätspolitik stecken. EU-Richtlinien sind leider fast „eine Wissen-

schaft für sich“. Auf dem 15. BUVKO wurden die Gesetzestexte und Richtwerte allgemein verständlich erklärt und ihre oft beschränkte Bedeutung eingeordnet.

Nicht nur durch die vorgeschriebene Umsetzung der EU-Richtlinien zum Umgebungslärm und zur Luftreinhaltung stehen die deutschen Länder und Kommunen unter Zugzwang. Auch durch die erweiterten Informationsrechte stehen den BürgerInnen bessere Einwirkungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Infos zu den Ergebnissen des 15. BUVKOs in Bremen finden sich unter: www.buvko.de und www.mobilogisch.de
Kontakt für Nachfragen: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, info@umkehr.de, Telefon 030 492 74 73, Fax 492 79 72, www.umkehr.de

Auf dieser Site werden aktuell die Feinstaub-Messstellen mit den „überschrittenen“ Tagen angezeigt:
<http://www.env-it.de/luftdaten/trsyear.fwd>

Dieser Text steht unter www.fuss-ev.de/download/15-staub.zip zum Download bereit

MONITOR Nr. 530, 17.3.

Feinstaubbelastung: Wie die Städte geschönte Zahlen messen
Bericht: Markus Zeidler, Frank Konopatzki

Sonia Mikich: „Unser letztes Thema. Feinstaub ist gefährlich. An den Folgen dieser unsichtbaren Schadstoff-Partikel sterben allein in Deutschland jährlich 65.000 Menschen, so schätzen Experten. Deshalb müssen seit diesem Jahr in ganz Europa strenge Grenzwerte verbindlich eingehalten werden.“

Und da ist die Zahl 35 für viele deutsche Städte eine Schreckenszahl. Maximal 35 Mal innerhalb eines Jahres dürfen sie die Grenzwerte überschreiten. Danach muss gehandelt werden.

Zum Beispiel mit Fahrverboten, einer City-Maut und so weiter. Sonst drohen Millionen-Strafen aus Brüssel.

Schon jetzt zeichnet sich ab: Viele Städte können die neuen Vorgaben nicht erfüllen. Frank Konopatzki und Markus Zeidler zeigen, was man sich mancherorts einfallen lässt, damit der 35. Tag nie eintritt.“

In den Häuserschluchten der Großstädte krallt er sich fest. Auf dem Asphalt, den Fassaden der Häuser, in den Lungen der Menschen.

Feinstaub: Kleinste Schadstoff-Partikel aus Abgasen und Reifenabrieb.

65.000 Menschen sterben jedes Jahr frühzeitig an den Folgen dieser Umweltbelastung allein in Deutschland.

Zehn mal mehr als bei Verkehrsunfällen. Ergebnisse einer aktuellen EU-Studie.

Prof. Heinz-Erich Wichmann, Umwelt-Epidemiologe: „Wir sehen Wirkungen auf das Herz, Herz-Rhythmus-Störungen, Herzinfarkte treten vermehrt auf. Wenn Menschen in belasteten Gegenden wohnen, dann findet man dort eine erhöhte Sterblichkeit durch Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vermehrt Lungenkrebs.“

Reporter: „Das sind aber doch drastische Wirkungen?“

Prof. Heinz-Erich Wichmann, Umwelt-Epidemiologe: „Das sind drastische Wirkungen und in der Tat ist das Feinstaubproblem heute das wichtigste Umwelt-Problem, was die Luft angeht.“

Die italienische Antwort auf das Feinstaub-Problem. Bologna letzten Sonntag. Ein autofreier Sonntag. Nicht zum ersten Mal in diesem Jahr. Seit Januar gab es wegen der neuen Feinstaub-Grenzwerte der EU in vie-

len italienischen Städten mindestens einen solchen autofreien Tag. Die Menschen hier nehmen es überwiegend mit Gelassenheit. Italienischer Passant, Übersetzung MONITOR: „Wir werden halt vernünftiger. Früher war die Luft dreckig. Jetzt geht es uns besser. Da haben schließlich alle was davon.“ Freie Fahrt nur für Bus und Bahn. In Italien gilt die gleiche EU-Richtlinie zur Luftreinheit wie in Deutschland. An maximal 35 Tagen im Jahr darf der neue Grenzwert für Feinstaub überschritten werden.

Anders als bei uns haften in Italien die Bürgermeister persönlich dafür. Im schlimmsten Fall drohen den Stadt-Oberhäuptern zwei Jahre Gefängnis. Und so stehen in Italien die Autos still. Und in Deutschland die Politik.

Jürgen Resch, Deutsche Umwelthilfe: „Die EU-Kommission hat im Jahr 1999 alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, in diesem Jahr die Grenzwerte für Feinstaub einzuhalten.

Zuständig in der Umsetzung sind die Bundesländer und die Kommunen. Diese hatten drei Jahre Zeit, sich bis Ende letzten Jahres mit Luftreinhalte-Aktionsplänen vorzubereiten. Das ist praktisch überall unterblieben und wir stehen jetzt vor einem Scherbenhaufen. In Deutschland gibt es nirgendwo ausreichende Aktionspläne, um diese Luftgrenzwerte durchzusetzen.“

Die „Deutsche Umwelthilfe“ will jetzt in besonders stark belasteten Städten Fahrverbote erzwingen - vor Gericht. Der Umweltschutzverband unterstützt entsprechende Klagen betroffener Anwohner, wie die von Ringo Mueller. Der Student lebt in Berlin. Dort fürchten alle: Die Grenze von 35 Tagen mit zu hohen Feinstaub-Werten wird schon bald überschritten.

Ringo Mueller: „Was blüht denn nun dem Land Berlin, wenn die 35 Tage überschritten sind?“

Fabian Löwenberg, Rechtsanwalt: „Wir haben einfach zwei wichtige Druckmechanismen. Das eine ist der Bürger, der klagt, das sind Sie, Sie haben ein Recht auf saubere Luft, wir können das durchsetzen, die Verwaltung muss damit gezwungen werden dazu. Und das zweite ist, dass die Kommission darauf achtet, dass ihre Richtlinien eingehalten werden.“

Die Frankfurter Allee in Berlin-Friedrichshain. Hier lebt Ringo Mueller. Wenn er mit seiner Klage Erfolg hat, drohen Fahrverbote oder eine City-Maut. Ringo Mueller ist frustriert. Seit Jahren wissen die Verantwortlichen, dass ab 2005 ein neuer Grenzwert für

Feinstaub einzuhalten ist. Doch die Luft ist so schlecht wie eh und je. Deshalb klagt er vor Gericht.

Ringo Mueller: „Das sind einfach mal die Werte, die eingehalten werden müssen. Und jeder, der hier wohnt, denk' ich mal, ist daran interessiert, damit die Luft, die er atmet, auch möglichst sauber ist. Junge Familien und Kindern und so weiter - ist ja ganz gefährlich.“

Seit Anfang des Jahres wurde der Grenzwert für Feinstaub an der Frankfurter Allee bereits an 19 Tagen überschritten, obwohl es erst Mitte März ist.

An dieser Luftmess-Station wird die Belastung gemessen. Direkt an der Straße. Direkt an der Hauptquelle der Belastung. So wie es die Richtlinie der Europäischen Union vorsieht.

Eine Faust-Regel besagt: 25.000 Fahrzeuge plus beidseitige Bebauung gleich Feinstaub-Problem. Solche hoch belasteten Straßenschluchten gibt es in jeder größeren Stadt.

Doch MONITOR - Recherchen zeigen: Nicht in jeder Stadt wird auch genau dort gemessen, wo der meiste Dreck zu finden ist.

Ein Grüngürtel am Südrand einer Millionen-Metropole. Hier wird die Feinstaub-Belastung der Stadt Köln gemessen. Einer von zwei Messcontainern des zuständigen Landesumweltamtes Nordrhein-Westfalen. Der zweite steht am Nordrand von Köln; ebenfalls weit entfernt von den Verkehrsbrennpunkten der Innenstadt. Hier werden geringere Feinstaub-Konzentrationen gemessen als in manchem deutschen Kurort. Was Wunder, dass die Millionenstadt Köln mit Feinstaub kein Problem hat. Zumindest offiziell nicht.

Jürgen Resch, Deutsche Umwelthilfe: „Die Deutsche Umwelthilfe hält ein solches Vorgehen für eine Manipulation und einen Verstoß gegen die Luftreinhalte-Richtlinie. Wir werden sicherlich vor Gericht eine Überprüfung einer solchen Praxis auch erreichen, und es kann nicht angehen, dass eine solche kreative Gestaltung der Messplätze durchgeht.“

Kreatives Messen? Manipulation? Das Landesumweltamt von Nordrhein-Westfalen. Hier wird entschieden, wo in welcher Stadt gemessen wird und wo eben auch nicht. Mit Hilfe Computer gestützter Modellrechnungen für einzelne Straßenzüge. „Screening“ nennt sich das. Rechnen ersetzt messen.

Verlässliche Messwerte, darauf müssen viele Bürger in Nordrhein-Westfalen noch lange warten.

Prof. Peter Bruckmann, Landesumweltamt NRW: „Wir werden noch mal, weil wir ja auch durchaus nicht ausschließen können, dass unser Screening-Verfahren Lücken hatte, dieses Screening-Verfahren noch mal aktualisieren, unter Einbeziehung der Kommunen in einer Web-basierten Anwendung, wo wir noch mal das Screening wiederholen werden mit aktuellen Daten.

Reporter: „Bis wann ist da mit Ergebnissen zu rechnen?“

Prof. Peter Bruckmann, Landesumweltamt NRW: „2006.“

Die EU-Richtlinie aber gilt bereits seit Januar. Doch selbst da, wo das Landesumweltamt längst höchste Belastungen errechnet hat, wird nicht überall schonungslos gemessen.

In den rot markierten Städten stehen bis heute an den besonders belasteten Straßen keine Verkehrsmess-Stationen für Feinstaub.

Immerhin: In Köln wird demnächst eine neue Station gebaut. Doch auch die steht nicht in einer Häuserschlucht, obwohl es davon auch in Köln genug gibt.

Zurück nach Berlin, zurück zu Ringo Mueller.

Seit Januar gibt es ein Recht auf saubere Luft. Er kann es einklagen.

Aber nur, weil in seiner Stadt wenigstens ehrlich gemessen wird.

Links zum Thema:

BUND zu Feinstaub und Radioaktivität durch Braunkohle www.bund-nrw.de/braunkohle-aktuell191103.htm

Greenpeace zum Feinstaub <http://www.greenpeace.at/1749.html>

Berlin zum Feinstaub http://www.stadtentwicklung.berlin.de/.../werkstatt_feinstaub/

Die deutsche Immissionskarte des Umweltbundesamtes: www.env-it.de/luftdaten/map.fwd?measComp=PM1

Feinstaub - Magazin des BMU www.bmu.de/verkehr/downloads/doc/6801.php

MOA-Sendkonto

BSÖ e.V., Konto: 530 82 00
Volksbank im Harz, BLZ 268 914 84
Unbedingt Verwendungszweck angeben: Spende MoA 2005



Mobil ohne Auto 19. und 21.6. 2005

Neue umweltfreundliche Bewegung braucht Mensch, Umwelt und Land

Die bundesweite Aktion „Mobil ohne Auto (MoA)“ wächst: Im vergangenen Jahr nahmen rund eine halbe Million Menschen an den vielfältigen Aktionen teil.

Von der Schweizer Grenze über Dresden, den Harz, die Bundeshauptstadt Berlin bis in die Hansestadt Hamburg wurde Mobilität umweltfreundlich und feinstaublos gestaltet und erlebt.

Der seit Anfang der achtziger Jahre jeweils im Sommer stattfindende Aktionstag MoA findet 2005 wieder am 3. Sonntag im Juni, also am 19.6., statt. Landauf - landab wird dabei mit den unterschiedlichsten Aktionen und Veranstaltungen für eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik demonstriert.

Am darauf folgenden Dienstag, den 21. Juni, schließen sich die Universitäten, Hochschulen, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen mit dem Autofreien HochSchultag dem MoA-Aktionen für

umwelt- und sozialgerechte Mobilität ohne Auto an.

Im Trägerkreis von „Mobil ohne Auto“ arbeiten autofrei leben e.V., „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ (BsB), Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit BSÖ, BUND, Fachverband FUSS e.V., GRÜNE LIGA, NaturFreunde Deutschlands, die Naturfreundejugend Deutschlands, ROBIN WOOD, UMKEHR e.V. und der Verkehrsclub Deutschland VCD eng zusammen.

MoA lädt alle Menschen unter dem Motto „Bewegung macht Gesundheit!“ ein, gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl im Jahr 2006 sich selbst und andere zu bewegen, nicht nur aber gerade auch am MoA-Tag.

Der umfangreiche Internet-Auftritt unter www.mobilohneauto.de zeigt sich auch 2005 in runderneuerter Aktualität.

Nähere Informationen und Mitmach-Unterlagen erhältlich über:

MoA-Infos und Materialbestellungen sowie Aktionsanmeldung:
MoA-Bundesträgerkreis, c/o BS@
Tel/AB: +49-(0)30/2093 - 1749
Fax: +49-(0)30/2093 - 1649
versand@mobilohneauto.de
HochSchultag@mobilohneauto.de

Pressekontakt:
UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel: 030/492 - 7473, Fax: -7972,
presse@mobilohneauto.de
<http://www.mobilohneauto.de>

Aktionen elektronisch anmelden:
aktionen@mobilohneauto.de

MoA-Aktionen suchen und finden
www.mobilohneauto.de/aktionsuche.php

Umweltfreundliche Bewegung vermindert:

... **GESUNDHEITSKOSTEN:** Rund 100 Milliarden EUR an Kosten durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung werden jährlich durch den Autoverkehr in Deutschland verursacht. Ein Umsteuern in der Verkehrspolitik zugunsten des Gehens, Radfahrens und der Benutzung von Bus und Bahn würde diese Kosten drastisch reduzieren. Stattdessen sollen die Mittel für die öffentlichen Verkehrsmittel um Milliarden Euro jährlich gekürzt werden.

... **GESUNDHEITSSCHÄDEN:** Die Zahl der übergewichtigen Schulanfänger hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Mangelnde Bewegung sind neben schlechter Ernährung die Hauptursachen.

... **VERKEHRSLÄRM:** Dauerlärm macht krank. Lärm verursacht Schlafstörungen, Gehörschäden, Konzentrationsstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen u.v.a.m. Wer an einer verkehrsreichen Straße wohnt, erhöht sein Herzinfarkt-Risiko um 20 Prozent. Jeder Dritte fühlt sich durch Verkehrslärm belastigt.

... **LUFTVERSCHMUTZUNG:** Klimaschutzziele scheitern am Straßenverkehr! Einsparungen bei neuen Pkw werden durch den Verkehr zunichte gemacht. Der Autoverkehr verursacht rund ein Viertel aller Emissionen des Treibhausgases CO₂! Er ist Hauptverursacher von Stickoxiden. Rußpartikel aus Auspuffrohren sind laut Umweltbundesamt für bis zu 19 000 vorzeitige Todesfälle verantwortlich.

... **UNFÄLLE:** Jährlich werden rund 500 000 Menschen auf deutschen Straßen verletzt, ein knappes Fünftel davon schwer. Laut Statistischem Bundesamt riss der Straßenverkehr 5844 Menschen bei 2,25 Millionen Unfällen 2004 in den Tod.

Kein Verkehrsträger birgt ein solches Todesrisiko, in „Schwellen- und Entwicklungsländern“ sind Fußgänger und Zweiradfahrer die größte Opfergruppe.

Weltweit sterben jährlich etwa 1 Million Menschen durch Straßenverkehr, 2035 erwartet die Weltbank 2,5 Millionen Verkehrstote, das wären insgesamt 50 Millionen Tote seit Einführung des Autos, so viele Opfer wie im 2. Weltkrieg insgesamt.

Mobil ohne auto fordert :

Bewegt Euch - für eine umweltfreundliche und soziale Mobilität:

- Vorrang für Gehen und Radfahren!
- Ausbau des Nahverkehrs im Umweltverbund als Daseinsvorsorge gerade auf dem Land!
- Die Flächenbahn: Mehr Mittel für den Erhalt und Wiederaufbau regionaler Bahnstrecken!
- Verzicht auf Milliardenprojekte: Neue Hochgeschwindigkeitsstrecken u. Bahnhofsverlegung aus der Stadt stoppen!
- Umsetzung von Tempolimits: 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Bundes- und Landstraßen und 30 km/h innerhalb von Ortschaften!
- Streichung neuer Straßenbauprojekte!
- Preisattraktive Mobilitätskarte und Gesamtfahrscheine für die gesamte Reisekette von der Haustür zum Ziel!
- Finanzielle Begünstigungen für Pkw, Lkw und Flugzeug abschaffen!
- Fahrverbote für zu viel Lärm und Schadstoffe ausstoßende LKW und PKW!
- Gütertransporte auf die Schiene!

MoA-Aktionsideen

Ausflüge und Kundgebungen

- Fahrraddemonstrationen, z.B. »Berlin fährt Rad« (www.fahrradsternfahrt.de) und Touren zu Beispielen umweltfreundlicher Verkehrsplanung zu autofreien Siedlungen und Stadtbereichen (www.autofrei-wohnen.de) etc.
- Alternative »Parkraumbewirtschaftung«: Frühstück/Picknick nutzt Flächen sinnvoller als zum Blechhaufen abstellen
- Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ in Schulen/Kindergärten organisieren: www.zufusszurschule.de , www.zufusszumkindergarten.de
- Sommer-, Straßen und Stadtteilstellen mit Straßentheater und Malereien auf Straßen, Wänden
- Car-Walking: Kunstform, bei der FußgängerInnen im Weg stehende Autos überqueren.
- »Critical Mass«: spontane RadlerInnen/FußgängerInnen-Massen mit Parties/Musik/Tanz bringen auf Strecken Autoverkehr zum Erliegen: <http://www.critical-mass.de>
- ÖPNV-Schnuppertarife der lokalen Verkehrsbetriebe am MoA/AfH-Tag helfen beim »Ausprobieren«!
- Sektempfang an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel!

Spiel, Spaß und Spannung

- Wettbewerbe: »Kursbuchlesewettbewerb« für ÖPNV-Nutzer; Live-»Scotland-Yard«-Spiel fahndet nach Mr. X in öffentlichen Verkehrsmitteln; Schlauch-Wechsel-Wettkampf und Hindernisparcour.
- Präsentation ausgefallener Fahrzeuge: Liegeräder, Tandems, Fahrradtaxi, u.a. (z.B. www.vsf.de , www.VeloCase.de , www.christiania-bikes.com)
- Fahrradläden, mobile Werkstätten und Car-Sharing-Organisationen stellen Angebot vor und codieren Räder; Fahrradflohmärkte, Versteigerung von Rädern (Fundbüro des örtlichen Verkehrsbetriebes), etc.
- Schadstoff- u. Lärmmessungen mit Umweltbehörden verdeutlichen Auswirkungen des Autos bzw. autofreier Tage. Umfragen - auch unter AutofahrerInnen - zeigen, was sich am ÖPNV, Radwegenetz oder bei der FußgängerInnensicherheit ändern soll.
- Verkehrssicherheitsrätsel und Verkehrserziehung siehe unter: www.das-verkehrsbuero.de
- Filmvorführungen (Filme im Archiv UMKEHR e. V.: www.umkehr.de)

Informationen und Formalia

- Ausstellungen und Bücher gibt es bei UMKEHR e. V., örtlichem ADFC, VCD, Pro Bahn e. V., sowie MoA-Materialliste zum Runterladen als pdf: www.mobilohneauto.de
- Ortsgruppen von BUND, VCD, ROBIN WOOD und GRÜNE LIGA u.a. sind gerne mit Infotischen vor Ort; Bürgerinitiativen (Bis) stellen ihr Anliegen vor.
- Örtliche Verkehrsverbände, Stadtwerke, Busunternehmen, mit Bitte um Preisspenden einladen. Verkehrsverbandsadressen u.a.: <http://bahn.de> und <http://www.vcd.org>
- (Rad-)Gruppen ab 16 Personen dürfen immer nebeneinander auf der Straße und geschlossen bei auf Rot schaltender Ampel weiterfahren.
- Versammlungsgesetz: Nicht-spontane Aktionen rechtzeitig anmelden!

Mitteilung auch von allen Aktionen rechtzeitig (15.5.04) an:

MoA-Bundeskoordination bzw. Landeskoordination Baden-Württemberg:
Rückmeldezettel per Post oder Fax zuschicken, Email: aktionen@mobilohneauto.de
Online-Formular unter: <http://www.mobilohneauto.de/anmelden.php>

Mitteilung über Verlauf und TeilnehmerInnenzahl am Aktionstag ab 12 Uhr:

Per Tel./Fax/Email an die MoA-Bundes- bzw. Landeskoordination: www.mobilohneauto.de
So können Eure Informationen in die bundesweite Medienarbeit einfließen und für Euch wie die MoA - Aktionen ein wohlwollendes öffentlichkeitswirksames Umfeld geschaffen werden.

Hamburg im MoA-Fieber

Am bundesweiten Mobil ohne Auto-Tag werden wir in Hamburg und Schleswig-Holstein von mindestens 20 Startpunkten in die Hamburger Innenstadt fahren. Wahrscheinlich wird es auch noch Touren aus Oldesloe und Niendorf geben.

Für die Teilnehmer aus Neuenfelde, Finkenwerder und Harburg bietet sich die seltene Möglichkeit über die Kohlbrandbrücke zu fahren. Die gemeinsame Abschlussrunde um die Außenalster wird durch die Teilnahme von 20 000 Menschen zu einem besonderen Erlebnis. Routenplan und weitere Infos sind hier zu finden:

www.fahrradsternfahrt-hamburg.de/
Angesichts der 250 000 TeilnehmerInnen an der Fahrradsternfahrt in Berlin, im letzten Jahr, sollte es eigentlich kein Problem sein 20 000 Menschen für unsere Aktion zu begeistern.

Inzwischen haben die beteiligten Organisationen und Gruppen in Hamburg mit der Werbung begonnen. Die ersten 10 000 Flyer sind fast verteilt und eine Neuauflage wird in Kürze zur Verfügung stehen. Weitere 20 000 Flugis sollen dann unter die Menschen gebracht werden. Dazu ist jede Mithilfe willkommen.

Die wöchentlich Freitags stattfindenden Mobil ohne Auto-Werberadtouren (in der Art eines Critical Mass) sind gut besucht. Auf ihnen werden insbesondere Radfahrerinnen und Radfahrer informiert. Aber auch für die AutofahrerInnen sind sie eine Mahnung mal wieder das Auto stehen zu lassen. Immer mehr Organisationen haben inzwischen von der Fahrradsternfahrt erfahren und machen ihrerseits Werbung dafür.

Rot-Grün gibt so richtig Gas

Eine parlamentarische Anfrage ergab: Der Fuhrpark des Bundes taugt nicht als Vorbild für die vom Umweltministerium gepredigten Forderungen nach Drei-Liter-Autos, Russfilter und Sprintsparern. Ausgerechnet die Dienstautos der rot-grünen Bundesregierung sind schneller, stärker und schlucken mehr als die aller Vorgängerregierungen.

Die Kehrseite: Die Entdeckung von Erdöl beispielsweise im Amazonas hat zu einem regelrechten „Öl-Boom“ geführt. Das sen-

sible Gleichgewicht des Regenwaldes wird zerstört. Die UreinwohnerInnen sind durch Vergiftung und Vertreibung bedroht - viele leisten verzweifelt Widerstand.

Protestieren Sie noch heute bei der Bundesregierung, dass ausgerechnet unter rot-grüner Amtsführung der Bundes-Fuhrpark Sprit verpulvert statt Energie zu sparen! Falls Sie einen eigenen Brief formulieren wollen, finden Sie die Anschriften unter www.bundesregierung.de

Im letzten Regenwald Report berichtete „Rettet den Regenwald“ ausführlich über Erdölförderung im Amazonas und die Folgen.

Rettet den Regenwald e. V.
 Vorsitzender Reinhard Behrend
 Friedhofsweg 28, 22337 Hamburg
 Tel. 040-4103804, Fax: 040-4500144
info@regenwald.org
www.regenwald.org

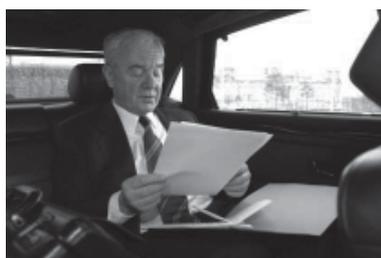
Flotte: Rast die Bundesregierung im MIV in den Tod?

Mehr als 42 Millionen Euro gaben Regierung und Bundesbehörden (ohne Landesregierungen, Städte und Kommunen) laut dem Spiegel v. 15.3.05 im vergangenen Jahr für Autos aus.



Künastauto:

Gerade einmal drei Drei-Liter-Autos gibt es unter den Dienstfahrzeugen. Wenn Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Grüne) in ihren Wagen steigt, spielen Verbrauchstabellen keine Rolle.



Verkehrsministerluxus:

Auch Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) fährt nicht im Drei-Liter-Auto: In der schluckfreudigen Luxuskarossen (15l/100km) lässt es sich eben besser arbeiten.



Fischerauto

Immer schneller und mit immer mehr Spritverbrauch brausen die Minister durch die Lande: Außenminister Joschka Fischer (Grüne) bei einem Termin.



Schröderauto

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) setzt auf eine flotte Regierung: In einem VW Phaeton lässt er sich durch Deutschland kutschieren.

Trittinauto

Kein Vorbild zum Thema Ökoverkehr: Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) kann zwischen einem A8 von Audi und einem Phaeton von Volkswagen wählen.



Nachhaltig unökologisch

Der Bayer-Nachhaltigkeitsbericht 2004

Der BAYER-Konzern hat erneut einen sogenannten „Nachhaltigkeitsbericht“ vorgelegt. Der Chemiker Prof. Jürgen Rochlitz, Mitglied der deutschen Störfallkommission und Beirat der *Coordination gegen BAYER-Gefahren*, hat diesen analysiert.

Nachdem Bayer sich in seinem vorangegangenen Nachhaltigkeitsbericht mit Kofi Annan und Ernst Ulrich von Weizsäcker schmückte, werden nun die künstlerischen Talente von Kindern werbewirksam vermarktet. Leider wissen diese Kinder noch nicht, wie sehr Bayer mit seiner gesamten Geschäftspolitik gerade ihre Zukunft verbauen und ihre Vorstellungen davon zerstören kann.

Wohin die Richtung dieser Geschäftspolitik weist, wird gleich im Anschluss an das Bekenntnis von Bayer zu den Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung („Sustainable Development“) und damit zur sozialen und ethischen Verantwortung und zur gleichrangigen Behandlung von Ökonomie, Ökologie und sozialem Engagement deutlich: „Es gilt, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern“. Damit wird die wahre aber perverse Auffassung von Nachhaltigkeit formuliert: nachhaltige Gewinn-Maximierung im Interesse der AktionärInnen. Alle anderen Aussagen dazu verdrehen die Wirklichkeit - wie in Orwells „1984“ vorge-macht.

Die Umstrukturierung des Konzerns, „schneller und nachhaltiger als jemals zuvor in der Unternehmensgeschichte“, wird als Beispiel für die verantwortliche Unternehmenspolitik des Konzerns verkauft. Tatsächlich dient die Neuorganisation von Bayer vornehmlich der Profitsteigerung. Die neue strategische Holding ermöglicht es mit ihrer unübersichtlichen Vielfalt, die ArbeitnehmerInnen, die kontrollierenden Behörden, die Finanzbehörden und die Öffentlichkeit auszutricksen - z. B. mit nicht nachzuvollziehenden Statistiken. Mit dem in diesem Jahr vollzogenen Börsengang von LanXess, der Nachfolgesellschaft mit Zuständigkeit für viele chemische Pro-

duktionen, wurde schon einer der Effekte der neuen Holding deutlich. Der Leverkusener Chemie-Multi nutzte die Trennung vom Chemie-Geschäft dazu, Schulden in Milliarden-Höhe bei LanXess zu entsorgen, welche die Chemie-Firma mit Kosteneinsparungen durch Arbeitsplatz-Vernichtung tilgt.

Bayer hat richtig erkannt, dass die Börse soziale und ökologische Engagements honoriert und prahlt mit guten Platzierungen in den entsprechenden Indices. Es zahlt sich also aus, wenn der Multi Nachhaltigkeit besonders betont und werbewirksam über ihre angebliche Verwirklichung berichtet - die tatsächliche Praxis überprüft ja niemand. Immerhin richtete das Unternehmen eigens ein Konzernvorstandsbüro speziell für die Planung der Bayer-Nachhaltigkeit ein. Wie sehr jedoch diese Bayer-Nachhaltigkeit gegenüber den Ursprungsideen pervertiert worden ist, zeigen die folgenden Beispiele.

1) Soziales Engagement

Gesellschaftliches und soziales Engagement - eine der Säulen der Nachhaltigkeit - wird in diesem Nachhaltigkeitsbericht besonders betont. Und tatsächlich können einige Projekte und Projektchen in der Größenordnung von einigen Millionen Euro aufgeführt werden. Doch verblassen diese Renommierobjekte angesichts des ständigen Abbaus der Gesamtzahl der MitarbeiterInnen. Wenn die verwirrende Graphik-Darstellung nicht täuscht, wurden im Zeitraum von 1998 bis 2002 ca. 28.000 Arbeitsplätze weltweit abgebaut. Dies bedeutet für den Konzern eine Einsparung von Milliarden; speziell für die deutsche Gesellschaft ist es ein Beitrag zur Zerstörung der sozialen Marktwirtschaft, für die übrigen nationalen Gesellschaften an den Bayer-Standorten sind es deutliche soziale Einschnitte. Denn mit diesen 28.000 Arbeitsplätzen an den Bayer-Standorten sind wiederum se-

kundäre und tertiäre Arbeitsplätze verknüpft, die parallel entfallen sind. Bayer hat damit auch einen Beitrag zur weltweiten Massenarbeitslosigkeit geleistet, und der Konzern ist dabei, diesen Prozess weiterzutreiben. Die Umstrukturierung des Global Player hat hauptsächlich diesen Zweck. Eine solche unsoziale Geschäftspolitik ist alles andere als nachhaltig. Wenn in Jahren mit Rekordgewinnen immer weiter an der Schraube des Job-Abbaus gedreht wird, dann ist dies nicht nur unnachhaltig sondern unmoralisch.

2) Schutz der Biodiversität

Schutz der Biodiversität wird von Bayer auch in einigen Projekten betrieben, um das Aussterben bedrohter Tierarten zu verhindern. Selbstverständlich ehrenwert. Doch auch dieses Engagement verblasst angesichts des systematischen Angriffs auf die Artenvielfalt durch Bayer Cropscience. Vor allem der Einsatz von Pestiziden aller Art hat ganz besonders in Mitteleuropa dazu beigetragen, dass eine Todeszone der Arten-



vielfalt entstanden ist, in der viele Pflanzen, Insekten und andere Tiere auf den roten Listen gelandet sind, da sie entweder schon ausgestorben, vom Aussterben bedroht oder im Bestand gefährdet sind. Diese Geschäftspolitik ist ökologisch unverantwortlich und darf auf keinen Fall als Beitrag zur Nachhaltigkeit angesehen werden.

3) Gentechnik

„Verantwortungsvoller Umgang mit der Gentechnik“ ist eine dreiste Behauptung, da in der sogenannten grünen Gentechnik, bei Bayer „Pflanzenbiotechnologie“ genannt, prinzipiell weder eine ökologische noch eine ökonomische Sicherheit existiert. Pflanzenanbau mit transgenen Pflanzen und verstärktem Pestizide-Einsatz ist ökologisch nicht zu verantworten wegen der Beeinträchtigung von Böden, Grundwasser, Artenvielfalt und wegen der Weiterverbreitung gentechnisch veränderter Organismen. Zudem ist völlig ungeklärt, welche human- oder tiertoxikologischen Wirkungen die gentechnisch veränderten landwirtschaftlichen Produkte besitzen. Ökonomisch ungesichert ist der Anbau, weil die Gefahr einer Verunreinigung benachbarter Grundstücke mit gentechnisch veränderten Organismen nicht auszuschließen ist. Die daraus resultierenden ökonomischen Schäden sind in keinem Fall absehbar und können den Gentechnik anwendenden Landwirt ebenso treffen wie den konventionell oder ökologisch arbeitenden in der Nachbarschaft. Besonders unverantwortlich war es, das Haftungsrisiko den LandwirteInnen aufzubürden - ein Glanzstück des Lobbyismus. Die eigentlichen VerursacherInnen der Schäden an den Schreibtischen in Leverkusen und in den Labors von Monheim wurden so vom Gesetzgeber geschont. Die grüne Gentechnik bietet der Chemie-Industrie den Einstieg in die totale Beherrschung der Landwirtschaft. Nicht nur die benötigten Industriedünger und Pestizide sondern auch das Saatgut sind nämlich im Gentech-Paket enthalten.

4) Emissionen

Die sogenannte ökologische Bilanz (Aufzählung der Emissionen in Luft und Was-



ser, Abfall, Energie) ist in diesem sonst als Anti-Nachhaltigkeitsbericht verfassten Pamphlet das einzig Erfreuliche - aber auch nur auf den ersten Blick. Die deutliche Senkung von Belastungen der Umwelt ist nämlich nur eine Folge der Betriebsstilllegungen und Arbeitsplatz-Vernichtungen. Zudem zählt heutzutage nicht mehr die Produktion zum Hauptbelastungsfaktor für Mensch, Tier und Umwelt, diesen Rang haben die Produkte eingenommen. Dazu gehören nicht nur die schon erwähnten Pestizide, sondern auch Weichmacher, Tenside und ihre Vorstufen. Die Produktionslinien, die ausgehend von der Chlorproduktion über Phosgen immer noch an diesen höchstgefährlichen Zwischenprodukten festhalten, sind als ganz und gar nicht nachhaltig zu bezeichnen.

Dekoration

Um die Nachhaltigkeit bei Bayer steht es also insgesamt betrachtet ziemlich schlecht.

Nur mit großem journalistischem Aufwand auf der Basis Orwellscher Verdrehungen und Ausblendungen ist ein Bericht entstanden, der sowohl die Bayer-Aktie als auch die Bayer-AktionärInnen beflügeln soll. Nur der flüchtige Leser wird davon eingenommen, der kritische bemerkt dagegen schon bald die bloß dekorative Funktion des Nachhaltigkeitsbegriffs.

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418, D-40081 Düsseldorf
CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.de
Tel: 0211 - 333 911, Fax 0211 - 333 940

Unsere Arbeit braucht Spenden.
Überweisen Sie bitte auf das Konto 8016
533 000, GLS-Bank, BLZ 430 609 67

Müll-Milch antwortet

(siehe Bericht FUI 1/05)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für Ihre E-Mail und freuen uns, dass Sie uns die Gelegenheit zu einer aufklärenden Antwort gegeben haben. Verbrauchersicherheit und Produktqualität haben für uns höchste Priorität. [...]

Gentechnik verwenden wir nicht. Es gibt also auch keine „Gen-Milch“ aus unserem Haus. Allerdings können heute Lebensmittelhersteller - von wenigen Nischenanbietern abgesehen - nicht mehr ausschließen, dass in der Tierfütterung auch gentechnisch veränderte („GV“-) Bestandteile enthalten sind. Zur Deckung des Futtermittelbedarfs muss ein Großteil des proteinreichen Tierfutters aus Nicht-EU-Staaten importiert werden, in denen GV-Pflanzen zugelassen sind. Eine Selbstversorgung aus EU-Futtermitteln wird, wie der Europäische Verband der Mischfutterindustrie FEFAC in einem Bericht vom 23. April 2004 feststellte, „auch in naher Zukunft Utopie bleiben“. Ein Ausschluss von GV-Futter ist deshalb unrealistisch.

Auf die Milchqualität hat dies jedoch keinen Einfluss. Die mit dem Futter zugeführte Erbsubstanz wird beim Verdauungsvorgang abgebaut. Dementsprechend hat der Gesetzgeber auch keine Kennzeichnungspflicht für Milchprodukte vorgesehen. „Gen-Milch“ gibt es nicht. Es handelt sich um eine Erfindung von Greenpeace. Der von dieser Organisation verbreitete Eindruck, dass Müller-Produkte sich im Hinblick auf Tierfutter von anderen Produkten unterscheiden, ist falsch: Alle großen Milchverarbeiter beziehen ihre Milch von Betrieben, in denen auch GV-Futtermittel zum Einsatz kommen können. Der Grund, weshalb sich der Verein nur gegen uns wendet, ist allein die Publicity durch die Marke Müller. Dies bestätigt auch ein Urteil des Oberlandesgerichts, das es Greenpeace untersagt, unsere Produkte in Supermärkten zu kennzeichnen. [...]

Wir würden uns freuen, wenn wir Sie mit diesem Schreiben ausreichend informieren konnten und Sie auch weiterhin zu unseren Kunden zählen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Molkerei Alois Müller GmbH & Co. KG

Widerstand gegen Atommülltransporte Rossendorf - Ahaus

Seit über einem Jahr planen die sächsische und die nordrhein-westfälische Landesregierung Atommüll aus dem Zwischenlager Rossendorf nach Ahaus zu transportieren. Es geht um insgesamt 951 abgebrannte Brennelemente aus dem ehemaligen Forschungsreaktors Rossendorf. Dieser Forschungsreaktor in Rossendorf nahe Dresden ging 1991 außer Betrieb und die Brennelemente wurden in 18 Behälter des Typs MTR-2 verpackt. Die mit hochradioaktivem Inhalt bestückten Atommüllbehälter sollen nun auf einer gut 600 km langen Strecke per LKW vom Zwischenlager Rossendorf zum Zwischenlager Ahaus transportiert werden. Damit soll das Lager in Rossendorf geräumt werden. Da dort aber noch anderer Atommüll gelagert wird, kann dieses Zwischenlager noch nicht geschlossen werden.

Zeitraum:

27. Mai – 14. Juni 2005

Nun wird die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen voraussichtlich den Zeitraum vom 27. Mai bis 14. Juni 2005 nutzen, die erwarteten 3 Transporte auf den Straßen und Autobahnen durchzuführen. Die Anti-Atom Bewegung ruft zu gemeinsamen Protesten in Ahaus und Rossendorf auf, denn jede Atommüllverschiebung sollte verhindert werden. Jeder Atommülltransport erhöht das Risiko eines schweren Atomunfalles. Beim Freisetzen von Radioaktivität durch eine Beschädigung des Lager/Transportbehälters MTR-2 wäre das Leben vieler Menschen in der Nähe der Unfallstelle in Gefahr. Mit dem Behältertyp MTR-2 wurde zudem noch nie ein echter Fallversuch mit tonnenschwerer Beladung durchgeführt. Nicht auszudenken, wenn dieser von einer Brücke stürzen würde! Die Transporte werden durch mehrere Großstädte führen.

Folgende 2 Routen sind dabei im Gespräch

„Süd“-Route : Dresden-Chemnitz-Gera-Jena-Erfurt-Eisenach(A4)-Kassel(A7)-Paderborn-Dortmund (A44)-Recklinghausen(A1/2)-Gelsenkirchen-Bottrop(A2)-Dorsten-Ahaus (A31)

„Nord“-Route: Dresden-Leipzig(A4/14)-Halle-Magdeburg(A14)-Braunschweig-Hannover-Minden(A2)- Osnabrück-Bad Bentheim(A30)-Gronau-Ahaus

In der Nähe des Zwischenlagers in Rossendorf nahe Dresden plant das Aktionsbündnis Castor-Stopp Dresden ein Camp. Es soll eine Volksküche vor Ort aufgebaut werden. An den Sonntagen vor dem Transporttermin gibt es mit den Dresdener Initiativen gemeinsame Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager.

Der Transport der Behälter quer durch Deutschland wird mindestens 8 Stunden dauern, mit Zwischenstopps entsprechend länger.



Die Atommüllverschiebung ist vollkommen sinnlos: In Ahaus selbst gibt es keine Möglichkeit, kaputte bzw. undichte Atommüllbehälter zu reparieren. Bei einem Unfall im Zwischenlager Ahaus müssten die Transportbehälter wieder zum nächsten Zwi-

schlager mit Reperaturmöglichkeit der Behälter transportiert werden. Zudem sind die MTR-2 Behälter nicht für eine 40 jährige Lagerung von Atommüll vorgesehen bzw. konstruiert worden und besitzen auch keine Genehmigung dafür. Die Behälter sind die einzige Barriere zwischen den hochradioaktiven Brennelementen und der Umwelt. Der MTR-2 Behälter hatte schon in der neuen, trockenen Halle in Rossendorf erhebliche Korrosionsprobleme und ist bis jetzt auch nur für eine Lagerung von 15 Jahren zugelassen. Das momentane offizielle „Haltbarkeitsdatum“ der MTR-2 Behälter ist damit 2014, da die Behälter 1999 beladen wurden.

Alle Zwischenlagerhallen für Castoren in Deutschland bieten keinen Schutz gegen einen kaputten Behälter. Strahlung und radioaktive Stoffe können über das Dach ungehindert – dank offener Belüftung der Hallen – in die Umwelt entweichen.

Auch in Ahaus, das Ziel der Transporte, wird ab dem 28. Mai ein Camp aufgebaut. Der genaue Ort wird erst kurz vorher bekannt gegeben. Jeden Abend spielen dort Bands, es gibt Kultur und natürlich sind von den Menschen vor Ort einige phantasievolle Aktionen rund um das Zwischenlager in Ahaus angekündigt.

Am 31. Mai ist zur Mobilisierung eine Demo in Bad Oeynhausen auf die geplante Transportstrecke ab 18 Uhr geplant. Bei Bedarf wird die Demo vorverlegt.

Während der drei Transporte wird es Info-Punkte in Bad Oeynhausen und am Kamener Kreuz geben. Mit weiteren angekündigten Demonstrationen werden die Atomkraftgegner auf die Gefahren der 3 Transporte hinweisen.

Auf bis zu 6 LKWs mit Spezialtiefladern wird die Fracht pro Transport verladen, so dass sich vermutlich ein mehrerer hundert Meter langer Konvoi bilden wird. Mehrere Tausende PolizistInnen werden die Transporte sichern, in Ahaus allein 3000.

Diese Transporte sind nur der Start für *wieder* weitere Transporte nach Ahaus. Es werden von den örtlichen Initiativen Transporte aus Garching vom dortigen For-

schungsreaktor erwartet. Weitere Transporte aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague ab 2008 sind zu vermuten.

Mit der Atommüllverschiebungspolitik von Rot-Grün ist damit das sogenannte Entsorgungskonzept der Bundesregierung hinfällig. Dieses lässt nur einen vernünftigen Schluß zu:

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

Adressen für weitere Infos zu den Transporten:

<http://www.wigatom.de>

<http://castorstopp-dresden.de>

<http://www.nixfaehrtmehr.de>

<http://www.bi-ahaus.de>

<http://www.robinwood.de>

<http://www.de.indymedia.org>

Schwerer Störfall in Sellafield

Ein schwerer atomarer Störfall ist in Sellafield einen Monat lang gegenüber der Öffentlichkeit durch den Betreiber British Nuclear Fuels (BNFL) heruntergespielt worden.

Sellafield ist eine der beiden „Wiederaufarbeitungsanlagen“ (WAA) in Europa, die andere steht in La Hague. Bis zum Jahr 2002 belieferten auch deutsche AKWs mit abgebrannten Brennelementen die Anlage in Großbritannien, um daraus Plutonium zu gewinnen. Sellafield war spätestens seit 1957 in aller Welt bekannt, als sich am Standort Windscale / Sellafield ein katastrophaler Brand im ältesten Reaktor ereignete, bei dem ein SuperGAU (Explosion des Reaktorkernes mit Freisetzung von Radioaktivität) nur knapp verhindert werden konnte, aber trotzdem der Reaktorkern mehrere Tage brannte. Seitdem ereigneten sich immer wieder Unfälle, insbesondere in der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield. In der WAA werden die abgebrannten Brennelemente in einem sehr energieaufwendigen Verfahren in Säure aufgelöst, um einen Teil des wiedergewonnenen Plutonium zu einem sehr geringen Teil in neuen sog. MOX-Brennelementen wiederzuverwenden. Dabei entsteht in diesem Prozeß die siebenfache Menge an hoch-, mittel- und schwachradioaktivem Müll der aufzuarbeitenden Brennelemente. Die WAAs ermöglichen eine militärische Nutzung der abgebrannten Brennelemente, da hier das Plutonium und das höher angereicherte Uran extra abgetrennt wird. Mit der WAA war es Großbritannien möglich, viele Atomwaffen zu bauen.

In den 80iger und 90iger Jahren ereigneten sich mehrere Störfälle, bei denen Dutzende von Arbeitern in der Anlage verstrahlt wurden. Weitere Störfälle verseuchten die irische See und die Nordsee, so dass teilweise eine Menge von 40 verstrahlten Tauben schon als Kernbrennstoff in Deutschland gehandhabt würde (bis zu 50000 Bq/kg). Viele Kinder in der Umgebung erkrankten in der Umgebung der WAA Sellafield an Leukämie, hervorgerufen durch die erhöhte Strahlenbelastung.

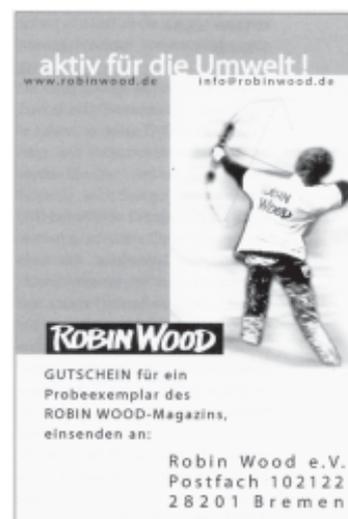


Am 18. April 2005 ereignete sich nun ein weiterer Störfall, wie jetzt erst – 30 Tage später - in allen Details von der britischen Betreibergesellschaft BNFL bekannt gegeben wurde. Eine Rohrleitung platzte, und 83 Kubikmeter Uran und Plutonium, aufgelöst in einer Salpetersäurelösung traten in ein Edelstahlbecken aus. Diese ca. 20 Tonnen schwere hochradioaktive Lösung muß nun wieder „sicher“ verpackt werden. Wie das geht, ist bis jetzt völlig unklar! Der Anlagenteil ist aufgrund der hohen Strahlung nicht betretbar und die Anlage musste seit dem Störfall geschlossen bleiben. In der Lösung befinden sich laut Expertenmeinungen ca. 200 kg Plutonium.

Der Anlagenteil befindet sich in einem 60 Meter langen, 20 Meter breiten und hohen Gebäude. Eine akute Gefährdung für die Umwelt schließen die Betreiber (wie fast immer) im Moment aus. Man vermutet, dass es mindestens 4-6 Monate dauern wird, bis der Schaden in dem Thermal Oxide Reprocessing Plant (Thorp) einigermaßen behoben werden kann, wenn nicht noch vorher mehr Radioaktivität in die Umwelt gelangt.

Dieser Störfall wird sehr wahrscheinlich dazu führen, dass die Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennelementen in Sellafield geschlossen wird. Anscheinend braucht es immer erst einen schlimmen Störfall, bis die lange Jahre geforderte Schließung der Atomanlage auch durchgeführt wird.

Quellen: www.greenpeace.org.uk und www.taz.de



Zertifikatsmodell statt EEG?

Diskussion um die Förderung erneuerbarer Energien

In diesem Jahr soll die EU-Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien reformiert werden. Langfristig sollen die verschiedenen Instrumente zur Förderung erneuerbarer Energien in Europa harmonisiert werden. Vor diesem Hintergrund ist eine Diskussion entbrannt, welcher Fördermechanismus besser geeignet ist, eine garantierte Einspeisevergütung, wie sie in Deutschland derzeit gilt, oder ein Zertifikatsmodell, das so genannte RECS.

Wie funktioniert die derzeitige Förderung nach dem Erneuerbare Energien Gesetz?

Im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ist festgelegt, dass die Netzbetreiber Strom aus erneuerbaren Energien zu festen Tarifen abnehmen müssen, die über den normalen Stromkosten liegen. Die Netzbetreiber geben den Zuschlag an ihre KundeInnen weiter, so dass sich der Strompreis leicht erhöht.

Um die technische Entwicklung bei den erneuerbaren Energien voranzutreiben, sinken die Einspeisetarife jedes Jahr um 5%. Das erneuerbare Energien Gesetz war in Deutschland sehr erfolgreich. Wer in erneuerbare Energien investieren wollte, wusste genau, zu welchem Preis er seinen

Strom verkaufen kann. So wurde ein großer Boom beim Bau von Windenergieanlagen ausgelöst. Im letzten Jahr ging der Boom nach einer Erhöhung der Einspeisevergütung auch verstärkt auf die Solarenergie über.

Was verbirgt sich hinter der Abkürzung RECS?

RECS ist die Abkürzung für *Renewable Energy Certificate System*. Während der Strom hier zum üblichen Marktpreis an den Netzbetreiber verkauft wird, bekommt der Betreiber einer regenerativen Stromerzeugungsanlage zusätzlich ein Zertifikat. Der Erzeuger von EE-Strom soll also den Strom und den grünen Mehrwert getrennt von einander verkaufen. Den grünen Mehrwert bietet er über das Handelssystem RECS an, in der Hoffnung, auf diese Weise seine höheren Aufwendungen refinanzieren zu können.

Die Zertifikate werden nach den Regeln des freien Marktes - z.B. an einer Internetbörse - gehandelt.

Die RECS-Zertifikate dürfen nicht verwechselt werden mit den im Emissionshandel verwendeten Zertifikaten.

- Zertifikate im Emissionshandel erlauben ihrem Inhaber, dass er eine bestimmte Menge CO₂ emittieren darf.

- RECS-Zertifikate sind der Beleg dafür, dass eine bestimmte Menge umweltfreundlicher Strom erzeugt wurde.

Der Nutzen der RECS-Zertifikate besteht für die KäuferInnen darin, dass er mit ihnen sein Engagement für eine umweltfreundliche Energieversorgung belegen kann. Gedacht ist

insbesondere an Regierungsorganisationen, Kommunen, Umweltorganisationen oder Firmen, die Wert auf ein umweltfreundliches Image legen.

Der Staat braucht so nicht mehr, über die Festlegung von Einspeisevergütungen, in den Strommarkt einzugreifen.

Der Nachteil dieses Konzepts ist, dass die BetreiberInnen von Wind- oder Solaranlagen nicht genau wissen, wie viel sie für ihre Zertifikate bekommen werden. Die Investitionssicherheit geht damit verloren.

Stromkonzerne und Freiburger Ökoinstitut propagieren RECS

Ende letzten Jahres veröffentlichten EURELECTRIC, der Dachverband der gesamteuropäischen Elektrizitätswirtschaft, und RECS, der internationalen Organisation zur Ausarbeitung eines funktionierenden Zertifikatsystems für erneuerbare Energien, eine "gemeinsamen Stellungnahme". Danach trägt das RECS-System zu einem reibungslosen Marktlauf bei und ermöglicht es den Mitgliedstaaten, bestehende Fördermaßnahmen einstweilen beizubehalten, aber letztendlich dennoch ein EU-weites harmonisiertes System zu schaffen. Ein solches System sollte für eine kosteneffiziente Förderung, die nicht ungebührlich in den Strommarkt eingreift, unterstützen die europaweite Marktintegration und biete Anreize für Investitionen in kosteneffiziente Technologien und Standortentscheidungen für erneuerbare Anlagen. Langfristig wird also die Ersetzung des EEG durch ein Zertifikatsmodell gefordert.

Tatsächlich ist es einfacher, solche Systeme europaweit zu harmonisieren. Fakt ist aber auch, dass das EEG zu einem schnelleren Ergebnis führt, weil die feste Vergütung den AnlagenbauernInnen Investitionssicherheit gibt.

In Dänemark ist etwa der Zubau von Erneuerbaren drastisch eingebrochen, seit das Land 1999 vom Vergütungs- auf ein Zertifikatsmodell umstieg.



5 kWp Solaranlage, ermöglicht durch das EEG

Fahrradstaffel „Vom Atom- zum Ökostrom“

RECS wurde vom Freiburger Öko-Institut initiiert und wird von dort aus gelenkt. Nach der Pressemitteilung wurde das Institut stark kritisiert. Statt die Wirksamkeit der Konzepte zu hinterfragen fordere die Presseerklärung die Erfüllung eines Markt-dogmas.

Und das gemeinsam mit denjenigen, die immer gegen den Ausbau erneuerbarer Energien gekämpft haben:

Mitglieder von RECS sind auch Firmen wie Eon, RWE oder der französische Atomkonzern EdF.

Christof Timpe, verantwortlich für RECS am Freiburger Öko-Institut, wehrt sich gegen die Kritik. „Ich zähle mich zu den Freunden des EEG.“ Sicher gebe es beim RECS einige, die dagegen kämpften. „Aber man darf das nicht mit dem System gleichsetzen.“ Schließlich sei das RECS in erster Linie ein Verrechnungssystem, das auch zur transparenten Abrechnung beim EEG verwandt werden könne. Auch Timpe findet, dass „zu den heutigen Rahmenbedingungen ein Quotenmodell eine schlechte Lösung“ sei. Würden aber die Preisunterschiede zwischen Kohle- und Windkraft kleiner, könne ein Quotenmodell besser sein. „Es geht auch darum, wie man das EEG zukunfts-fähig macht.“

KritikerInnen vermuten ganz andere Motive hinter dem Verhalten des Öko-Instituts: Schließlich muss irgendjemand die neuen Zertifikate ausstellen. Wer seine Anlagen zertifizieren muss, muss dafür auch bezahlen. Das Einspeisekonzept kommt hingegen ohne Zertifikate und ohne Zertifizierungsinstitut aus. Der Geschäftsführer des Ökostromanbieters Greenpeace Energy, Robert Werner, meint, das Öko-Institut verspreche sich vom RECS-Handel einen enormen Geschäftsbereich.

Bereits zum dritten Mal organisierten Anti-Atom- und Umweltgruppen aus Hamburg und dem Umland gemeinsam diese Fahrradtour vom AKW Krümmel nach Hamburg-Altona - diesmal am 23. April 2005. Ziel der Aktion ist es, angesichts des Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (26. April) für den Wechsel zu einem atomstromfreien Stromanbieter zu werben.

Mittlerweile sind alle aktiven Anti-Atom-Gruppen aus Hamburg und dem Umland in das Konzept eingebunden. Auch aus Lüneburg und dem Wendland sind einige dabei.

Los ging's beim Atomkraftwerk Krümmel an der Elbe bei Geesthacht. Von dort führte die Tour über HH-Bergedorf durch die Hamburger Innenstadt bis zum Werkhof in Hamburg-Altona, wo der Windstrombetreiber Windstrom Wedel seinen Sitz hat. An einigen Zwischenstopps, so zum Beispiel vor dem Hamburger Hauptsitz von SIEMENS oder dem Kundenzentrum von HEW/Vattenfall in der Hamburger City, fanden größere Kundgebungen und Mahnwachen statt.

Die Idee zu der Aktion entstand aus der Überlegung, wie Menschen außerhalb des Wendlandes überhaupt noch auf die Gefahren der Atomkraft und den ungestörten Weiterbetrieb der Atommeiler aufmerksam gemacht werden können.

Jahrelang standen Castor-Blockaden und sowie Klagen gegen Bau von Zwischenlagern im Fokus der Aktivitäten der AtomkraftgegnerInnen. In Kürze, vielleicht noch

im April, ist mit dem letzten Atommülltransport aus dem stillgelegten AKW Stade in die WAA La Hague zu rechnen. Außer den alljährlichen Atommülltransporten ins Wendland gibt es also für Aktionsgruppen immer weniger zum Blockieren.

Also, was tun? Wie kann die vom Atomkonsens eingelullte Bevölkerung weiter auf den ungebremsen Weiterbetrieb der tödlichen Atomkraft aufmerksam gemacht werden? Welche Alternativen können angeboten werden? Eine Idee war die Kampagne STROMWECHSEL-JETZT! und die Fahrraddemo „Vom Atom zum Ökostrom“.

Zielgruppe der Kampagne ist nicht nur die Bevölkerung im allgemeinen. Gespräche unter den AktivistInnen selbst haben gezeigt, dass viele derjenigen, die seit Jahren oder Jahrzehnten gegen Atomkraft aktiv sind, häufig immer noch Atomstrom beziehen. Andere haben zwar die erste Möglichkeit zum Wechsel genutzt, sind aber unsicher, ob ihr neuer Stromanbieter wirklich empfehlenswert ist. Zu recht. Nur sehr wenige Ökostromanbieter bieten tatsächlich ökologisch sinnvolle Alternativen und sind nicht mit den großen Atomkonzernen verflochten. Die Kampagne „Stromwechsel-Jetzt!“ empfiehlt daher nur Strom der EWS Schönau, von Greenpeace energy und von Naturstrom. Alle anderen AnbieterInnen unterschreiten die Kriterien der Kampagne für atomstromfreien Strom deutlich.

Alle Infos zum Mitmachen und zum Stromwechsel:  <http://www.stromwechsel-jetzt.de>



Schönauer Stromrebell haben 26.000 Kunden

+ 03.05.2005 + Es begann mit Tschernobyl am 26. April 1986. Der größte Atomunfall setzte auch im Südschwarzwald-Städtchen Schönau viel Energie frei. Am Anfang war Energiesparen, dann Ökostromproduktion, Blockheizkraftwerke und zwei gewonnene Bürgerentscheide für 100 Prozent Energieautarkie. 1997 schließlich trotzten die Schönauer Stromrebell dem damaligen Monopolisten und AKW-Betreiber KWR das Stromnetz ab, sammelten durch eine bundesweite „Störfall“-Kampagne („Ich bin ein Störfall“) zwei Millionen Mark und betreiben seither als EWS-Elektrizitätswerke Schönau - ihr eigenes Stromnetz.

„Unser Ziel“, sagen Ursula und Michael Sladek, Herz und Seele der EWS, „war eine atomstromfreie, klimaverträgliche und bürgereigene Stromerzeugung.“ Die EWS hat heute 26.000 Ökostrom-Kunden. Jeder Deutsche kann das originelle „Watt Ihr spart“- Stromangebot bei der EWS in Schönau bestellen.

Michael Sladek: „Mit dem Stromgeld unserer mehr als 26.000 Kunden leiten wir große Geldströme um: Weg von rückwärts gewandten Energiekonzernen hin zu verantwortlichen Stromproduzenten. Wir liefern Strom von Kraftwerksbetreibern, die sich für eine ökologische Stromwirtschaft einsetzen und garantiert keine Kapitalbeteiligung von AKW-Betreibern haben.“ Die Schönauer Stromrebell betreiben bundesweit ein Netz von 697 „Rebellkraftwerken“, darunter 482 Photovoltaikanlagen, 175 Blockheizkraftwerke, 35 Biogasanlagen, drei Kleinwasserkraftwerke und zwei Windkraftwerke. Sie leisten zusammen 6,9 Megawatt und speisen jährlich über 15 Millionen kWh ins Netz ein. Das entspricht einem Jahresverbrauch von 5.000 Haushalten.

Infos:

EWS - Elektrizitätswerke Schönau GmbH
Friedrichstraße 53 - 55
79677 Schönau
Telefon: 07673-88850
Fax: 07673-888519
info@ews-schoenau.de
http://www.ews-schoenau.de

Erfolgsmodell City-Maut in London wird weitergeführt: 60 % Mauterhöhung ab 4.7.

Was für eine Aufregung als vor einigen Jahren in London die City-Maut für PKWs eingeführt wurde. Die Aufregung hat sich gelegt, die Maut ist erfolgreich: Weit weniger Londoner fahren inzwischen mit dem Auto in die Innenstadt, viel mehr als früher benutzen öffentliche Verkehrsmittel, die Luftqualität hat sich verbessert und die Staus sind weitgehend verschwunden.

Nun wird die City-Maut drastisch angehoben - und zwar gleich um 60 Prozent. Ab 4. Juli müssen Autofahrer, die in der 20 Quadratkilometer großen Zone unterwegs sind, acht Pfund (etwa 13 Euro) zahlen. Das teilte Londons Oberbürgermeister Livingstone mit, der die Maut gegen heftige Kritik durchgesetzt hatte. Wer künftig zwischen 7:00 und 18:30 Uhr in Londons City mit dem Auto fährt, muss 13 Euro zahlen.

London sollte überall werden.



Neue MoA-Leitlinie für deutsche Städte

Massenhaft innerstädtische Parkhäuser und Tiefgaragen bauen ist MEGAOUT! MIV-Blechboxen ganz raus aus der Stadt, City-Maut einführen und Einnahmen in leistungsfähigen ÖPNV-Ausbau stecken und damit Straßenbahnsystemen, Fahrradwegen und umfassende Fußgängerzonen. Das ist MEGA-IN.

Dafür und für mehr steht Mobil ohne Auto immer – auch am MoA-Aktionssonntag, 19.06.2004.

Die Erwartung der Rahmen-Richtlinie Flugverkehr und Kostenwahrheit

- bringt 2005 frischen Wind ?

Eigentlich müssten die Berechnungen für die externalisierten Kosten des Flugverkehrs wie-der einmal umgeschrieben werden. Neuere Untersuchungen im Auftrag der EU belegen, dass Klimaschäden (und -kosten) durch Flugzeuge fast dreimal höher sind als bisher angenommen. Der Beitrag der Flugzeugemissionen wurde auf 3,5 % Anteil am globalen Treibhauseffekt geschätzt, doch die Studie „TRADE OFF 2004“ kommt auf ca 8-9%, mit schnell steigender Tendenz.

(Quelle: www.germanwatch.org)

Flugverkehr als besonders klimarelevanter Verkehrsträger fällt bisher nicht unter die Vorgaben des Kyoto-Protokolls, entsprechend gibt es wenig öffentlichen Druck und noch weniger Maßnahmen. Der Emissionshandel spart den Bereich aus, Treibstoffsteuern dürfen auf internationalen Flügen nicht erhoben werden, und für Inlandsflüge wären sie möglich, wurden aber noch nicht eingeführt. Das hat z.B. der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr Mindereinnahmen von 373 Millionen Euro gekostet. (Quelle: Antwort der Bundesregierung (15/3622) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion).

Immerhin, man denkt ernsthaft über nationale Kerosinsteuern nach, und zwar in Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich. Miteinander kombiniert, würden diese nationalen Alleingänge schon eine gewisse Flächenwirkung erzielen können.

Noch 2005? Wer das glaubt, wird selig!

Klagende Sekte „UL – Universelles Leben“ erledigt emanzipatorisches und investigatives Tierrechtsmagazin

Ob Reportagen über den politischen Gefangenen Mumia Abu Jamal und den Rassismus in den USA oder Hunger und Kinderarbeit in der Dritten Welt der VOICE-Herausgeber Andreas Hochhaus hat ein Jahrzehnt lang den »Blick über den Tellerrand« der Tierbefreiungsbewegung gewagt. Kurz nach Erscheinen der Jubiläumsausgabe des Tierrechtsmagazins erklärte die Redaktion Anfang Januar überraschend, dass keine weiteren Ausgaben der VOICE erscheinen werden. (...) Gestartet hatte der überzeugte Veganer Andreas Hochhaus das Projekt im zarten Alter von 17 Jahren als zusammenkopiertes Heft mit einer Auflage von 50 Exemplaren. Innerhalb weniger Jahre mauerte sich die VOICE zum Sprachrohr der Tierrechtsbewegung, das von seinen LeserInnen vor allem für seine gut recherchierten Artikel und sein professionelles Layout geschätzt wurde.

2002 geriet das Magazin in eine schwere Krise. Es hatte eine Reportage über die christliche Sekte »Universelles Leben« (UL) auf dem Titelblatt durch eine Fotomontage aus UL-Emblem, Hakenkreuz und einem blutenden Kalbskopf angekündigt. In seinem Artikel brachte Hochhaus diverse Belege, dass das »Universelle Leben« seit Jahren versucht, die Tierrechtsbewegung zu unterwandern. Die für ihre erstaunliche Finanzkraft und Aggressivität gegenüber ihren Kritikern bekannte Sekte überzog die VOICE mit einer Prozesswelle, die dem Herausgeber der Zeitschrift nicht zuletzt deshalb heftig zusetzte, weil er auf seine Hilferufe von der Mehrheit der TierrechtlerInnen statt Solidarität Gleichgültigkeit erntete.

Hochhaus beklagt auch »rechtsorientierte Tendenzen« in der Bewegung: So hätten TierschützerInnen verschiedentlich geäußert, dass sie notfalls auch mit Nazis zusammenarbeiten würden, wenn die rechte Szene sich für die Tiere stark machen würde. Auch wenn TierfreundInnen aus dem rechtsradikalen Lager eine kaum erwähnenswerte Minderheit bilden, kritisieren emanzipatorisch ausgerichtete Tierrechtler wie Andreas Hochhaus, dass einige Organisationen und Vereine nicht bereit sind, dem braunen Rand eine eindeutige Absage zu erteilen. So werden die antisemiti-

schen Entgleisungen vom Präsidenten des schweizerischen »Verein gegen Tierfabriken« (VgT) Erwin Kessler immer wieder verharmlost, obwohl der Tierschützer erwiesenermaßen Kontakte zur Neonazi- und Revisionisten-Szene unterhält und nicht müde wird, sich immer wieder durch eine »Die-Macht-der-Juden«- und »Schächtholocaust«-Rhetorik hervorzutun. (...) (...) Ans Aufgeben jedoch denkt der gelernte Verlagskaufmann und Grafiker nicht. Er will sich nicht nur weiterhin aktiv dem Kampf »gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Tiere« widmen, sondern auch »Dorn im Auge des „Universellen Lebens“ bleiben«

Erschienen am 07. Februar 2005 in der Tageszeitung „Neues Deutschland“.

VOICE-Magazin zum Jahresbeginn 2005 eingestellt

Zehn Jahre gibt es jetzt das Voice-Magazin. Doch hat sich in dieser langen Zeit gezeigt, dass das Magazin nicht das erreichte, was es erreichen sollte: Eine Bündelung der Kräfte für die Rechte von nicht-menschlichen und menschlichen Tieren sowie der Natur. Deshalb habe ich mich dazu entschlossen, das VOICE-Magazin einzustellen. Die bereits erschienene Jubiläumsausgabe (Nr. 39 / Herbst 2004) ist die letzte Ausgabe - es wird keine weitere VOICE-Ausgabe mehr geben.

Umweltschutz sowie Tier- und Menschenrechte sind für mich untrennbar. Deshalb habe ich auch immer wieder den Blick über den Tellerrand gewagt und gefordert. (...) Das Universelle Leben versuchte mit allen Mitteln, das VOICE-Magazin zum Schweigen zu bringen. Es überzog uns mit Einstweiligen Verfügungen und Ordnungsgeld-Verfahren. Uns drohen viele Jahre Gefängnis und Ordnungsgelder in Millionenhöhe. (...)

Die Tierrechtsbewegung interessiert dies wenig. Nur vereinzelt regt sich Widerstand dagegen, dass eine totalitäre Sekte, die es offenkundig nicht gerade dick mit Menschen- und Tierrechten hat, eines der größten deutschsprachigen Tierrechtsmagazine in Grund und Boden klagt und ihm einen

Maulkorb verpasst. (...) Was ist das für eine Bewegung, für die ich in den vergangenen zehn Jahren Zeit, Privatleben, Beziehung, Gesundheit, Freiheit und Finanzen geopfert habe? (...)

Die UL-Klagewelle hat aktuell bisher **22.687,76 EUR Kosten** verursacht. Wir bitten weiterhin um Spenden auf das VOICE-Rechts-Hilfe-Konto: Vereinigte Volksbank Maingau eG, BLZ 505 613 15

Konto 200 507 962, Verwendungszweck: »Freedom of Speech«-Konto-Inhaber: VOICE Das VOICE-Rechtshilfekonto wird aufgelöst. Das Guthaben wird auf das Rechts-hilfekonto des Vereins die tierbefreier e.V. transferiert.

Wie geht es jetzt weiter?

Sozial aktive Gruppen, Vereine und Firmen können auch weiterhin auf meine Unterstützung in Gestaltungs- und Druckangelegenheiten bauen, denn voice-design wird weiter ausgebaut werden. Schon jetzt kann fast alles realisiert werden - und das zu einem fairen Preis, damit ethisch-motivierte Arbeit eine bessere Basis im medialen Leben von heute hat.

Auch wenn das Universelle Leben das vielleicht nicht gleich realisieren wird, so hat es keinen Grund zum Feiern. Denn erstens liegt der Grund für die Einstellung der VOICE am politischen Unverständnis der Bewegung und nicht an der Prozesswelle und zweitens werde ich auch weiterhin aktiv und somit ein Dorn im Auge des Universellen Lebens bleiben.

**Für die Rechte von Mensch,
Tier und Natur!
Für eine politische und kritische
Bewegung!**

Andreas Hochhaus Ex-VOICE - Das Tierrechtsmagazin
Hermannstraße 39, D-63069 Offenbach
Tel: 069/84848987, Fax: 069 84848988
andreas.hochhaus@voice-online.de

**VOICE-SHOP mit Tiefstpreisen!
www.voice-online.de**

Öffentliche Hand als Verursacherin von Lkw-Fernverkehr

Angeregt durch Beispiele für Unsinnstransporte, die die Schweizer Alpeninitiative (www.alpeninitiative.ch) immer wieder aufzeigt, hab ich versucht, etwas Ähnliches für Österreich zu machen.

Herausgekommen sind vorerst zwei Studien (teilweise unterstützt von den Grünen), wie die Öffentliche Hand in Salzburg und Kärnten Lkw-Fernverkehr verursacht. Ich hänge die Studie Salzburg an, mit Kärnten verhält es sich ähnlich.

Die Materialgruppen können dazu dienen nachzuprüfen, wie viel Dreck am Stecken die Öffentliche Hand in der BRD hat.

Die Arbeit kann bestellt werden:
Büro für Verkehrsgeographie
Mag. Karl Regner
Salzburg 0043 / 662 / 643191
Karl Regner <regner.karl@gmx.at>

Buchempfehlungen

* Klaus Vestner: "Diskriminierungsfreie Rahmenbedingungen im Personenfernverkehr" - Diss. Universität Bayreuth, ISBN 3-8322-3160-9, Hardcover, Shaker-Verlag, Aachen, in Unibuchhandlungen: 80 EUR

* „Schwarzbuch Straße“, A. Reisinger u. E. Rieger, ISBN 3-216-30646-1, Deuticke 2003, 315 S., 19,90 EUR

* „GLOBAL FATAL - Schwarzbuch Straßenverkehr“, Klaus Gietinger, 2004 www.gietinger.de

* „Auf dem richtigen Gleis? Die Bahn zwischen öffentlichem Auftrag und Privatisierung“, Schriftenreihe 116, Tagung Ev. Akademie Baden, BsB und UMKEHR: 26.-28.09.03, Bad Herrenalb (u.a.) 2004; 13 EUR, ISBN 3-89674-119-5, ISSN 0934-6007, 260 S.

Autofreier Reiseführer

Im Frierich Reinhardt Verlag ist soeben mein Reiseführer zu autofreien Orten in der Schweiz erschienen.

Andreas Schwander, Journalist BR
Drosselstrasse 51, CH-4103 Bottmingen
Tel -41 61 401 03 79, schwander@bluewin.ch

Schwarzbuch Klimawandel - Wie viel Zeit bleibt uns noch?

Bereits im Jahre 1896 hat der Schwedische Wissenschaftler Svante Arrhenius gezeigt, dass zunehmende Treibhausgasemissionen zu signifikanter Erwärmung der Atmosphäre führen. 1992 haben sich die Staaten bei der globalen Klimakonferenz in Rio verpflichtet „...eine Stabilisierung der Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, das gefährliche anthropogene Einmischung in das Klimasystem verhindert...“. Aber erst 2004 ist es gelungen mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch hinreichend viele Staaten ein völkerrechtlich verbindliches Instrument zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu schaffen.

Helga Kromp-Kolb, Herbert Formayer:
"Schwarzbuch Klimawandel - Wie viel Zeit bleibt uns noch?"
Ecowin-Verlag der TopAkademie GmbH
Salzburg 2005
ISBN 3-902404-14-0
Euro 19,90

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Buchtipps/6232.php>

Zeitschrift „Naturschutzblätter“ erscheint wieder

Die Zeitschrift „Naturschutzblätter“ erscheint nach mehrjähriger Pause Ende Februar wieder im Verlag NSB-Naturschutzblätter. Im Mittelpunkt der populärwissenschaftlichen Zeitschrift stehen regionale und überregionale Beiträge sowie Informationen über Forschungsentwicklungen zum Natur- und Umweltschutz, zur Naturkunde sowie zu Umweltpolitik und Ökologie im Alltag.

Naturschutzvereine und -verbände können Berichte und Artikel zur Veröffentlichung einsenden. Für die Verbände und ihre Mitglieder gibt es auf Anfrage Sonderkonditionen für ein Abonnement. Der mit dem früheren Herausgeber Volksbund Naturschutz e.V. vereinbarte Schriftentausch läuft über den Verlag NSB weiter.

NSB-Naturschutzblätter GmbH
Annette Pfeiffer, Berlin
Tel. 030 / 720116-0, Fax -20
eMail: info@naturschutzblaetter.de

Impressum

FUI
HochschulUmweltInfo-Magazin
Infodienst des BSÖ-Netzwerkes

Herausgeberin: Netzwerk BSÖ e.V.,
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Redaktion: Florian, Jörg, Oli St.,
Oli B., Sigrid, Uli L.

Verantwortlich:
- allgemein und für alle nicht gekennzeichneten Artikel: Florian Kubitz, Sorge 27,
38678 Clausthal-Zellerfeld

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Unterzeichnenden selbst verantwortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

FDL - Free Documentation License

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an die AdressatIn Eigentum der BSÖ e. V. „Zur-Habe-Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehängte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die BSÖ zurück zuzusenden.

Auflage: 850 Exemplare

Druck: AStA-Druckerei Uni Oldenburg
26111 Oldenburg



Adressen der BSÖ auf einen Blick:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e. V.

Stand: Mai 2005

ThemensprecherInnen und Arbeitskreise

Anti-Atom:

Oliver Bäsener
Große Str. 33, 21075 Hamburg-Harburg
ab 1.7.: Dorotheenstr. 141, 22301 Hamburg
Tel.: 040/70104247
und
Falk Beyer (Greenkids)
Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg
Tel: 01 62 / 78 68 204
anti-atom@bsoe.info

Alternativer Handel:

Stefan Freudenberg
Weiherstr. 12, CH - 8280 Kreuzlingen
Tel: 0041/71/6728629
www.weltladen-konstanz.de
alternativer-handel@bsoe.info

Energie:

Florian Kubitz
Gärtnerstr. 68 b, Haus 1, 20253 Hamburg
ab 1.7.: Dorotheenstr. 141, 22301 Hamburg
Tel: 040/28419967
energie@bsoe.info

Food-Coops:

Bundesverband der Lebensmittelcoops
Bärbel Holve
Hochstr. 30, 53894 Lückeraath
Tel: 02443 / 1631, Fax: 1668
food-coops@bsoe.info

Gen-/Biotechnologie:

David Möbius
FHO Ostfriesland, AStA Ökologiereferat
Constanziplatz 4, 26723 Emden
Tel: 04921/8071185
gentechnik@bsoe.info

Gewässer:

Nicole Feige
Rauhehorst 153, 26127 Oldenburg
Tel: 0441/36161736
gewaesser@bsoe.info

Internationales:

Uli Lerche
Schißlerstr. 9, 86154 Augsburg
Tel: 0821/2182504
und
Sapi Ullrich
internationales@bsoe.info

Internet

Stefan Freudenberg
siehe Alternativer Handel
webmaster@bsoe.info

Ökologisch Bauen:

Holger Wolpensinger
Schnetzlerstr. 3, 76137 Karlsruhe
Tel: 0721/3844848
www.wolpensinger.oekosiedlungen.de
oekobau@bsoe.info

Ökologische Mensa:

Maria Deiglmayr
Prinzessinweg 67, 26122 Oldenburg
oekomensa@bsoe.info

Papier/Recycling:

David Möbius
(siehe Gentec)
papier@bsoe.info

Reformpädagogik:

Karsten Schulz
Birkenweg 18, 21614 Buxtehude
Tel: 04163/2686
reformpaedagogik@bsoe.info

Tierrechte:

Dr. Martina Kultz-Böhnke
SATIS, Roermonder Str. 4a, 52072 Aachen
Tel: 0241/15-7214, Fax: 5642
www.tierrechte.de
tierrechte@bsoe.info

Hochschul-Umweltschutzstrukturen:

Tina Hoffmann
Tel: 030/51652139
Potsdam / Berlin
umwelthochschule@bsoe.info

Umweltbildung:

Sigrid Oberer
Derchinger Str. 202a
86165 Augsburg
Tel: 0821/2091355
umweltbildung@bsoe.info

Verkehr/Mobilität:

Oliver Stoll
(s. BSÖ-GeSte)
www.bsoe.info/studiticket
www.mobilohneauto.de
mobilitaet@bsoe.info

Peer Wollnik

Glücksburger Str. 41, Zi. 168
44799 Bochum
Tel: 0234/9380862

Vernetzung:

Jörg Schulz
Adolph-Roemer-Str. 29
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/718450
vernetzung@bsoe.info

Aktive

Till Brock & Malin Ulrich
(FUI-Verschickung)
c/o AStA C. v. Ossietzky Universität
Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg
Tel: 0441/798-2575

Arne Brück: arne.brueck@web.de

Tobias Leußner
Erzstr. 22b, 38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948033
Tobias.Leussner@tu-clausthal.de

Alexander Jillich
Tel: 089/31198254
a.jillich@t-online.de

Geschäftsstelle

BSÖ e. V. c/o HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030/2093-1749 (AB)
Fax: 030/2093-1649
geschaeftsstelle@bsoe.info
www.bsoe.info

Präsenzzeit: Freitags, 13 - 17 Uhr
Geste-Team: Olaf, Oliver

Finanzen

BSÖ Finanzen
c/o Jörg Schulz
Adolph-Roemer Str. 29
38678 Clausthal-Zellerfeld
finanzen@bsoe.info

Ansprechpartner: Florian und Jörg



Wir bleiben noch eine Zeit lang Anlaufstelle für alle, die an emanzipatorisch-politischer Arbeit im Umweltbereich und darüber hinaus interessiert und dafür engagiert sind!!!

Die BSÖ e.V. ist aufgelöst.. Ihr könnt aber noch umfangreiche Materialien in der Geschäftsstelle bestellen:

**BSÖ e.V., c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin**

**Tel: 030/2093 1749
Fax: 030/2093 1649
@: info@bsoe.info**